

Kommune

21

E-Government, Internet und Informationstechnik

Vernetzte Städte

Vorbilder für die Smart City



E-Government

- **Projekt FührDiV:**
Neue Formen von Führung in Ämtern und Behörden

Titel

- **Smart City:**
Bitkom-Ranking nennt Vorreiter und Nachzügler

Informationstechnik

- **Nordthüringen:**
Autonome IT-Infrastruktur günstiger als die Cloud

Praxis

- **Haldensleben:**
Digitalisierungszentrum unterstützt den Wandel



Spezial

- **Finanzwesen:**
Berliner Thesen aus Hamburg und Nordrhein-Westfalen

Die Spezialisten für kommunale Finanzsoftware

Unsere Vision:

Ganzheitliche Software- und Service-Konzepte



Unsere **aktuellste** Mission:

Entwicklung des VOIS | Finanzwesens

Unsere Leidenschaft:

Denken in digitalen Prozessen

Unsere Geschäftsfelder:

Finanzsoftware, Systemlösungen, Services

Unser Ziel:

Zufriedenheit durch Nachhaltigkeit

Und was wollen Sie?

Wir freuen uns
über Ihr Feedback:

Vertrieb
info@ab-data.de
+49 2051-944-0

www.ab-data.de



Liebe Leserinnen und Leser,

die smarteste deutsche Stadt ist Hamburg, gefolgt von Karlsruhe und Stuttgart. Die smarteste Verwaltung hat Mannheim und Köln die beste digitale Infrastruktur. Das ist das Ergebnis des Smart City Index, mit dem der Branchenverband Bitkom den Stand der Digitalisierung in Großstädten vergleichbar machen will (*Seite 16*). Denn neben den Vorreitern wird auch erkennbar, welche Städte noch großen Nachholbedarf haben: Auf den drei letzten Rängen landen Remscheid, Bergisch Gladbach und Salzgitter.

Auch kleinere und mittlere Kommunen unternehmen Digitalisierungsanstrengungen. Das zeigt eine Studie der Unternehmensberatung Haselhorst Associates. Demnach hat die 50.000-Einwohner-Stadt Ravensburg bundesweit die größten Fortschritte im Vergleich zum Vorjahr gemacht. Die Untersuchungen machen allerdings auch deutlich, dass intelligente Technologien in Deutschland noch lange nicht zum allgemeinen Stadtbild gehören. Um als Wohnort für die Bürger und Standort für die Wirtschaft langfristig wettbewerbsfähig zu bleiben, müssen die Kommunen dringend in die Digitalisierung investieren.

Bitkom-Präsident Achim Berg weiß, wo das Geld herkommen soll. Im Kommune21-Interview fordert der frühere Microsoft-Deutschland-Chef vom Bund zusätzliche Fördermittel in Höhe von mindestens 500 Millionen Euro pro Jahr für kommunale Digitalisierungsinitiativen (*Seite 18*). Außerdem schlägt er ein Kompetenzzentrum Digitale Städte und Regionen unter enger Einbindung der kommunalen Spitzenverbände und der Digitalwirtschaft vor.

Ihr



Alexander Schaeff



Ihre Abkürzung zur XRechnung...

... mit XRechnung Light

- Extra kurze Projektlaufzeit
- XRechnungen in SAP annehmen, visualisieren, prüfen
- Rechtliche Anforderungen fristgerecht erfüllen
- Schlüsselfertig zum Festpreis
- Erweiterbar zur vollumfänglichen Workflowlösung

Der Countdown läuft!

Wir beraten Sie umfassend:

Torge Link | Tobias Neumann
Tel. +49 (0)4102 88 38 25
info@xsuite.com
www.xsuite.com



E-Government

- Führung:** Projekt erprobt neue Formen der Leitung, Zusammenarbeit und Beteiligung 10
- Homeoffice:** Juristische Aspekte bei der Einrichtung eines Tele-arbeitsplatzes 12
- Interview:** Nikolaus Hagl, SAP, über Automatisierung und Cloud-Services 14

Titel

- Smart City:** Bitkom-Index identifiziert Vorreiter und Nachzügler .. 16
- Interview:** Bitkom-Präsident Achim Berg fordert ein Kompetenzzentrum Digitale Städte und Regionen 18
- Forschung:** Chancen und Risiken der Durchdringung des urbanen Raums mit digitalen Technologien 20
- Lübeck:** Bürger werden in Entwicklung der Smart-City-Strategie eingebunden 22
- Pforzheim:** Auf dem Weg zur intelligenten Stadt 24

Informationstechnik

- Nordthüringen:** IT-Verbund hat seinen kompletten IT-Betrieb neu ausgerichtet 26
- Geodaten:** Wie Bayerns Kommunen von 3D-Technik profitieren 28
- Ratsinformationssysteme:** Jan-Christopher Reuscher, Sternberg, über das 30-jährige Firmenjubiläum 30
- Flensburg:** Digitaler Sitzungsdienst wird um Freigabe-Workflow ergänzt 32

Geesthacht:

RIS im Hosting-Betrieb 34

RVR: Sitzungsdienst auch

beim Personalrat eingeführt 36

Penzberg: Bürgermeisterin Elke

Zehetner über digitale Gremienarbeit 38

Branchen-News: kdvs Rhein-

Erft-Rur, Axians IKVS, EDV Ermtraud, MACH 39

Praxis

Haldensleben: Regionales Digitalisierungszentrum im Aufbau 40

Spezial

Finanzwesen: Hamburg hat

vollständig auf die Doppik umgestellt 42

Hessen: Interkommunale Kooperation

im Bereich Finanzwesen 44

Hellenthal: Pionier bei der

neuen Version 19.1 von Infoma newsystem 46

Kreis Viersen: DMS als Basis

für den Rechnungsworkflow 48

E-Rechnung: Gemeinde- und

Städtebund Rheinland-Pfalz ist Vorreiter 50

Rubriken:

- Editorial 3
- News 6
- IT-Guide 51
- Vorschau, Impressum 58



Vernetzte Städte

Die Ergebnisse des Smart City Index des Bitkom verstehen viele Städte als Weckruf. Das ist auch gut so. Denn die Spreizung ist enorm: Sie reicht von 79,5 bei 100 möglichen Punkten bis zu 20,5 am unteren Ende der Skala. Spitzenreiter ist – wie bei der Doppik – die Freie und Hansestadt Hamburg.

ab Seite 16

Content-Management-System

Leicht zu bedienen, jederzeit erweiterbar und selbstverständlich barrierefrei

Responsives Webdesign

Für die optimale Darstellung auch auf Smartphones und Tablets

Zertifiziertes Rechenzentrum

Höchste Sicherheit und Verfügbarkeit für Ihren kommunalen Internetauftritt

Jetzt anmelden:
Zentralschulungen
in Berlin vom
25. bis 27.03.2020





twitter.com/k21news

KDN: Taskforce Standardisierung

Eine Taskforce Standardisierung zur OZG-Umsetzung hat die KDN ins Leben gerufen. Entwickler von regio iT und Südwestfalen-IT (SIT) sollen Konzepte erarbeiten, wie Datenstrukturen und Schnittstellen vereinheitlicht werden können.

• www.kdn.de

krz: Service für OZG-Umsetzung

Ein neuer Service unterstützt die krz-Verbandsmitglieder ressourcenschonend bei der Verwaltungsdigitalisierung sowie bei der Erfüllung der OZG-Pflichten.

• www.krz.de

Bremen: E-Payment für Liegenschaftskarten

Mit der Online-Bezahlung von Liegenschaftskarten ist Bremens erstes behördliches E-Payment-Verfahren gestartet.

• www.geo.bremen.de

Niedersachsen: Neue Daten im Angebot

In Niedersachsen können jetzt auch Vektor- und Rasterdaten online bestellt, bezahlt und heruntergeladen werden.

• www.lgln.niedersachsen.de

Smart City Ranking

Kleinere Städte punkten

Deutschlands Klein- und Mittelstädte werden smarter. Das geht aus einer Studie der Unternehmensberatung Haselhorst Associates zum Thema Smart City hervor. Demnach landen zwar auch beim diesjährigen Ranking der 400 größten deutschen Städte mit über 30.000 Einwohnern die Millionenstädte Köln, Hamburg und München auf den ersten Plätzen. Unter den zehn größten Aufsteigern sind jedoch auch acht kleinere und mittlere Kommunen. So erzielte etwa Ravensburg die bundesweit größten Fortschritte im Vergleich zum Vorjahr. Die 50.000-Einwohner-Stadt im Süden Baden-Württembergs hat sich vom 365. Rang im vergangenen Jahr auf den 73. Platz hochgearbeitet – und weist nun einen Digitalisierungsgrad von 15 Prozent auf. Daneben zählen laut der Studie von Haselhorst Associates auch die Städte Detmold, Emsdetten, Amberg, Gera, Datteln, Coburg und Bamberg zu den Aufsteigern.

www.haselhorst-associates.com

BMI

Modellkommunen gesucht

Das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (BMI) sucht wieder Smart Cities made in Germany und startete damit die zweite Staffel des Förderprogramms Modellprojekte Smart Cities. Unter dem Motto „Gemeinwohl und Netzwerkstadt/Stadtnetzwerk“ sollen laut Ministeriumsangaben kommunale, fachübergreifende und raumbezogene Strategien der Stadtentwicklung, deren Umsetzung für die nachhaltige Gestaltung der Digitalisierung sowie der dafür notwendige Kompetenzaufbau gefördert werden. Über 150 Millionen Euro stehen nach Angaben des BMI zur Verfügung. Bis zum 20. April 2020 können Städte, Kreise und Gemeinden jeder Größe, Gemeindeverbände sowie andere Vereinigungen der interkommunalen Zusammenarbeit ihre Bewerbung einreichen. Für die erste Staffel des Förderprogramms wurden 13 Modellprojekte benannt. Insgesamt will das BMI in vier Staffeln rund 50 Modellprojekte mit circa 750 Millionen Euro fördern.

www.smart-cities-made-in.de

Bayern

Plan für digitale Verwaltung

Das bayerische Digitalkabinett hat Mitte Februar 2020 ein Maßnahmenpaket beschlossen, das die digitale Verwaltung im Freistaat völlig neu ausrichtet. Mit einem 12-Punkte-Plan möchte Bayern zum modernen, bürgerorientierten Servicestaar werden. So plant der Freistaat nach Angaben des Digitalministeriums, zur Nummer eins in Deutschland bei mobilen Verwaltungsservices zu werden. Alle Ressorts sollen bis Ende 2022 ihre



Partnerschaftsvertrag geschlossen.*

HSH

ab-data wird VOIS-Partner

ab-data setzt künftig auch auf die neue Software-Generation VOIS von HSH. Der Spezialist für das kommunale Finanzwesen wird diverse Lösungen wie Finanz- und Anlagenbuchhaltung, Darlehensverwaltung, Steuern/Abgaben oder Kosten- und Leistungsrechnung auf Basis der VOIS-Plattform realisieren und damit das Portfolio der VOIS-Fachverfahren für den Bürgerservice ergänzen.

www.hsh-berlin.com

www.ab-data.de

* v.l.: ab-data-Geschäftsführer Markus Brempkamp; HSH-Chef Stephan Hauber

Angebote auch auf Smartphones und Tablets bereitstellen. Eine nutzerfreundliche Bedienung habe dabei oberste Priorität. Bis Ende des Jahres stünden wichtige Verwaltungsleistungen zudem über die BayernApp zur Verfügung. Bayern solle darüber hinaus Spitzenreiter bei staatlichen Cloud-Lösungen werden. Des Weiteren investiere der Freistaat in das Kompetenzzentrum „Microservices und Containerisierung“ für eine moderne digitale Verwaltung.

www.stmd.bayern.de

Bayern / Bremen

Einheitliches Konto

Bayern und Bremen haben den Weg zu einem einheitlichen Unternehmenskonto beschleunigt. Laut einer Pressemitteilung der beiden Länder kann durch die in Bayern entwickelte ELSTER-Technologie bundesweit zügig ein zentrales Online-Portal mit einem einheitlichen Konto für alle Unternehmen angeboten werden. Darüber sollen beispielsweise die Kfz-Anmeldungen oder die Beantragung von Gesundheitszeugnissen erfolgen können. An die seit Jahrzehnten in der Steuer bewährte, praxistaugliche Lösung seien bereits alle Unternehmen angebunden. Im IT-Planungsrat würden Bayern und Bremen jetzt beauftragt, das digitale Unternehmenskonto für alle Bundesländer auszurollen.

www.finanzen.bremen.de

www.stmd.bayern.de

Twenty2X

Public Sector Parc ist zurück

Einen Public Sector Parc auf der Messe Twenty2X (17. bis 19. März 2020, Hannover) hat DATABUND angekündigt. Wie der Branchenverband mitteilt, haben die Veranstalter ihn als Partner und Aussteller an Bord geholt, weil der Public Sector Parc schon auf der CeBIT einen Anlaufpunkt für Verantwortliche aus dem öffentlichen Sektor darstellte. Nun soll den Besuchern der neuen Messe ebenfalls mit Workshops, Präsentationen und besonderen Formaten die Praxis der Digitalisierung nahegebracht werden. Neben der Produktpräsentation und dem persönlichen Austausch will der DATABUND auch aktuelle Themen wie das OZG ansprechen.

www.twenty2x.de

www.kommune21.de

DIE ALL-IN-ONE-LÖSUNG FÜR IHRE PERSONALARBEIT



WISSEN, WERKZEUGE, WEITERBILDUNG

Die Online-Lösung unterstützt Sie in allen Bereichen der Personalarbeit.

- + **Kommentare und Praxisbeiträge** zu Tarifrecht, Arbeitsrecht, Personalvertretungs- und Sozialversicherungsrecht, Entgeltabrechnung und Personalmanagement
- + **praktische Arbeitshilfen** wie Checklisten, Rechner und einem Zeugnisgenerator
- + **Weiterbildung** direkt am Arbeitsplatz mit Online-Seminaren und e-Trainings

Testen Sie 4 Wochen kostenlos:

www.haufe.de/tvoed-premium

Tel. 0800 50 50 445 (kostenlos)



Bayerns Digitalministerin Judith Gerlach

Bayern

Smarte Kommunen

Das Bayerische Staatsministerium für Digitales (StMD) startet im Frühjahr 2020 den Ideenwettbewerb „Kommunal? Digital!“, bei dem für die Förderung der besten digitalen Lösungen von smarten Kommunen fünf Millionen Euro zur Verfügung stehen. Die Vorschläge sollen eine nachhaltige Entwicklung der Kommunen ermöglichen, unter Berücksichtigung der Dimensionen Ökologie, Ökonomie und Soziales. Digitalministerin Judith Gerlach betonte: „Wir suchen Bayerns Top Ten der smarten Ideen. Unsere Städte und Regionen sollen noch effizienter, lebenswerter und umweltfreundlicher werden. Die Digitalisierung ist dafür der Schlüssel.“ Genauere Angaben zum Ablauf des Bewerbungsverfahrens und den Teilnahmebedingungen werden nach Ministeriumsangaben am 9. März 2020 bekannt gegeben. Alle bayerischen Kommunen können am Wettbewerb teilnehmen. Die zehn besten Projekte werden mit bis zu 500.000 Euro prämiert.

www.kommunal-digital.bayern

Teleport

Melder wird modernisiert

Das Ideen- und Beschwerde-Management-System „Sags uns einfach“ von Teleport wird derzeit modernisiert und hat eine neue technische Basis erhalten. Diese befindet sich mit einzelnen Kommunen bereits in der Pilotphase, so der Anbieter. Die neue Version soll neben einer Redaktionsoberfläche mit wählbarem Design auch mit verschiedenen Bildschirmauflösungen kompatibel sein, um die Nutzung mit mobilen Endgeräten weiter zu optimieren.

www.teleport.de

IT-Verbund Uelzen

OpenR@thaus im Aufbau

Mit dem Abschluss eines Rahmenvertrags für die sechs Verwaltungen ist der Startschuss für die Zusammenarbeit des IT-Verbunds Uelzen mit der ITEBO-Unternehmensgruppe zur Einführung des Bürgerportals OpenR@thaus gefallen. Den Auftakt macht die

Gemeinde Bienenbüttel. „Als IT-Verbund ist es unsere Aufgabe, die angeschlossenen Verwaltungen im gesamten IT-Umfeld zu unterstützen. Unsere Kunden müssen sich nicht um Infrastruktur, Betrieb, Administration, Datensicherheit, Hard- oder Software-Auswahl und Beschaffung kümmern – wir übernehmen und betreiben alles aus einer Hand“, sagt IT-Verbund-Vorstand Andreas Hense.

www.it-verbund-uelzen.de

Mönchengladbach

Start für Service-Portal

Die Stadt Mönchengladbach hat nach eigenen Angaben ihr ServicePortal freigeschaltet. Matthias Engel, Beigeordneter der Stadt, erläutert dazu: „Damit setzen wir einen wichtigen Baustein der vom Rat beschlossenen Digitalisierungsstrategie um. In den kommenden Jahren wollen wir möglichst alle digitalisierbaren Dienstleistungen online zur Verfügung stellen.“

<https://service.moenchengladbach.de>

Nordrhein-Westfalen

Neuer CIO

In Nordrhein-Westfalen steht ein Wechsel im Amt des Beauftragten für Informationstechnik an: Ab 1. September 2020 wird Andreas Meyer-Falcke im Wirtschafts- und Digitalministerium CIO der Landesregierung. Das hat das Kabinett beschlossen. Meyer-Falcke, derzeit als Beigeordneter der Landeshauptstadt Düsseldorf zuständig für die Bereiche Personal, Organisation, IT, Gesundheit und Bürgerservice, tritt laut einer Pressemeldung des Wirtschaftsministeriums bereits ab 1. August 2020 in den Dienst des Ministeriums. Er folge



Andreas Meyer-Falcke

auf Hartmut Beuß, der nach langjähriger erfolgreicher Tätigkeit im Landesdienst zum 31. August 2020 in den Ruhestand geht.

www.wirtschaft.nrw

Deutscher Städtetag

Nutzung von Daten

Um die Digitalisierung in den Städten zu stärken, hat der Deutsche Städtetag das Diskussionspapier „Kommunale Daten“ veröffentlicht. Die Publikation gibt einen Überblick über die Erhebung und Nutzung digitaler Daten und soll eine Diskussionsgrundlage für die kommunale Praxis sein. Helmut Dedy, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetags, erklärt: „Ziel ist, kommunale Daten schnell, einfach, sicher und anwendungsbezogen bereitzustellen. Dabei hat der Schutz persönlicher Daten oberste Priorität. Ein Element für den Schutz von Daten ist die IT-Sicherheit. Es muss sichergestellt sein, dass staatlich erhobene Daten auch beim Staat bleiben.“

www.staedtetag.de

Frankfurt am Main

Barrierefreie App

Die Beteiligungsapp der Stadt Frankfurt am Main ist jetzt barrierefrei. Mängelmelder und Ideenplattform sind wesentliche Bestandteile der Online-Bürgerbeteiligungsplattform „Frankfurt fragt mich“, seit vergangenem Jahr können die Angebote des Portals per App genutzt werden. Nun sind die für die Web-Plattform verwendeten Standards der Barrierefreiheit auch für die App umgesetzt, teilt die Stadt mit. Die Anwendung sei so angepasst worden, dass sie mit Hilfsprogrammen zur Sprachausgabe gut harmoniert. Verbessert worden seien außerdem Kontrast und Lesbarkeit, auch lasse sich die Schriftgröße stärker vergrößern als bisher. Eine Ergänzung der App in leichter Sprache sei in Vorbereitung.

www.frankfurt.de

www.kommune21.de

wegweiser®

Unter Schirmherrschaft des:



Bundesministerium
des Innern, für Bau
und Heimat

Deutschland und Europa erfolgreicher und lebenswerter machen!



8. Zukunftskongress Staat & Verwaltung | 2020

Die Leitveranstaltung des
Public Sectors für Digitalen Wandel
15.–17. Juni, Berlin, bcc

Treffen Sie das »Who is Who« der
Verwaltungsmodernisierung und des
Digital Government!

Vernetzen Sie sich mit **2.000 Experten
und Expertinnen** aus Deutschland,
Österreich und der Schweiz!

Machen Sie Deutschland und Europa
erfolgreicher und lebenswerter. Gestalten
Sie die **Verwaltung der Zukunft** mit!

zukunftskongress.info | [#zksv](https://twitter.com/#zksv) | [wegweiserberlin](https://twitter.com/wegweiserberlin)

Vertrauen wird wichtiger

Judith Beile

Im Projekt Führung in der digitalisierten Verwaltung (FührDiV) wurden neue Formen von Führung, Zusammenarbeit und Beteiligung in Ämtern und Behörden erprobt. Dabei wurden auch konkrete Produkte wie Dienstvereinbarungen und Leitfäden entwickelt.

Die Einführung von digitalen Techniken verändert die Arbeitswelt. Gewohnte Strukturen und Arbeitsprozesse müssen angepasst oder umgestaltet werden. Damit müssen und werden sich auch Führung und Zusammenarbeit verändern. Führungskräfte sehen sich mit immer komplexeren Zusammenhängen konfrontiert, ergebnis- und beteiligungsorientiertes Führen sowie indirekte Steuerung ersetzen häufig Steuerung und Anweisung.

Virtuelle Teams fordern Führungskräfte in besonderer Weise. Auf Distanz führen und kommunizieren ist schwieriger als bei regelmäßigem persönlichen Kontakt. Die Führungskraft muss sicherstellen, dass alle Team-Mitglieder, ob im Homeoffice oder im Büro, gleichermaßen informiert und in das Team und die gemeinsamen Aufgaben eingebunden werden. Kontrollmöglichkeiten entfallen, eine vertrauensvolle Zusammenarbeit wird umso wichtiger.

Viele Kompetenzen aus dem analogen Zeitalter bleiben auch in Zeiten der Digitalisierung wichtige Führungskompetenzen, etwa Kommunikationsfähigkeit, wertschätzendes Verhalten, Menschenorientierung, Kooperations-

fähigkeit, Innovationsfreude und Motivationsfähigkeit. Allerdings gibt es neben den digitalen Kompetenzen im engeren, technischen Sinne (Hard- und Software-Kenntnisse, digitale Medienkompetenz) auch Kompetenzen, die in der digitalisierten Verwaltung neu oder zumindest deutlich ausgeprägter erforderlich sind. Dazu gehören Vernetzungsfähigkeit und Transparenz. Diese Kompetenzen erfordern bestimmte Haltungen, die für die Führung in digitalisierten Organisationen unerlässlich sind. Dazu gehört die Bereitschaft, zu delegieren, die damit verbunden ist, den Beschäftigten Vertrauen entgegenzubringen.

Die durch die Digitalisierung angestoßene Transformation der Führung und Zusammenarbeit ist eine längerfristige Gestaltungsaufgabe, die jede Organisation für sich bewältigen muss. Denn klar ist: Für die zukünftige Arbeitswelt in der öffentlichen Verwaltung gibt es keine Lösung von der Stange. Was für ein Ministerium oder eine große Stadtverwaltung praktikabel ist, passt nicht zwangsläufig für eine kleinere Behörde in einem Landkreis. Jede Organisation muss für sich klären, welche Technologien, Strukturen und Formen von Arbeitsorganisation, Führung,

Zusammenarbeit und Beteiligung sinnvoll und zielführend sind.

Offene Diskussionen und die Möglichkeit, verschiedene Wege auszuprobieren und Fehler zuzulassen, sind dabei ein klares Indiz für die innovative Kraft einer Behörde. Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) hat deshalb im Zuge der Initiative Neue Qualität der Arbeit (INQA) Verwaltungen im Rahmen des Projekts „FührDiV – Führung in der digitalisierten Verwaltung“ dabei gefördert, in Lern- und Experimentierräumen passgenaue Lösungen zu entwickeln.

In sieben Pilotorganisationen auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene konnten neue Formen von Führung, Zusammenarbeit und Beteiligung erprobt werden. Dabei wurden konkrete Produkte wie Dienstvereinbarungen und Leitfäden entwickelt. Denn trotz der Individualität der Organisationen gibt es Erkenntnisse und Instrumente, die von vielen Organisationen der öffentlichen Verwaltung genutzt

Link-Tipp

Der FührDiV-Handlungsleitfaden steht zum Download bereit unter:

- www.fuehrdiv.org

werden können. Außerdem konnten wertvolle Erkenntnisse darüber gewonnen werden, welche Prozesse und Strukturen sich förderlich und welche sich hinderlich auf Führung und Team-Arbeit in der digitalisierten öffentlichen Verwaltung auswirken.

Die Ergebnisse und Erkenntnisse dieser Experimentierräume sind in einem Handlungsleitfaden festgehalten, der von allen Verwaltungen auf allen Ebenen nutzbar ist. Er thematisiert im ersten Teil aktuelle Trends und Herausforderungen der Digitalisierung im öffentlichen Dienst. Dazu gehören insbesondere die zunehmende Nutzung neuer Arbeits- und Kommunikationsmittel, Digitalisierungsstrategien und E-Government, die Veränderung von Tätigkeiten und Qualifizierungserfordernissen der Beschäftigten sowie Fragen der Datensicherheit.

Die Auswirkungen auf und die Anforderungen an Beschäftigte und Führungskräfte beschreibt der zweite Teil. Im Fokus stehen sowohl eine Veränderung des Aufgabenbereichs als auch erhöhte Flexibilitätsanforderungen an die Beschäftigten. Unter dem Titel „Gute Führung und Zusammenarbeit in der digitalisier-

ten Verwaltung teilnehmungsorientiert gestalten“ werden im dritten Teil die Erfahrungen aus der praktischen Projektarbeit aufbereitet. Das Kapitel enthält Tipps für die einzelnen Phasen von Digitalisierungsprojekten sowie allgemeine Erkenntnisse und Handlungsempfehlungen. Der Leitfaden bietet viele Impulse für den weiteren Transformationsprozess in der Verwaltung allgemein und für behörden-spezifische Gestaltungsansätze.

Im Projekt FührDiV wurden außerdem wichtige Instrumente der Initiative Neue Qualität der Arbeit für die öffentliche Verwaltung weiterentwickelt: die Toolbox zur „Strategischen Personalplanung“ und die Selbstbewertungschecks zu den zentralen personalpolitischen Themenfeldern Führung, Gesundheit sowie Wissen und Kompetenz. Diese Instrumente liefern wichtige Hinweise, wo Organisationen ansetzen können, um den Anforderungen einer veränderten Arbeitswelt in der öffentlichen Verwaltung Rechnung zu tragen. In die Entwicklung dieser Tools sind die Erfahrungen vieler Praktiker der öffentlichen Verwaltung eingeflossen. Sie sind praxisnah, enthalten viele Beispiele und können sowohl von Personalverantwortlichen als auch

von Personalräten und anderen Funktionsträgern der öffentlichen Verwaltung genutzt werden.

Eine wichtige Erkenntnis, die sich in allen am Projekt beteiligten Verwaltungen bestätigte: Kommunikation und Beteiligung sind ein Schlüssel zum Erfolg. Bei aller Unterschiedlichkeit der Organisationen hat sich durchgängig gezeigt, dass bei Beteiligung und frühzeitiger Einbindung des Personalrats, der Führungskräfte und der Beschäftigten die Chance deutlich höher ist, Digitalisierungsprojekte zum Erfolg zu führen. Es empfiehlt sich, Personalrat und Beschäftigte an den Prozessen zu beteiligen und Ergebnisse gemeinsam zu entwickeln. Ein Weg kann es sein, Experimentierräume einzurichten, in denen ausprobiert werden darf und Fehler erlaubt sind. Hierfür bietet sich eine zeitlich befristete Dienstvereinbarung „auf Probe“ an – wobei selbstverständlich auf die Einhaltung der gesetzlichen und tarifvertraglichen Regelungen geachtet werden muss. Zwar kann Beteiligung Prozesse verzögern, da sie zunächst Zeit und damit Geld kostet. Dieses Geld ist allerdings gut investiert.

Dr. Judith Beile ist FührDiV-Projektleiterin bei wmp consult, Hamburg.

Anzeige

20 JAHRE FORM-SOLUTIONS, 20 JAHRE ANTRAGSMANAGEMENT,
20 JAHRE INNOVATIVES EGOVERNMENT - DAS JUBILÄUMSFORUM.

- IMPULSVORTRÄGE
- EGOVERNMENT-INNOVATIONEN
- WORKSHOPS UND ERFAHRUNGSAUSTAUSCH
- SCHNITTSTELLEN UND PRAXISBEISPIELE
- INKLUSIVE WERTVOLLER SCHULUNGSELEMENTE

garantiert dienstreistefähig!

JETZT ANMELDEN UNTER:
WWW.FORM-SOLUTIONS.DE

Form
Solutions



April
01 + 02
2020

eGOV
FORUM

KARLSRUHE



regio IT



Governikus KG

PayPal



sitepark



Zu Hause im Dienst

Christian Ostermaier / Sylvia Vogt

Noch gibt es im öffentlichen Dienst keinen generellen Anspruch auf Tätigkeit im Homeoffice. Wenn Kommunen ihren Mitarbeitern einen Telearbeitsplatz einrichten wollen, sollten die juristischen Aspekte beachtet werden.

Das Homeoffice erfreut sich wachsender Beliebtheit. Auch der öffentliche Dienst öffnet sich zunehmend dieser Beschäftigungsform. Auf Bundesebene sind Dienststellen bereits jetzt verpflichtet, ihren Beschäftigten mit Familien- oder Pflegeaufgaben Telearbeitsplätze anzubieten (§ 16 Abs. 1 S. 2 BGlG).

Auch auf Länderebene wird die Einrichtung von Telearbeitsplätzen im Homeoffice gesetzlich unterstützt. Nach dem baden-württembergischen Chancengleichheitsgesetz beispielsweise müssen Dienststellen ein ausreichendes Angebot an Teilzeitarbeitsplätzen schaffen, soweit zwingende dienstliche Belange nicht entgegenstehen (§ 30 Abs. 1 S.1 ChancenG/Baden-Württemberg). Das Ministerium für Arbeit und Soziales plant, einen gesetzlichen Anspruch auf Tätigkeit im Homeoffice einzuführen. Der Fachkräftemangel wird den Trend zum Homeoffice weiter verstärken. Auch kommunale Arbeitgeber sollten sich vor diesem Hintergrund rechtzeitig mit den juristischen Aspekten im Zusammenhang mit dem Homeoffice auseinandersetzen.

Derzeit gibt es noch keinen generellen Anspruch auf Tätigkeit im Homeoffice. Im Einzelfall kann

sich ein solcher jedoch für schwerbehinderte Menschen aus dem Anspruch auf behindertengerechte Beschäftigung (§ 164 Abs. 4 S. 1 SGB IX) ergeben, soweit es dem Arbeitgeber zumutbar ist. Auch die allgemeine Fürsorgepflicht (§§ 241 Abs. 2 BGB, 45 BeamStG) kann die Einrichtung eines solchen Arbeitsplatzes gebieten. Allerdings kann sich der Arbeitgeber hier meist auf seine Organisationshoheit und entgegenstehende betriebliche oder dienstliche Belange berufen (vgl. LAG Rheinland-Pfalz, Urt. v. 18.12.2014 – 5 Sa 378/14). Auch Ansprüche nach den Grundsätzen der Gleichbehandlung oder der betrieblichen Übung sind denkbar. Dienstvereinbarungen kommen zwar ebenfalls als Anspruchsgrundlage in Betracht, regeln aber meist nur die Gestaltung der Arbeit im Homeoffice, geben aber keinen individuell klagbaren Anspruch.

Im öffentlichen Dienst ist selbstverständlich nicht jede Art von Tätigkeit für das Homeoffice geeignet. Die Funktionsfähigkeit der Verwaltung darf nicht leiden. Voraussetzung ist die räumliche Trennbarkeit der Arbeitsleistung von der Behörde. Es darf keine strikte Termingebundenheit an Ort und Stelle bestehen. Außergewöhnliche Anforderungen an den Daten-

schutz und die Geheimhaltung sind ebenfalls ein Ausschlusskriterium.

Die Rechtsprechung hat zu § 16 Abs. 1 S. 2 Bundesgleichstellungsgesetz (BGlG) entschieden, dass Ablehnungsgründe des Dienstherrn insbesondere die Wahrnehmung von Sachleitungsfunktionen oder von Betreuungsaufgaben, Mehraufwand für andere Mitarbeiter, Zugriff auf interne Datenbanken oder unverhältnismäßige Kosten sein können. Diese Rechtsprechung dürfte auch auf andere Anspruchsgrundlagen übertragbar sein. Der Grundsatz „My home is my castle“ kann im Homeoffice nicht ausnahmslos gelten. Der Arbeitgeber bleibt zur Sicherstellung des Arbeitsschutzes im Rahmen der Gesetze und Verordnungen verpflichtet (§§ 618 BGB, 3 ArbSchG, Ziffer 6 Anhang ArbStättV). Dies erfordert die Einhaltung gewisser Kontrollpflichten. Der Arbeitgeber oder Dienstherr wird sich deshalb im Rahmen der Verhältnismäßigkeit Zutrittsrechte zum häuslichen Arbeitsplatz einräumen lassen, welche auch auf den Personalrat und die Schwerbehindertenvertretung auszuweiten sind, denn diesen Gremien stehen ebenfalls Kontrollrechte zu. Auch für den Betriebsarzt, die Fachkraft für Arbeitssicherheit und den Datenschutzbeauftragten kom-

men solche in Betracht, wenngleich hier noch nicht höchstrichterlich geklärt ist, ob ein Anspruch auf Zutritt besteht.

Besondere Brisanz hat der Daten- und Geheimnisschutz im Homeoffice. Persönliche Daten von Bürgern oder auch andere sensible Informationen dürfen trotz der Tätigkeit im Privatbereich des Mitarbeiters nicht nach außen dringen. Soweit es um personenbezogene Daten geht, verlangen die Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) und die entsprechenden Datenschutzgesetze die Sicherstellung des Datenschutzes durch technische und organisatorische Maßnahmen, die im Rahmen der Verhältnismäßigkeit sicherzustellen sind. Dies verlangt beispielsweise eine räumliche Zugangskontrolle, etwa einen abschließbaren Raum oder zumindest Schrank für Schriftstücke, sowie die Einhaltung eines geeigneten IT-Sicherheitskonzepts sowie eine entsprechende Unterweisung des Mitarbeiters.

Eine Verwendung von privaten Geräten durch den Beschäftigten, wie es in der Privatwirtschaft teils üblich ist, sollte wegen der dadurch erhöhten Missbrauchsgefahr und Anfälligkeit für Viren unterbleiben.

Abgesehen davon stellt sich das Problem der Trennung von Daten aus dem dienstlichen und privaten Bereich. Da eine Überwachung des Privatbereichs generell unzulässig ist, kann bei einer Vermischung von Daten eine Kontrolle der dienstlichen Daten kaum noch rechtskonform bewerkstelligt werden.

Dementsprechend sieht beispielsweise die Allgemeine Geschäftsordnung für die Behörden des Freistaates Bayern (BayAGO) ausdrücklich vor, dass für die Erledigung dienstlicher Aufgaben nur dienstlich bereitgestellte Geräte und Datenträger sowie freigegebene Programme benutzt werden dürfen. Die Anwendung dieser Geschäftsordnung ist für kommunale Körperschaften ausdrücklich empfohlen (Art. 36 BayAGO).

Auch im Homeoffice gilt der Arbeitszeitschutz nach dem Arbeitszeitgesetz. Höchstarbeitszeiten, Ruhepausen, Mindestruhezeiten und Sonn- und Feiertagsruhe sind einzuhalten. Dieser Aspekt dürfte nach dem Urteil des EuGH, wonach Arbeitgeber verpflichtet sind, die komplette Arbeitszeit der Beschäftigten vollständig zu erfassen, noch größere Brisanz erhalten. Es muss ein objektives, verlässliches und

zugängiges System eingerichtet werden.

Schließlich ist unbedingt zu empfehlen, schon bei der Einführung des Homeoffice an die Beendigungsmöglichkeiten zu denken. In Betracht kommen eine Befristungsabrede, ein Widerrufs- oder Versetzungsvorbehalt. Die beiden letztgenannten dürfen nur nach billigem Ermessen ausgeübt werden. Im Übrigen bleibt für Angestellte nur die Änderungskündigung, welche nur schwer rechtlich durchzusetzen sein dürfte.

Die vorstehenden Ausführungen zeigen nur einen Ausschnitt der wichtigsten Aspekte, die bei der Einführung von Homeoffice-Arbeitsplätzen zu beachten sind. Daneben gilt es beispielsweise Mitbestimmungsrechte des Personalrats und der Schwerbehindertenvertretung zu beachten. Um einheitliche Rahmenbedingungen für die Einrichtung und Durchführung von Telearbeit zu Hause zu schaffen, empfiehlt sich der Abschluss einer Dienstvereinbarung.

Dr. Christian Ostermaier ist Rechtsanwalt, Fachanwalt für Arbeitsrecht und Partner der Kanzlei SNP Schlawien Partnerschaft, Sylvia Vogt ist dort Rechtsanwältin.

Anzeige

Quittierer

- DIE GEBÜHRENKASSE -



KassenSichV | AO146 | TSE implementiert
DSGVO | Schnittstellen zu Fachverfahren
Bar- und EC-Kassensoftware
wirtschaftlich & einfach



SIP-Trunk oder Cloud TK-Anlage | skalierbar
Sekundengenau Abrechnung | Webinterface
TAPI Anbindung | Monitoring

VOIP
TELEFONANLAGE

Den Erfindergeist wecken

Die Industrie ist bei der Automatisierung weit fortgeschritten, auch die Vorteile von Cloud-Services werden geschätzt. Was kann die öffentliche Hand davon lernen? Kommune21 sprach darüber mit Nikolaus Hagl, Leiter des Geschäftsbereichs Public Sector bei SAP.

Herr Hagl, vor fast einem Jahr haben Sie die Leitung des Geschäftsbereichs Public Services & Healthcare bei SAP übernommen. Wie lautet Ihre erste Bilanz?

Ich muss sagen, dass sich die Erwartungen übererfüllt haben. Ich war sofort begeistert, als ich gefragt wurde, ob ich den Job machen will. Nun kann ich sagen, es hat mich persönlich weitergebracht und mir gezeigt, dass die Entscheidung richtig war. Wir haben sehr viele interessante Projekte gestartet oder sind gerade dabei. Wie wir beispielsweise in der Stadt München mit der Digitalisierung vorankommen, macht richtig Mut. Von daher ist es rundum eine sehr positive Bilanz.

Sie kommen aus dem SAP-Bereich Industrie und haben sich zuletzt um das Thema Fertigung gekümmert. Wie haben Sie den Wechsel erlebt?

Natürlich musste ich mich erst auf die neue Zielgruppe einstellen. Aber ich hatte Unterstützung von allen Seiten, so ist mir der Umstieg leicht gefallen. Da wir die Anforderungen und Bedürfnisse unserer Kunden in den Mittelpunkt stellen, müssen wir sie natürlich genau kennen. Mir war es deshalb wichtig, die Denkweise der Verantwortlichen in

Ämtern und Behörden zu verstehen. Mittlerweile sind wir da sehr gut aufgestellt. Mein Team und ich verstehen nun sehr gut, was die öffentliche Hand braucht und können dadurch innovative Lösungskonzepte entwickeln.

Wo liegen Unterschiede zwischen Industrie und öffentlicher Hand?

Bei der Digitalisierung ist die Industrie einen Schritt weiter. Wir übertragen jetzt die Erfahrungen aus diesem Geschäftsbereich auf den Public Sector. Die Industrie hat auch erkannt, welche Vorteile Cloud-Services bringen. Für uns heißt es nun, die Rahmenbedingungen zu schaffen, damit diese Dienste auch für die öffentliche Hand nutzbar sind.

Was kann die öffentliche Verwaltung von der Automatisierung von Unternehmensprozessen lernen?

Die Industrie hat vorgemacht, dass Automatisierung funktioniert. Es gilt nun herauszufinden, wie Behörden ihre Prozesse am besten automatisieren können. Der Handlungsdruck ist da: durch den demografischen Wandel entsteht ein gewisser Automatisierungszwang. Sonst wird es nicht mehr möglich sein, die Dienstleistungen



Nikolaus Hagl

der öffentlichen Hand weiter in der gewohnten Qualität zu erbringen. Aber nicht der Zwang sollte die Motivation sein, sondern die Erkenntnis, dass durch automatisierte Services auch Mehrwerte für alle Seiten entstehen.

Welche Vorteile bringt die neue Plattform S/4HANA?

Man kann mit der Technologie beispielsweise die Finanzprozesse standardisieren und dann flexibel auch andere Prozesse anpassen. So können einfache Übergänge geschaffen werden. Die Mitarbeiter können ebenfalls viel schneller mit dem System umgehen, das war früher zugegebenermaßen nicht unsere Stärke. Bei S/4 sind die Oberflächen sozusagen Facebook-tauglich.

Welche Trends bei der Digitalisierung werden den Public Sector im neuen Jahrzehnt besonders beschäftigen?

Digitale Souveränität ist derzeit ein wichtiges Thema. Es geht auch für uns darum, wie wir der öffentlichen Hand sichere Services aus der Cloud anbieten können. Mit der Initiative Gaia-X können in Europa sichere Datennetze geschaffen werden.

Ist es tatsächlich ein gangbarer Weg, staatliche Cloud-Strukturen zu schaffen?

Wir sind einer der Partner bei Gaia-X, insofern glauben wir schon, dass es machbar ist. Wir sehen uns als deutsches Unternehmen in der Pflicht, bei diesen Themen mitzu-

Rundumsicht ermöglichen. Zudem kann die Entscheidungsfindung verbessert werden, es kann simuliert werden, wie sich bestimmte Maßnahmen auswirken. Künstliche Intelligenz muss meines Erachtens entmystifiziert werden. Es geht darum, KI-Technologien sinnvoll zu nutzen und Schritt für Schritt die Vorteile auszuloten. Mithilfe von Chatbots beispielsweise können Bürger durch einen Vorgang geleitet werden. Voraussetzung ist, dass der Prozess standardisiert ist, dann können relativ schnell Mehrwerte durch künstliche Intelligenz entstehen.

Auf kommunaler Ebene kann viel für den Klimaschutz getan werden. Welche Rolle spielen dabei moderne Technologien?

wir gewissermaßen eine Reise durch das Portfolio für den gesamten Public Sector bis hin zum Gesundheitswesen anbieten. So wollen wir eine Plattform schaffen, um zu zeigen, welche Lösungen umgesetzt werden können. Der Besuch lohnt sich definitiv, weil es eine Gesamt-SAP-Veranstaltung ist. Es zeigt sich, dass in der IT-Industrie Welten zusammenwachsen. Den Kunden bringt das einen Mehrwert, weil sie sehen, welche Technologien wir für alle Sektoren liefern können.

Wie übertragbar sind die Anwendungsfälle auf andere Kommunen?

Natürlich sind die Voraussetzungen in jeder Kommune unterschied-

„Wir müssen wieder lernen, etwas auszuprobieren – auch mit dem Risiko zu scheitern.“

arbeiten und zur Wahrung der digitalen Souveränität beizutragen. Wir wollen die Rahmenbedingungen schaffen, um die Datensicherheit zu garantieren. Hier stehen wir auch im Dialog mit den kommunalen Rechenzentren, um diese Anforderungen auf regionaler Ebene umzusetzen.

Welche Rolle spielen Analytics, künstliche Intelligenz und vernetzte Infrastrukturen in der öffentlichen Verwaltung?

Mit Datenanalysen kann man sehr schnell Mehrwerte schaffen. Das ist auch kein neues Thema, aber mit den neuen Technologien haben wir viel mehr Möglichkeiten bei der Datenauswertung. Wir bieten heute Lösungen an, die Unternehmen oder auch Behörden eine komplette

SAP arbeitet intern an einem Projekt namens Climate 21. Es geht darum, ein Konzept zu entwickeln, das es Unternehmen und Organisationen ermöglicht, mit unseren Lösungen ihren CO₂-Ausstoß transparent zu machen und zu reduzieren. Auf kommunaler Ebene sehe ich Möglichkeiten durch Sensorik. Die Stadt Heidelberg beispielsweise überwacht Abfall-Container mit Sensoren und kann so die Routen von Müllfahrzeugen sinnvoller und damit klimafreundlicher gestalten.

Mitte März findet die SAP NOW in Berlin statt. Was sind die Kernthemen der Veranstaltung?

Wir wollen auf der SAP NOW praktische Anwendungsfälle von Partnern und Kunden zeigen. Für meinen Geschäftsbereich gilt, dass

lich, aber grundsätzlich können die Lösungen auch von anderen genutzt werden. Es kommt immer darauf an, wie die technologische Basis aussieht. Aber ein großer Vorteil ist, dass SAP heute offener ist als noch vor 20 Jahren.

Wie offen sind Kommunen für neue Technologien und neues Denken?

Egal in welchem Bereich, es gibt immer Menschen, die offen sind für neue Ideen. Das ist in der Industrie so und auch im öffentlichen Sektor. Wir müssen wieder lernen, etwas auszuprobieren – auch mit dem Risiko zu scheitern. Der Erfindergeist sollte wieder sprühen, das hat Deutschland groß gemacht. Diesen Spirit brauchen wir für die Zukunft.

Interview: Alexander Schaeff

Weckruf für Städte

Svenja Hampel

Hamburg ist die smarteste Stadt Deutschlands und Vorbild für Smart-City-Initiativen. Die Freie und Hansestadt steht mit deutlichem Abstand an der Spitze des Bitkom Smart City Index. Das Ranking identifiziert auch Städte mit großem Nachholbedarf.

Das Schlagwort Smart City steht für eine neue Definition der Stadt. Die urbane Zukunft ist digital, effizient, ökologisch und sozial. Dem Smart-City-Konzept wird in den vergangenen Jahren auch in Deutschland zunehmend Beachtung geschenkt. Immer mehr deutsche Städte machen sich auf den Weg ins digitale Zeitalter und entwickeln Strategien, schaffen Stabsstellen oder gründen kommunale Agenturen, um die Digitalisierung aktiv zu gestalten. Noch vor wenigen Jahren wäre das undenkbar gewesen. Wer Smart-City-Vorreiter suchte, musste ins Ausland schauen. Städte wie Amsterdam, London oder Wien machten schon vor 20 Jahren vor, wie die Stadt der Zukunft aussieht. Neu ist, dass diese Vision nun auch in Deutschland mit Leben gefüllt wird.

Der Bitkom Smart City Index wurde 2019 erstmalig erhoben, um die deutschen Städte im Bereich Digitalisierung zu vermessen und vergleichbar zu machen. Auf diese Weise werden Vorreiter und Nachzügler sichtbar und damit Orientierungshilfen und Anreize für die zügige und umfassende Digitalisierung des öffentlichen Sektors gegeben. Für den Smart City Index wurden insgesamt knapp 8.000 Datenpunkte erfasst, überprüft und

Stadt	Gesamtwertung	Verwaltung	IT und Kommunikation	Energie und Umwelt	Mobilität	Gesellschaft
1 Hamburg	79,5	70,6	82,7	61,4	93,7	89,3
2 Karlsruhe	69,0	65,1	67,8	54,4	95,2	62,5
3 Stuttgart	68,6	57,6	78,0	52,5	97,0	57,8
4 Berlin	68,1	76,3	69,3	52,0	75,5	67,3
5 München	67,7	73,0	82,2	49,0	83,8	50,3
6 Heidelberg	65,6	69,3	56,8	55,1	87,5	59,0
7 Bonn	62,4	75,8	66,4	31,3	64,7	73,9
8 Köln	62,3	68,4	83,5	40,7	54,7	63,9
9 Dortmund	61,7	75,3	54,0	49,6	59,3	70,4
10 Darmstadt	61,1	66,6	61,9	55,9	59,1	62,0

Quelle: Bitkom Smart City Index

qualifiziert. Untersucht wurden alle 81 deutschen Großstädte in den fünf Themenbereichen Verwaltung, IT- und Kommunikationsinfrastruktur, Energie und Umwelt, Mobilität und Gesellschaft.

Das Ranking zeigt: Hamburg ist derzeit die smarteste Stadt Deutschlands. Die Freie und Hansestadt gewinnt mit deutlichem Abstand, erreicht in allen fünf untersuchten Themenfeldern Spitzenwerte und ist damit ein Vorbild für viele Smart-City-Initiativen in Deutschland. In der Gesamtwertung erreicht Hamburg 79,5 von 100 möglichen Punkten. Auf den Plätzen 2 und 3 folgen nahezu gleichauf Karlsruhe (69 Punkte) und Stuttgart (68,6), die vor allem durch Pilotprojekte im Bereich

Mobilität punkten konnten. Berlin landet auf Platz 4, dahinter folgt München. Die ersten zehn Plätze komplettieren Heidelberg, Bonn, Köln, Dortmund und Darmstadt (siehe Grafik).

Ein Blick in die Teilrankings der Themenbereiche zeigt, wo die Schwerpunkte der Städte liegen. Ein smartes Dokumenten-Management und ein intuitives Bürgerportal bringen Mannheim, das insgesamt auf dem 20. Platz liegt, im Bereich Verwaltung ganz nach vorn. Beim Thema Mobilität liegt Gesamtdritter Stuttgart mit zahlreichen Sharing-Angeboten und intelligenten Logistikkonzepten an der Spitze. Die beste digitale Infrastruktur hat das insgesamt achtplatzierte Köln, das mit einer sehr guten Glasfaser-

Anbindung, einem dichten öffentlichen WLAN und einem sukzessiven 5G-Ausbau punkten kann. Gesamtspitzenreiter Hamburg holt sich mit intelligenten Straßenlaternen, smarten Abfall- und Logistiksystemen, Elektro- und Hybridbussen im öffentlichen Nahverkehr sowie einem Transparenzportal mit mehr als 100.000 Dokumenten den ersten Platz in den Bereichen Energie und Umwelt sowie Gesellschaft.

Neben den Vorreitern identifiziert der Smart City Index auch Städte mit großem Nachholbedarf. Auf den drei letzten Rängen landen Remscheid (27,4 Punkte), Bergisch Gladbach (21,7) und Salzgitter (20,5). Eine große Überraschung ist, dass sich auf den hinteren Plätzen nicht nur Städte aus strukturschwachen Regionen befinden, sondern auch Städte wie Erlangen (Platz 54), Würzburg (62) und Koblenz (71), die über ein hohes Pro-Kopf-Einkommen verfügen. Es gibt insgesamt zwar einen statistischen Zusammenhang zwischen einem hohen Pro-Kopf-Einkommen und der erreichten Punktzahl, dieser ist jedoch relativ gering.

Unter den Top 20 der Gesamtwertung befinden sich Städte aus 9 der 16 Bundesländer. Durchschnittlich etwas besser schneiden Städte aus Baden-Württemberg und Hessen ab, Städte in Nordrhein-Westfalen hingegen etwas schlechter. In den neuen Bundesländern gibt es Defizite im Bereich IT- und Kommunikationsinfrastruktur und Stärken im Bereich Gesellschaft, die sich in der Gesamtwertung vollständig ausgleichen. Besonders viele Punkte in den neuen Bundesländern holen Dresden (Platz 14), Potsdam (15) und Leipzig (17).

Die Daten des Smart City Index machen nicht nur deutlich, welche Städte bei der Digitalisierung die Nase vorn haben. Sie zeigen auch, welche digitalen Lösungen deutsche Städte bisher etabliert haben – und welche nicht. Im Bereich Verwaltung sticht besonders hervor, dass die Mehrheit der Städte noch Nachholbedarf im Hinblick auf elektronische Akten und E-Rechnungen hat. Auch Online-Terminvereinbarungen sind längst noch nicht selbstverständlich, vor allem im Standesamt und in der Ausländerbehörde. Einige Städte werben mit einem Serviceportal, in dem erste Dienstleistungen komplett online erledigt werden können. Es wäre wünschenswert, dies sukzessive auszuweiten und zu vereinfachen. Ein Vorbild könnte die Stadt Wien sein: Dort kann das Smartphone als digitaler Ausweis für Online-Services genutzt werden, ein Kartenlesegerät ist nicht notwendig.

Auch bei der Infrastruktur ist noch Luft nach oben: Die meisten Großstädte verfügen zwar über ein relativ gut ausgebautes Breitband-Netz, beim Glasfaserausbau gibt es allerdings noch starke Defizite. Ein kostenloses, öffentliches WLAN wird in fast allen Städten angeboten, meist jedoch mit geringer räumlicher Verfügbarkeit oder Daten- und Zeitlimitationen. Das speziell für das Internet of Things (IoT) entwickelte Funknetzwerk LoRaWAN stößt auf großes Interesse – in mehr als zwei Dritteln der Städte wurden bereits entsprechende Gateways installiert.

Im Bereich Energie und Umwelt gibt es vielerorts Pilotprojekte zum Ausbau intelligenter Straßenlaternen und Mülltonnen. Im ÖPNV

werden in einigen Städten alternative, emissionsarme Antriebstechnologien getestet, die langfristig alte Dieselbusse ersetzen sollen. Über eine Testphase mit einzelnen Fahrzeugen hinaus wurden diese Alternativen aber bisher erst in weniger als jeder zehnten Stadt etabliert.

Auch im Bereich Mobilität nähern sich die Städte langsam smarten Technologien an – intelligente Ampeln und Verkehrsschilder werden in mehreren Kommunen erprobt. Zudem gibt es einige Pilotprojekte mit Parksensoren, die in Echtzeit über die Auslastung der öffentlichen Parkflächen informieren.

Smart-City-Lösungen im Bereich Gesellschaft können zu mehr Teilhabe und Transparenz führen. Um dies zu erreichen, fehlen vielerorts Open-Data-Portale und Bürgerbeteiligungsplattformen. In weniger als jeder zweiten Großstadt finden sich diese Angebote. Geodaten werden hingegen bereits in drei Viertel aller Städte kostenlos zur Verfügung gestellt.

Der Smart City Index macht deutlich, dass intelligente Technologien in Deutschland noch nicht zum allgemeinen Stadtbild gehören. Während die deutsche Industrie beim Einsatz digitaler Technologien im internationalen Vergleich eine Spitzenposition belegt, geht es in den Kommunen bisher nur langsam voran. Die Reaktionen auf den Smart City Index zeigen jedoch, dass die Ergebnisse in vielen Städten als Weckruf und Antrieb verstanden werden.

Svenja Hampel ist Projektleiterin Smart City Index bei der Bitkom Research GmbH.

Urbanität wird neu definiert

Im Kommune21-Interview fordert Bitkom-Präsident Achim Berg die Gründung eines Kompetenzzentrums Digitale Städte und Regionen sowie zusätzliche Fördermittel in Höhe von 500 Millionen Euro pro Jahr für kommunale Digitalisierungsinitiativen.

Herr Berg, der Branchenverband Bitkom hat 2019 erstmals einen Smart City Index veröffentlicht. Was wollen Sie mit dem Vergleich erreichen?

Städte sind besonders spannende Reallabore für die Digitalisierung. An kaum einem anderen Ort können digitale Technologien so konzentriert und für viele Menschen anschaulich und erlebbar werden. Allerdings hatte Deutschland in diesem Bereich lange Nachholbedarf. Zu der Frage, wie smart und digital die deutschen Städte sind, gibt es eine Vielzahl an Publikationen und Veranstaltungen. Was bislang fehlte, war eine systematische Untersuchung, welche Städte bereits welche Lösungen aus den verschiedenen Themenfeldern der Smart City umgesetzt haben. Das leistet der Smart City Index, mit dem wir unter allen 81 deutschen Großstädten Vorreiter und Nachzügler identifiziert haben. Dort, wo aktuell Lethargie herrscht, wollen wir wachrütteln. Die unzähligen Reaktionen auf unsere Veröffentlichung haben gezeigt, dass wir einen Nerv getroffen haben.

Wo liegen im Vergleich die Stärken und Schwächen der Städte?

Die Ergebnisse zeigen ein sehr vielfältiges Bild der deutschen Smart-City-Landschaft. Die Sprei-

zung ist enorm. Hamburg als Spitzenreiter erreicht 79,5 von 100 möglichen Punkten, am anderen Ende steht Salzgitter mit 20,5 Punkten. Auch in den fünf untersuchten Einzelkategorien zeigt sich, dass die Städte teilweise ein sehr eigenständiges Smart-City-Profil entwickelt haben. So liegt etwa das insgesamt auf Platz 20 platzierte Mannheim in der Verwaltung vor Berlin und Bonn an der Spitze. Bei IT und Kommunikation führt Köln vor Hamburg und München. In Energie und Umwelt geht der Spitzenplatz an Hamburg gefolgt von Darmstadt und Heidelberg, bei Mobilität liegt Karlsruhe in Führung. Die Kategorie Gesellschaft führt wiederum Hamburg an, gefolgt von Wuppertal und Frankfurt am Main. Sie sehen, dass Hamburg insgesamt zu Recht ganz oben steht – und dass dahinter der eine oder andere Hidden Champion lauert.

Der Smart City Index untersucht alle deutschen Städte ab 100.000 Einwohnern. Wie sieht es in kleineren Kommunen aus?

Metropolen wie Hamburg, Berlin oder München haben zweifelsohne einen strukturellen Vorteil. Allein durch ihre Größe können diese Städte eine Vielzahl an Projekten anstoßen, was ein gutes Abschneiden begünstigt. Mittlere und



Achim Berg

kleinere Städte müssen sehr viel mehr Kraft aufbringen, um etwa in Förderwettbewerben des Bundes und der Länder erfolgreich zu sein. Aber das ist keinesfalls unmöglich. Heidelberg und Darmstadt haben es in die Top Ten geschafft. Auch Potsdam, Kiel oder Ulm schneiden angesichts ihrer Einwohnerzahl beeindruckend gut ab. Da wir ausschließlich Städte mit mindestens 100.000 Einwohnern untersucht haben, gibt es für Mittel- und Kleinstädte kein umfassendes Bild. Jedoch finden sich auch dort herausragende Digitalisierungsinitiativen, wie im hessischen Bad Hersfeld, im bayerischen Coburg oder im nordrhein-westfälischen Lemgo.

Gewinner ist die reiche Stadt Hamburg. Ist es eine Frage der finanziellen

Möglichkeiten oder des politischen Willens, ob eine Stadt den Weg zur Smart City einschlägt?

Bei einem flüchtigen Blick auf die Ergebnisse könnte man zu dem Schluss kommen, dass es allein ums Geld geht. Aber das würde zu kurz greifen. Finanzkraft allein macht noch keine Smart City. Und auch mit wenigen Mitteln kann

in der eigenen Verwaltung aktiv zu managen. Schließlich braucht es auch ein strategisches Vorgehen, etwa indem eine Digitalstrategie entwickelt, formuliert und umgesetzt wird.

Viele Smart-City-Vorhaben werden von Bund oder Ländern gefördert. Ist das der richtige Weg für eine flächendeckende Verbreitung oder führt das zu einzelnen Leuchtturm-Projekten?

kommunalen Spitzenverbände und der Digitalwirtschaft eingerichtet werden, um einen effizienten Know-how-Transfer zu ermöglichen und allen Kommunen praktische Unterstützung anbieten zu können. Darüber hinaus müssen vom Bund zusätzliche Fördermittel in Höhe von mindestens 500 Millionen Euro pro Jahr für kommunale Digitalisierungsinitiativen bereitgestellt wer-

„Langfristig sollten alle 11.000 deutschen Kommunen in Deutschland bei der Digitalisierung gefördert werden.“

viel erreicht werden. Sonst hätten wohlhabende Städte wie Koblenz, Reutlingen oder Erlangen besser abschneiden müssen. Und umgekehrt dürfte Mannheim mit der höchsten Pro-Kopf-Verschuldung im reichen Baden-Württemberg kaum bundesweit Spitze bei der digitalen Verwaltung sein. Der politische Wille vor Ort ist also mindestens genauso wichtig.

Was ist aus Ihrer Sicht die Basis für eine Smart City, womit sollte eine Stadt egal welcher Größenordnung beginnen?

Zuallererst sollten Digitalisierungsprozesse zentral organisiert und die dafür notwendigen Strukturen geschaffen werden, etwa durch das Einrichten von Abteilungen, Stabsstellen oder Arbeitsgruppen. Letztlich ist entscheidend, dass klar ist, wer Verantwortung hat. Eng damit verbunden sind die öffentliche Kommunikation und Beteiligung. Die Bürgerinnen und Bürger müssen einbezogen werden – angefangen damit, sich den notwendigen Rückhalt in der Stadtgesellschaft zu sichern, konkrete Maßnahmen demokratisch zu legitimieren und den Technologie- und Kulturwandel

Wettbewerbe, Förderprojekte und Netzwerke können eine wichtige Initialzündung für Smart-City-Initiativen sein, wie der Wettbewerb Digitale Stadt von Bitkom und Deutschem Städte- und Gemeindebund oder die jährliche Smart Country Convention. Es gibt zahlreiche Förderprogramme, etwa der Europäischen Union, des Bundes, der Bundesländer sowie teilweise auch der Kommunen. Diese komplexe Situation führt dazu, dass sich viele Kommunen auf mehrere Förderprogramme gleichzeitig bewerben, was kleinere und vor allem finanzschwache Gemeinden strukturell benachteiligt.

Was können Bund und Länder, aber auch die IT-Wirtschaft noch tun, um die Kommunen auf dem Weg in die digitale Zukunft zu unterstützen?

Langfristig sollten alle 11.000 deutschen Kommunen, insbesondere auch in ländlichen Regionen, bei der Digitalisierung gefördert werden, und nicht mehr nur größere Städte. Dafür sollte ein Kompetenzzentrum Digitale Städte und Regionen unter Federführung des Bundes und unter enger Einbindung der

den. Gut wäre, wenn die Länder das entsprechend kofinanzieren würden. Die Wirtschaft ist gefordert, bestehende Smart-City-Lösungen besser zugänglich zu machen und die immensen Potenziale aufzuzeigen, die damit für die Kommunen verbunden sind.

Ein Blick nach vorn: Wie ist ihre Vision der vernetzten Stadt der Zukunft?

In der digitalen, intelligent vernetzten Stadt wird Urbanität neu definiert. Smart Cities stehen für eine bessere Zukunft des Lebens und Arbeitens auf engem Raum – digital, effizient, ökologisch und sozial. Lange Wartezeiten auf dem Amt oder beim Arzt, Staus und Verkehrsunfälle, Lärm und Abgase gehören der Vergangenheit an, wenn die einmaligen Möglichkeiten digitaler Technologien ausgeschöpft würden. Die Digitalisierung ist die Grundlage für Erhalt und Steigerung unserer wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit, der Lebensqualität von Jung und Alt sowie der Leistungsfähigkeit unseres Staats – insbesondere von Kommunen.

Interview: Alexander Schaeff

Chancen und Risiken

Jeffrey Wimmer / Paula Nitschke

Die Urbanisierung wird bis 2050 zunehmen. Und auch die Durchdringung des städtischen Lebensraums mit elektronischen Technologien wird weiter steigen. Das bietet vielfältige Möglichkeiten. Aber auch die Gefahren sollten nicht unbeachtet bleiben.

Der urbane Raum spielt in den Debatten um Gegenwart und Zukunft unserer Gesellschaft eine bedeutende Rolle, sei es im Hinblick auf gesellschaftliche Integration, zivilgesellschaftliche Aktivitäten oder wirtschaftliche Belange. Aus kommunikationswissenschaftlicher Perspektive besitzt der Stadtraum eine Doppelfunktion: Er ist einerseits Spiegelbild des technischen Wandels, indem er die Infrastruktur für medial vermittelte Kommunikation bereitstellt. Andererseits ist er ein Ort der Kopräsenz unterschiedlichster Akteure und ihrer Praktiken und bereitet somit die Bühne für die Etablierung sozialer und kommunikativer Regeln.

Dieser wichtige Stellenwert ist auf drei parallele Trends zurückzuführen. So wird nach Prognosen der Vereinten Nationen die Urbanisierungsquote weltweit von 55 Prozent im Jahr 2018 auf 68 Prozent im Jahr 2050 steigen. Auch in Deutschland wird ein Anstieg von 77 Prozent im Jahr 2018 auf 84 Prozent im Jahr 2050 prognostiziert. Die Stadt ist also bereits der Lebensraum der meisten Erdbewohner – mit steigender Tendenz.

Parallel dazu vollzieht sich die Verbreitung der digitalen Informa-

tions- und Kommunikationstechnologien (IKT) zunehmend auch als Übergang von stationären Desktop-Computern zu mobilen Endgeräten. Genaue Daten sind kaum vorhanden, aber Erhebungen von Branchenverbänden gehen davon aus, dass die mobile Nutzung des Internets schon jetzt überwiegt. Da viele der mobilen Geräte und Anwendungen auf GPS-Technologien basieren, ist mit deren Nutzung automatisch eine Georeferenz verbunden. Tatsächlich ist die Georeferenz oft der Kern der Funktionalität vieler Digitalmedien, die im städtischen Alltag zur Navigation (Karten, Routenplaner), Annotation (Bewertungen, Rezensionen) oder zum Gelegenheitsmanagement (Dating, Ausgehen) genutzt werden.

Der dritte Trend besteht darin, dass über das Web längst nicht mehr nur Menschen kommunizieren, sondern im Internet der Dinge zunehmend auch Dinge vernetzt werden. Wiederum sind genaue Daten rar, Schätzungen liegen zwischen 18 und 50 Milliarden vernetzten Geräten zu Beginn der 2020er-Jahre (Ericsson Mobility Report vom November 2019), aber auch hier ist der Trend wichtiger als die exakte Anzahl.

Für die digitale Stadt ist dieser Umstand relevant, da er sowohl

die digitalen Medienpraktiken in der Stadt, als auch die Verflechtung städtischer Infrastruktur mit IKT anspricht. So ist eine fortschreitende Durchdringung des städtischen Lebensraums mit elektronischen Medientechnologien zu beobachten. Die Integration von unter anderem Kameras, Sensoren und WLAN-Netzen in die städtische Lebenswelt ist zum Normalfall geworden. Durch Schlagworte wie Smart City oder Internet der Dinge hat die Digitalisierung von Städten Eingang in den gesamtgesellschaftlichen Diskurs gefunden, wird aber auch in unterschiedlichen Wissenschaftsdisziplinen wie der Humangeographie, der kritischen Stadtforschung oder der Informatik zunehmend erforscht. Die Vielzahl und Diversität der Ergebnisse lassen sich zu zwei Befunden verdichten. So ist erstens festzustellen, dass digitale Medientechnologien den urbanen Raum generativ, umfassend und strukturbildend durchdringen. Dadurch verändern sich soziales Miteinander, politische Partizipation, Kultur, Wissen und Sinnstiftung. Diese vielschichtigen Transformationsprozesse sind dynamisch, unterschiedlich und gestaltbar. Digitale Medien sind grundlegend in die Konstruktion der Stadt als Lokal- und Kulturraum eingebunden. Das Verhältnis von Stadt und Me-



Digitale Vernetzung in den Städten wird zunehmen.

dien ist folglich als wechselseitiger, durch diverse Funktionen, Interessen, Akteure und Macht geprägter Konstruktionsprozess zu verstehen. Zweitens sind digitale Medientechnologien nicht neutral und Daten niemals roh. Bestehende soziale, kulturelle oder politische Probleme des städtischen Raums lassen sich nicht technisch lösen, auch wenn in der strategischen Kommunikation von Internet-Konzernen und politischen Akteuren mitunter gegenteilig argumentiert wird.

Die Analysebefunde aus den hier genannten Disziplinen zeigen, dass die Digitalisierung von Städten eine

und Gewichtung, Aggregation und Klassifikation der digitalen Verhaltensspuren unterschiedlicher urbaner Akteure und Gruppen. Denn die digitalen Verhaltensspuren sind Grundlage für politische, ökonomische, städtebauliche und zivilgesellschaftliche Entscheidungen: Wo wird die Polizeipräsenz verstärkt? Wo wird investiert und konsumiert? Wo werden Straßen und Glasfasernetze ausgebaut, wo Spielplätze angelegt? Wer zieht wohin?

Unmittelbare Steuerungseffekte hat darüber hinaus die Verarbeitung von Daten zur Leistungsfähigkeit von Funktionssystemen

Fülle von neuen Interessenkonflikten und Problemstellungen mit sich bringt sowie politische, gesellschaftliche und kulturelle Fragen aufwirft. Forschungsbedarf besteht etwa im Hinblick auf die Erfassung und Selektion, Auswahl

in Bereichen wie Mobilität (ÖPNV, Verkehrsfluss, Parkmöglichkeiten), Ver- und Entsorgung (Elektrizität, Müll) oder der Quantität und Qualität von Emissionen (Feinstaub, Lärm, Temperatur). Eine wichtige Frage hierbei ist, inwiefern die Expansion datenbasierter, am Ideal ökonomischer Effizienz ausgerichteter Informations- und Repräsentationssysteme zu einer Technisierung von Handlungen, Wissen und Entscheidungen führt, welche nicht im postulierten Smart-City-Ideal, sondern in Technokratie mündet. Nicht zuletzt bedeutet die automatisierte Echtzeiterfassung von Datenspuren immer auch Souveränitätsverluste für den Einzelnen (etwa durch Überwachung), für politische Akteure (zum Beispiel durch Handlungs- und Entscheidungsabhängigkeit von Produkten und Dienstleistungen der Technologieunternehmen) und Risiken für die öffentliche Daseinsvorsorge (Hacking, Cyber-Attacken).

Prof. Dr. Jeffrey Wimmer ist an der Universität Augsburg Leiter des Arbeitsbereichs Medienrealität, Dr. Paula Nitschke ist dort Akademische Rätin a.Z.

Anzeige



OPTIMAL SYSTEMS

In diesem Bild versteckt: 785.000 Akten.

Ganz egal wo Sie arbeiten – mit enaio® haben Sie Ihre Akten jederzeit griffbereit. Erfassen neuer Dokumente und Start digitaler Workflows? Über das Web und Ihre mobilen Endgeräte erhalten Sie Zugriff auf Ihren digitalen Arbeitsplatz. Natürlich sicher dank Verschlüsselung und zentraler Zugriffsrechte.

optimal-systems.de/mobil

Software für Macher.

Freiraum für Ideen

Jan Lindenau

Den digitalen Wandel will die Hansestadt Lübeck demokratisch gestalten und bindet die Bürgerschaft in die Entwicklung der Smart-City-Strategie ein. Zur zentralen Steuerung wurde eine Stabsabteilung geschaffen und ein Chief Digital Officer engagiert.

Die Hansestadt Lübeck will die Chancen und Möglichkeiten der digitalen Zukunft jetzt ergreifen. Der Startschuss erfolgte mit der erstmaligen Präsentation eines Eckpunktepapiers, das wesentliche inhaltliche Zielvorstellungen einer digitalen Strategie auf dem Weg zu einer Smart City formuliert: eine nachhaltige Energieversorgung, gesündere und komfortablere Wohnräume, intelligentere Verkehrs- und Transportsysteme, bessere und gerechtere Bildung, transparente und schnelle Dienstleistungen der Verwaltung.

Die innovative Entwicklung des Standorts sowie die Modernisierung der öffentlichen Verwaltung sind gleichermaßen notwendig, um die ambitionierten Ziele erreichen zu können. Zudem ist es von fundamentaler Bedeutung, dass der digitale Wandel demokratisch gestaltet wird und ausreichend Möglichkeiten bestehen, Vorschläge einzubringen, Position zu beziehen und mitzubestimmen. Ein erster Schritt war die Gründung des Vereins EnergieCluster Digitales Lübeck (ECDL), in dem sich die Stadtverwaltung, bedeutende lokale

Unternehmen, Vereine und Verbände sowie Interessenvertretungen zusammengefunden haben.

Ausgehend von diesen Rahmenbedingungen wurden organisatorische und konzeptionelle Maßnahmen ergriffen. Zur zentralen Steuerung wurde in der Hansestadt Lübeck eine neue Stabsabteilung „Stra-



Lübeck: Verwaltung soll sich serviceorientiert ausrichten.

tegie und Innovation“ in der Bürgermeisterkanzlei geschaffen, die themenspezifisch und fachbereichsübergreifend tätig ist, Impulse setzt und Kooperationen fördert. Der neu engagierte Chief Digital Officer (CDO) ist Teil dieser Stabsabteilung. Er initiiert die Konzeptionierung und verantwortet die Umsetzung der digitalen Strategie.

Ein rahmengebender Konzeptentwurf liegt der Lübecker Bürgerschaft

vor und wird nun beraten. Dabei setzt die Hansestadt auf einen dynamischen Strategieentwicklungsprozess, um partizipativ und flexibel auf veränderte Rahmenbedingungen reagieren zu können.

Die Verwaltung der Hansestadt Lübeck will sich zu einer modernen, serviceorientierten Dienstleisterin für alle Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen entwickeln, die ihre Dienstleistungen vorwiegend digital anbietet und gleichzeitig die Möglichkeit des persönlichen Kontakts bietet. Ein wichtiger Ansatzpunkt ist die medienbruchfreie Kommunikation aller Fachverfahren und Systeme, um Bearbeitungsvorgänge zu vereinfachen und zu beschleunigen.

Den Bürgern soll es dabei ermöglicht werden, jederzeit Einblick in den Bearbeitungsstand ihrer Anliegen zu nehmen. Workflow-Management-Systeme wie die E-Akte, ein digitales Archiv und ein auf Echtzeitkennzahlen basierendes Reporting-System sind essenziell für eine moderne Stadtverwaltung und sollen Stück für Stück realisiert werden.

Grundlage aller Aktivitäten auf dem Weg zur Smart City ist über die

Verwaltungsmodernisierung hinaus eine funktionierende digitale Infrastruktur in der Stadt. Zur digitalen infrastrukturellen Daseinsvorsorge gehören neben dem Mobilfunknetz aus Sicht der Hansestadt Lübeck die flächendeckende Versorgung mit Breitband, ein schnelles und freies öffentliches WLAN und ein umfassendes LoRaWAN (Long Range Wide Area Network), welches über weite Strecken kleine Datenpakete transportieren kann und insbesondere für sensorgestützte Smart-City-Anwendungen eine große Bedeutung hat. Der Zugang zu glasfaserbasiertem Breitband ist sowohl für Privathaushalte als auch für die Wettbewerbsfähigkeit der ansässigen Unternehmen unverzichtbar und wirkt sich unmittelbar positiv auf die Attraktivität der Region aus.

Der zentrale Partner bei der Umsetzung der digitalen Infrastrukturmaßnahmen wie dem Breitband-Ausbau sind die Stadtwerke Lübeck. Im Dezember 2019 sind im Rahmen dieser partnerschaftlichen Zusammenarbeit auch die ersten Hotspots des neuen öffentlichen WLANs lue-

connect an den Start gegangen. Ein freies öffentliches WLAN mit hoher Bandbreite und direktem Anschluss an das Glasfasernetz trägt künftig entscheidend zur Attraktivität der Stadt bei – für eine touristisch geprägte Stadt wie Lübeck ein sehr wichtiger Baustein.

Die Basis für alle sensorgestützten Smart-City-Anwendungen ist das in Lübeck bereits gut ausgebaut leistungsstarke LoRaWAN. Es handelt sich hierbei um eine neue, international normierte Funktechnik, die eine Vernetzung von Sensoren über weite Distanzen ermöglicht. Mithilfe des Netzwerks und umfassender Sensortechnik werden bereits heute Pilotprojekte entwickelt und durchgeführt, etwa zur Steuerung von Parkräumen, Glättewarnsensoren, Reduzierung von Lichtemissionen oder für Smart-Waste-Anwendungen. Der Datenschutz wird im Rahmen aller Aktivitäten besonders sensibel behandelt und stets in Zusammenarbeit mit der städtischen Datenschutzbeauftragten berücksichtigt – jede Maßnahme

kommt vor ihrer Realisierung auf den Prüfstand. Alle relevanten und nicht personalisierten Echtzeitdaten aus Verwaltung, Wirtschaft und Sensornetzwerken werden transparent aufbereitet und in einem Urban-Data-Portal zur freien Verfügung gestellt. Zur Visualisierung der vielfältigen Informationen wird auf ein bedienungsfreundliches Dashboard und auf das bereits vorhandene Geo-Informationssystem zurückgegriffen.

Und auch in der Kultur entstehen durch innovative Technologien neue digitale Möglichkeiten. Webbasierte Rundgänge, die Digitalisierung von Kulturgütern oder die Entwicklung virtueller Services mithilfe von Augmented und Virtual Reality, wie die Blechtrommel 4.0, die den berühmten Roman des Literaturnobelpreisträgers Günter Grass virtuell zum Leben erweckt, bereichern das reichhaltige kulturelle Angebot der Hansestadt Lübeck schon heute – und das soll erst der Anfang sein.

Jan Lindenau ist Bürgermeister der Hansestadt Lübeck.



SICHERE DIGITALISIERUNG

Legitimationsprüfung mit dem Personalausweis

-  ONLINE- UND
VOR-ORT-AUSWEISEN
-  GWG- UND
TKG- KONFORMITÄT
-  HÖCHSTES
VERTRAUENSNIVEAU
-  ALTERNATIVE ZU ANDEREN
IDENTIFIZIERUNGSVERFAHREN

www.governikus.de

 **Governikus KG**

Wichtige Weichen gestellt

Kevin Lindauer

Auf ihrem Weg zur Smart City hat die Stadt Pforzheim bereits mehrere Digitalisierungsvorhaben umgesetzt. Die Verwaltung arbeitet auch an einer Digitalisierungsstrategie, in deren Entwicklung die gesamte Stadtgesellschaft eingebunden wird.

Die Stadt Pforzheim hat sich das Ziel gesetzt, die Digitalisierung aktiv voranzutreiben und zu einer Smart City zu werden. Auf dem Weg dorthin konnten bereits zentrale Weichen gestellt und mehrere Digitalisierungsprojekte umgesetzt werden. Meilensteine stellen beispielsweise die Gründung des städtischen Digitalisierungsrats, die Besetzung der Stelle des Digitalisierungsbeauftragten sowie der Abschluss einer strategischen Partnerschaft mit der Hochschule Pforzheim dar, welche die Stadt bei der Entwicklung der Digitalisierungsstrategie wissenschaftlich unterstützt. Darüber hinaus wurden unter anderem das mobile Bezahlen von Parkgebühren eingeführt, der Glasfaserausbau im Gewerbe-

gebiet Wilferdinger Höhe vorangetrieben sowie ein On-Demand-Busshuttle in den städtischen ÖPNV integriert, der via Smartphone-App flexibel angefordert werden kann.

Auch im Kernbereich der Verwaltung treibt Pforzheim die Digitalisierung weiter voran, damit die Bürger immer mehr Behördengänge online erledigen können. So bietet etwa das städtische Service-Center seinen Kunden seit Kurzem die Möglichkeit einer Online-Terminvergabe an. Die Kunden wählen auf der Website www.qtermin.de/stadt-pforzheim die gewünschte Dienstleistung und einen freien Termin aus. Nach Eingabe der Daten erhalten sie eine Bestätigung mit QR-Code. Mit dieser melden sie sich zum gebuchten Termin im Bürgerzentrum an und werden wenige Minuten später zum nächsten freien Mitarbeiter gerufen. Spontankunden ziehen am Terminal in der Wartezone ein Ticket mit QR-Code oder erhalten dieses an der Information mit Unterstützung der Mitarbeiter. Ein Vorteil des neuen Systems ist, dass über den QR-Code ein Link erzeugt wird, mit dem per Smartphone die jeweilige Wartepo-



Pforzheim: Digitale Besuchersteuerung im Bürgerzentrum.

sition verfolgt werden kann. So ist der ständige Aufenthalt im Wartebereich des Bürgerzentrums nicht mehr nötig.

Ein weiterer Baustein auf dem Weg zur Smart City ist die neue App der Abfallwirtschaft der baden-württembergischen Stadt, welche die Nutzer nach Eingabe der Straße und Hausnummer an die Müllabfuhrtermine erinnert. In Kürze soll es zudem möglich sein, wilde Müllablagerungen und Verschmutzungen über die Abfall-App zu melden.

Mit dem Ziel, den digitalen Wandel innerhalb der Verwaltung zu unterstützen und zu begleiten, hat die Stadt ein internes Weiterbildungsprogramm für ihre Mitarbeiter ins Leben gerufen. In den ersten

Profil

● Pforzheim

Bundesland:
Baden-Württemberg
Landkreis:
Kreisfreie Stadt
Einwohnerzahl:
125.000
Oberbürgermeisterin:
Peter Boch
(CDU)
Web-Präsenz:
www.pforzheim.de



Weiteres Projekt: Eine neue Dachmarke soll den Weg zur digitalen Stadt Pforzheim besser sichtbar machen. Über ein Volunteer-Programm können sich außerdem interessierte Bürger aktiv in den Transformationsprozess einbringen.

beiden Kursen konnten 40 Teilnehmer aus verschiedenen Ämtern und Eigenbetrieben der Stadt für die Digitalisierung in der Verwaltung sensibilisiert werden. Als Multiplikatoren werden diese Digitallotsen das erworbene Wissen an Kollegen weitergeben sowie Chancen der Digitalisierung in der Verwaltung aufzeigen. Darüber hinaus bilden die Lotsen ein Netzwerk, in dem sie sich über Best Practices aus ihren Fachbereichen austauschen und Ansätze für digitale Projekte entwickeln.

Aktuell erfolgt die Neuauflage des öffentlichen Netzes PF-WLAN. Mit dem freien WLAN-Angebot hatte Pforzheim im Jahr 2013 eine Vorreiterrolle unter den deutschen Großstädten eingenommen. Im Zuge der Neuausrichtung wird die Stadt das Angebot als wichtigen Bestandteil der Smart City weiterführen. Mit der glasfaserbasierten Neuauflage steht den Nutzern eine Surfgeschwindigkeit von 600 Megabit pro Sekunde mit einem unbegrenzten Datenvolumen zur Verfügung. Eine vorherige Registrierung soll dann nicht mehr erforderlich sein.

Im Rahmen eines gemeinsamen Digitalisierungsprojekts mit dem Hebel-Gymnasium Pforzheim und regionalen IT-Unternehmen sammelt die Stadt erste Erfahrungen mit LoRaWAN-basierten IoT-Anwendungen (Internet of Things). Mithilfe verschiedener Sensoren sollen die Erfassung und Bereitstellung von Daten zu Umweltbedingungen am Pforzheimer Kanal Metzelgraben erfolgen. Initiiert vom Verein blackforestwave wird dort derzeit eine stehende Welle geschaffen, die das Surfen ermög-

lichen soll. Im Zuge des Projekts sollen Informationen zur Außen- und Wassertemperatur, Wasserhöhe, Fließgeschwindigkeit und zur Auslastung der Welle gesammelt werden, welche dann auf der Website des Vereins oder in einer App zur Verfügung gestellt werden.

Ein weiteres, auf Sensorik basierendes Projekt wird im Rahmen einer Kooperation mit dem Unternehmen T-Systems umgesetzt: Im Piloteinsatz getestet wird eine intelligente und digital unterstützte Parkraum-Management-Lösung. Aktuell erfolgt der Sensorverbau zur Detektion freier Parkplätze. Mit der App „Park and Joy“ können dann freie Parkplätze im öffentlichen Raum gefunden und auch gleich per Smartphone gebucht und bezahlt werden.

Neben der Umsetzung erster Impulsprojekte arbeitet die Verwaltung an einer Strategie, mithilfe derer der digitale Wandel aktiv und zum Wohle der Stadt gestaltet werden soll. Hierbei verfolgt Pforzheim einen partizipativen Ansatz, der die gesamte Stadtgesellschaft in die Entwicklung einbindet. In Ergänzung zu analogen Workshop-Formaten, die bereits im September 2018 stattfanden, wurde eine Online-Beteiligung angeboten. Dabei hatten die Teilnehmer die Möglichkeit, ihre Ideen und Anregungen zur digitalen Zukunft auf einer interaktiven Plattform über eine Live-Chat-Funktion zu äußern. Die Ergebnisse der verschiedenen Formate dienen als wichtige Grundlage für die nächsten Schritte auf dem Weg zur Smart City Pforzheim.

Kevin Lindauer ist Digitalisierungsbeauftragter der Stadt Pforzheim.

codia

Ein Unternehmen der d.velop AG

eAkte mit d.3ecm

Die moderne eAkte
passend für jeden Fall.
Digitalisierung aller
verwaltungsweiten
Prozesse.

codia
DMSforum 2020

am 29.-30.09.2020 in Fulda

Jetzt anmelden:
codia.de/codia-dmsforum

**codia. Ihr Spezialist für
die digitale Verwaltung.**

codia Software GmbH
Edisonstraße 2 | 49716 Meppen
Tel. 05931 93980 | www.codia.de

Alternative zur Cloud

Fred Friebe

Die vier Gemeinden des IT-Verbunds Nordthüringen entschieden sich aus Kostengründen für eine autonome IT-Infrastruktur. Mit externer Unterstützung wurde der IT-Betrieb komplett neu ausgerichtet.

Die Herausforderungen, vor denen die Kommunen stehen, sind mit XRechnung, digitalem Workflow inklusive Signatur, E-Akte, E-Payment sowie der Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes (OZG) vielfältig. Die Anforderungen vom Datenschutz über die IT-Sicherheit bis hin zur Realisierung eines Informationssicherheits-Management-Systems (ISMS) erhöhen die Komplexität und erfordern erhebliches fachliches Know-how.

Dieses zu finden und zu halten ist insbesondere für kleinere und mittlere Kommunen schwierig. Ihnen fehlen oft die personellen und materiellen Ressourcen, aber auch konkrete Blaupausen zur Umsetzung, weil zuständige Behörden und Institutionen nur bedingt Unterstützung liefern (können). Als oberste Dienstherren haften die Kommunen jedoch für Probleme und Verstöße. Jede Verwaltung muss daher ihre eigene digitale Strategie entwickeln. Diese kann je nach Größe, Kultur, Besonderheiten und Erwartungen variieren – auch hinsichtlich des Autonomiegrads der IT.

Der IT-Verbund Nordthüringen ist ein Zusammenschluss der Gemeinden Ellrich, Heringen/Helme,

Werther und Kyffhäuserland. Seine Zweckvereinbarung definiert die Vorbereitung, Abstimmung und Umsetzung von Maßnahmen im IT-Bereich und umfasste somit auch die Entwicklung der digitalen Strategie zur Neuausrichtung mittels interkommunaler Zusammenarbeit. Diese sollte wahlweise autonom auf eigenen Verbund-Servern oder ausgelagert in der Cloud des Auftragnehmers realisiert werden.

Die mit einer Erfurter Anwaltskanzlei Ende April vergangenen Jahres veröffentlichte europaweite Ausschreibung beinhaltete die weitgehend komplette Erneuerung der bestehenden Hardware- und Software-Infrastruktur. Im Rahmen eines Verhandlungsverfahrens mit vorgelagertem Teilnahmewettbewerb sollte der zu ermittelnde, wirtschaftlichste Anbieter bis Ende 2019 die Umsetzung inklusive Migration aller relevanten Daten aus den Vorsystemen realisieren.

Das Projekt umfasst unter anderem neue Netzwerkstrukturen, Server- und Speichersysteme, Betriebssysteme und Software für Finanz-, Melde- und Gewerbeswesen, Liegenschaften, Bauverwaltung, Personalwesen, ECM/DMS, Vertragsverwaltung und Friedhofswesen nebst flankierenden

Maßnahmen für Datenschutz und IT-Sicherheit sowie die Reorganisation der administrativen Aufgaben wie Monitoring, IT-Service-Desk und Fernunterstützung durch die eingebundenen Dienstleister.

Das für die Realisierbarkeit zur Verfügung stehende, umlagefinanzierte Budget sorgte dafür, dass die Cloud-Lösung aufgrund der hierfür zu beziffernden Kostenfolge nicht umgesetzt werden konnte. Innerhalb der Projektplanung mussten und wurden bereits in einer sehr frühen Phase Priorisierungen von Teilprojekten vorgenommen.

Anfang Oktober 2019 erteilte der IT-Verbund den Auftrag zur Durchführung des Gesamtprojekts. Den Zuschlag erhielt die Bietergemeinschaft unter Führung des Velberter Unternehmens ab-data mit seinen Systemhauspartnern Archikart, codia und Ibykus. Die Laufzeit des Vertrags ist auf sechs Jahre ausgelegt, inklusive Verlängerungsoption.

Ein besonderes Spannungsfeld stellte der Zeitplan dar. Er verlangte allen Projektbeteiligten sehr viel ab, sowohl in Bezug auf die Hardware-Beschaffung als auch in Bezug auf die Software-Einführung und -Schulung. Die pufferfreien Rahmenbedingungen erforderten

von allen Seiten eine professionelle Projektumsetzung. Im Rahmen der Projekteröffnung mit Vertretern aller Verwaltungen und Bieterfirmen wurden unter anderem eine dezentrale Steuerung über Teilprojekte, verbindliche Liefer- und Realisierungstermine sowie diverse Zuständigkeiten vereinbart. Der gemäß der vorgegebenen Prioritäten fixierte und dokumentierte Ablaufplan wurde zur verbindlichen Grundlage für die Umsetzung des Gesamtprojekts.



Rathaus Ellrich: Sitz des IT-Verbunds Nordthüringen.

Das für die Lieferung und Implementierung der IT-Infrastruktur verantwortliche Unternehmen Ibykus sicherte durch die Bereitstellung einer äquivalenten Übergangslösung (Server, Storage) die fristgerechten Installationen, Schulungen und Migrationen der Fachverfahren ab. Anfang Dezember wurde die Übergangslösung durch die Komponenten der beauftragten Ziellösung ohne Beeinträchtigung des Geschäftsbetriebs ersetzt.

Dadurch konnten – wie ursprünglich avisiert – bereits im November die Kernverfahren Finanz- und Meldewesen installiert, geschult und getestet werden. Die

Originalumstiege einschließlich historischer Datenmigrationen wurden termingerecht in allen angeschlossenen Verwaltungen bis Anfang Dezember abgeschlossen. Die Installation und Integration weiterer Fachverfahren wie Lohn und Gehalt sowie das Friedhofswesen folgten. Nicht-zeitkritische Aufgaben mit niedrigerer Priorität wurden begonnen, deren konkrete Umsetzung aber, zur Entzerrung des Gesamtprojekts und Entlastung der Mitarbeiter, nach hinten verschoben. Optionale Zusatzkomponenten wurde zur Entlastung des Projekts zunächst nicht beauftragt.

Parallel dazu wurde das ursprüngliche Konzept in enger Abstimmung deutlich erweitert. So entstand bereits Ende vergangenen Jahres am Standort Ellrich ein leistungsfähiges, hochmodernes kleines Rechenzentrum. Anstelle der vormals elf Server sind nunmehr knapp 30, überwiegend virtuelle Server im Einsatz. Die bislang kostenintensiven Netzwerkanbindungen wurden durch schnelle Datenleitungen ersetzt.

Zum Schutz der Bürgerdaten wurden umfangreiche Maßnahmen ergriffen. Hierzu zählt neben einer Vielzahl an Firewalls und speziellen Sicherheitskonzepten auch der Einsatz externer IT-Sicherheitsberater und Datenschutzbeauftragter. Und, wie Ellrichs Bürgermeister Henry Pasenow betont: „Bei den Software-Lösungen des IT-Verbunds sind wir auf wesentlich schnellere Web-Anwendungen übergegangen, mit denen die Verwaltungen deutlich effizienter arbeiten können.“

Die bei der Dimension des Gesamtprojekts sowie der Kürze der Projektlaufzeit zu erwartenden Probleme fielen erfreulich gering aus. Es handelte sich weitgehend um die Nachmigration einzelner Daten, einen zunächst nicht funktionierenden Mitteilungsdienst an das Thüringer Landesrechenzentrum, einzelne Schulungsdefizite sowie koordinierende Aufgaben aufgrund personeller Ausfälle.

Das beeinträchtigt aber nicht den positiven Gesamteindruck. Trotz des Abschaltens der Hardware- und Software-Komponenten des Vorlieferanten zum 31. Dezember 2019 kam es nicht zu Produktionsausfällen. Alle Komponenten wurden trotz Zeitdrucks termingerecht in Betrieb genommen. Die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Bewältigung der digitalen Herausforderungen sind gegeben. Und ganz nebenbei wurden die vier Kommunen auch noch zu den ersten Verwaltungen in Thüringen, die mit den neuen VOIS-Verfahren Melde-/Gewerbewesen und Gebührenkasse des Anbieters HSH arbeiten.

Das erfolgreiche Projekt des IT-Verbunds ist ein starkes Signal für kleinere und mittlere Verwaltungen: In interkommunaler Zusammenarbeit können neue Anforderungen durch OZG, E-Akte und Datenschutz sachgerecht bewältigt werden. Sofern zielorientiert angegangen, liefert eine autonome IT-Infrastruktur ein wirtschaftlicheres Ergebnis als eine ausgelagerte Cloud-Lösung.

Fred Friebel ist Systemadministrator des Kommunalen Rechenzentrums IT-Verbund Nordthüringen.

Dritte Dimension nutzen

Wolfgang Bauer

In Bayern erobern die amtlichen Geodaten Stück für Stück die dritte Dimension. Doch wie werden die Daten generiert und wie können Kommunen die 3D-Technik künftig sinnvoll einsetzen?

Mit Geodaten in 3D können Kommunen Bürgern und Unternehmen neue Services anbieten. Der Nutzen, der sich aus Digitalen Oberflächenmodellen, Gebäudemodellen und 3D-Visualisierungen ergibt, ist vielfältig, sowohl im privaten als auch im wirtschaftlichen Bereich. Damit lassen sich Versicherungssummen berechnen, der Energiebedarf ermitteln und Stadtplanungen veranschaulichen.

Die Daten für Bayern werden vom Landesamt für Digitalisierung, Breitband und Vermessung (LDBV) mit der Bayernbefliegung gesammelt. Dabei entstehen digitale Senkrechtaufnahmen der Erdoberfläche aus einer Höhe von etwa 4.000 Metern. Seit dem Jahr 2017 wird jährlich die Hälfte des

Landes mit einer Fläche von circa 40.000 Quadratkilometern (km²) befliegen. Die Bilder sind Grundlage für sämtliche Luftbildprodukte des LDBV. Im Norden Bayerns sind rund 35.000 km² zu befliegen, eingeteilt in 39 Projektgebiete und 16 Vergabelose. Im Süden sind es rund 40.500 km² mit 46 Projektgebieten und 19 Vergabelosen. Dabei sind 49.015 Bilder mit einer Bodenauflösung von 20 Zentimetern entstanden. Aus den Daten der Bayernbefliegung wird das Digitale Oberflächenmodell (DOM) abgeleitet. In einem neuen Herstellungsverfahren folgt daraus seit 2018 das Digitale Orthophoto mit Entzerrung als True Orthophoto (TrueDOP). Der Vorteil der TrueDOP ist, dass die Bilder keine Verkippungen oder Umklappungen von Objekten über Geländehöhe aufweisen. Durch die lagerichtige Ab-

bildung in einer Parallelprojektion und der Minimierung sichttoter Bereiche im Bild lässt sich das True Orthophoto gut mit weiteren Geobasisdaten und den Geofachdaten der Kommunen als Layer sowie über Web-Dienste kombinieren. Das TrueDOP ist zudem in Form von Web-Map-Services und im Bayern-Atlas verfügbar. Weitere Produkte des DOM sind das normalisierte DOM (nDOM), welches das Landschaftsinventar auf ebener Fläche zeigt, und das zeitdifferenzierte DOM (tDOM), welches Höhenunterschiede im Zeitraum zwischen zwei Befliegungen ausweist.

Die Daten für das tDOM und das nDOM liegen vor, jedoch läuft die Erzeugung gewünschter Differenzmodelle noch nicht automatisch. Da das nDOM Landschaftselemente wie Gebäude, Wald, Hecken und Felder auf ebener Fläche abbildet und die relative Höhe über dem Gelände zeigt, ist es zum Beispiel hilfreich für Klassifizierungen, etwa beim Digitalen Landschaftsmodell zur Baumextraktion. Durch Kombinationen mit dem Digitalen Geländemodell (DGM) bieten die 3D-Produkte der Bayerischen Vermessungsverwaltung (BVV) neue Möglichkeiten. Das bildbasierte Digitale Oberflächenmodell aus der Photogrammetrie oder das



Dreiecksvermaschung eines Modells mit Textur (Mesh) von München.

DOM aus dem Laserscanning sind Ausgangsdaten für neue Produkte. Eines dieser neuen Produkte ist die Vermaschung des DOM mit Texturierung der entstehenden Dreiecke (3D-Mesh).

Die vom Flugzeug aus erstellten Laser-Daten, das so genannte Airborne LiDAR (Light Detection and Ranging), wurden erstmals 1997 mit einer Punktdichte von weniger als einem Punkt/m² zur Berechnung eines DGM eingeführt. Seit 2010 erfolgt die LiDAR-Befliegung mit einer Dichte von vier Punkten/m². Die Landesfläche ist bereits zu circa 90 Prozent mit dieser Punktdichte befliegen. Das Digitale Geländemodell besteht aus einem regelmäßigen Gitter aus den LiDAR-Bodenpunkten. Es zeigt die Erdoberfläche ohne Vegetation und Bebauung. Beim Standardprodukt DGM 1 beträgt der regelmäßige Gitterabstand einen Meter; Ableitungen für geringere Gitterweiten sind ebenfalls möglich. Das DGM dient auch als Grundlage für weitere Produkte, beispielsweise für die Erstellung von Hochwassergefahrenkarten. Die Laser-Daten zeichnen sich gegenüber photogrammetrischen Methoden durch eine hohe Objektdurchdringung in der Vegetation aus. Sie haben zudem ein sehr geringes Rauschverhältnis, deren Qualität insbesondere in Profilschnitten deutlich wird. Daher waren Laser-Daten die ideale Datengrundlage für die Ersterfassung der LoD2-Gebäude.

Die amtlichen 3D-Gebäudemodelle bilden Gebäude in unterschiedlichen Detaillierungsgraden ab. In einer ersten Stufe wurde das Modell im Level of Detail 1 (LoD1), auch Klötzchenmodell genannt, flächen-

deckend vollautomatisch abgeleitet. In der zweiten Ausbaustufe, dem LoD2, kommen die Standard-Dachformen sowie beschreibende Attribute hinzu; es wird halbautomatisch erzeugt. Das Modell enthält alle im Liegenschaftskataster eingemessenen Haupt- und Nebengebäude mit einer Grundfläche, die größer als 13 m² ist.

Seit Anfang 2019 sind alle 9,1 Millionen LoD2-Gebäudemodelle für Bayern mit realistischen Standard-Dachformen verfügbar. Neben der Verwendung zum Beispiel für Volumenberechnung, Ableitung der Anzahl von Vollgeschossen, Solarkataster, Schattenwurf- und Regenwasserabfluss-Simulationen sind 3D-Geodaten wie 3D-Gebäudemodelle und bildbasierte Oberflächenmodelle mit Texturen gerade für Bürgerbeteiligungsverfahren gut geeignet. Eine Kombination der 3D-Geodaten mit digitalen Architekturmodellen ist beispielsweise durch die Formate Shape, CAD und CityGML gewährleistet. Mit dem bundesweiten Projekt XPlanung werden die Voraussetzungen für Standardisierungen in der Digitalen Bauleitplanung geschaffen.

Ein weiteres Produkt, das von den 3D-Daten profitiert, ist der Bayern-Atlas, ein Online-Kartenservice des bayerischen Landesamts für Digitalisierung, Breitband und Vermessung. Dieser enthält eine 3D-Komponente zur Darstellung der 3D-Gebäudemodelle. Die Fortführung dieser LoD2-Modelle ist über die Gebäude-Einmessungen für das Liegenschaftskataster sichergestellt, durchgeführt von den Ämtern für Digitalisierung, Breitband und Vermessung (ÄDBV). Der bundesweite Vertrieb der LoD2-Gebäudemodelle

erfolgt im Jahr 2020 durch die Zentrale Stelle Hauskoordinaten und Hausumringe (ZSHH) der Arbeitsgemeinschaft der Vermessungsverwaltungen der Länder der Bundesrepublik Deutschland (AdV). Das Digitale Oberflächenmodell bietet eine Grundlage, um Geodaten mittels Virtual Reality (VR) zu präsentieren und zeigt mögliche Einsatzszenarien. Eine virtuelle Besichtigung von touristischen Gebäuden in den bayerischen Städten mit über 50.000 Einwohnern wurde durch eine Drohnenbefliegung und Ableitung eines texturierten Gebäudemodells durch Mitarbeiter der ÄDBV in Augsburg und Miesbach sowie einigen BayernLabs ermöglicht. Unter www.virtuelles.bayern.de und im BayernAtlas können diese touristischen Highlights erkundet werden.

Wird das Kamerabild mit anderen Informationen überlagert, spricht man von Augmented Reality (AR). Diese Technik ist auch für amtliche Geodaten einsetzbar. So soll es künftig möglich sein, mit einer App auf dem amtlichen Lageplan der Vermessungsämter 3D-Gebäudemodelle einzublenden. Diese Flurkarte 3D liegt bereits als Prototyp vor, um Daten der BVV mittels AR plastisch darzustellen. Als Datengrundlage dienen der Lageplan aus dem Amtlichen Liegenschaftskataster-Informationssystem (ALKIS), das LoD2 und das DGM. Würde man den Prozess für den Prototyp automatisieren und die Daten zentral für ganz Bayern vorhalten, könnte man zum Beispiel jeden Lageplan in Bayern dreidimensional betrachten.

Wolfgang Bauer ist Präsident des bayerischen Landesamts für Digitalisierung, Breitband und Vermessung.

30 Jahre Sternberg

Jan-Christopher Reuscher, einer der drei Geschäftsführer von Sternberg, berichtet anlässlich des 30-jährigen Firmenjubiläums über die Entwicklungen in der Unternehmensstruktur und im Portfolio sowie über den Wunsch nach Vereinfachung und Automatisierung.

Herr Reuscher, vor 30 Jahren begann alles mit der Entwicklung einer ersten Version Ihres Sitzungsdienstes. Welche Anforderungen und Herausforderungen standen damals im Raum?

Ein Arbeitskreis mit fünf Kommunen aus dem nordrhein-westfälischen Kreis Steinfurt, nämlich die Städte Emsdetten, Greven, Ibbenbüren und die Gemeinden Nordwalde und Recke, legten die Anforderungen fest: Word 4.0 in einer PC-Umgebung, Betrieb auf dem proprietären System BULL DPS 6000 und ein Ablauf, der zu 100 Prozent bis heute erhalten geblieben ist.

Wo liegen die größten Unterschiede zu den ersten Versionen Ihrer Lösung?

„Die Tendenz geht klar in Richtung Vereinfachung und Automatisierung.“

Große Veränderungen gab es natürlich bei der Technik. Wo früher ein MS-DOS arbeitete, ist es heute ein Windows und Office mit viel mehr Möglichkeiten. Dementsprechend hat sich von der Usability und Automatisierung über den Bereich des Web-Auftritts bis hin zu der Möglichkeit der papierlosen Sitzung einiges geändert. Was aber immer konstant geblie-

ben ist und auch bleibt, ist die persönliche Betreuung.

Ihre Kunden dürfen und sollen mitreden. Welche Veränderungen konnten Sie bei den Anwenderwünschen feststellen?

Die Tendenz geht klar in Richtung Vereinfachung und Automatisierung. Wir haben inzwischen viele Drag-and-drop-Möglichkeiten geschaffen, genauso wie wir die Kommunikation zwischen Mandatsträgern und der Verwaltung immer mehr ausbauen. Ein weiterer Punkt könnte die Unabhängigkeit von vorhandener Hardware sein. Dadurch kann sich unser Kundenspektrum nochmals erhöhen, da wir dann nur noch wenige spezielle Systemanforderungen haben.

Ohne App geht heute gar nichts mehr. 2009 hat Sternberg dazu den Grundstein gelegt. Wann und wie wurde Ihnen klar, dass das Sitzungsmanagement mobil werden muss?

Der Wunsch nach dem papierlosen Büro ist ja schon sehr alt. Bereits 2004 haben wir mit dem winRICH Client für Mandatsträger eine Möglichkeit geboten, auf dem



Jan-Christopher Reuscher

Laptop die Sitzung zu verfolgen und auch die Dokumente mit eigenen Annotationen zu versehen. Das wurde allerdings aufgrund von geringen Akkulaufzeiten, Lüftergeräuschen und Gewicht der Hardware noch nicht so angenommen. Mit Aufkommen der ersten Tablets waren diese Hemmnisse verschwunden und der Weg frei für die papierlose Gremienarbeit.

Neben Papier- und Ressourceneinsparungen wurde in den folgenden Jahren die Transparenz der Verwaltungsarbeit immer wichtiger. 2013 kam die Bürger-App auf den Markt. Woher kam dieser Impuls?

Mit Fertigstellung unserer Sitzungszapp war klar, dass dieser

Service auch den Bürgern zur Verfügung gestellt werden muss. Technisch gab es keine Schwierigkeiten, da im Grundaufbau bereits alles vorhanden war. Deshalb kam die BürgerApp auch kostenfrei mit auf den Markt.

Wie sieht Ihre aktuelle Unternehmens- und Kundenstruktur aus?

Wir hatten in den vergangenen Jahren nicht nur einen starken Kunden-, sondern auch einen starken Mitarbeiterzuwachs. Während wir 2013 nach 23 Jahren noch circa 350 Kunden und 14 Mitarbeiter zählten, sind heute, nur sieben Jahre später, gut 650 Kunden und 31 Mitarbeiter im Familienunternehmen beschäftigt. Der Großteil unserer Kunden kommt selbstverständlich

immer noch aus dem kommunalen Sektor. Allerdings entwickelt sich ein Trend, der uns zeigt, dass unser System in vielen Bereichen außerhalb einer Stadtverwaltung seine Berechtigung hat. Daher haben wir inzwischen viele Verbände, Kammern, Universitäten sowie Versicherungen und Unternehmen als Kunden hinzugewonnen.

Neben Sitzungsdienst und Gremieninformationssystem bietet Sternberg noch weitere Module an. Seit 2019 haben Sie auch einen Formular-Manager im Portfolio. Welche Releases sind für dieses Jahr geplant?

Der Formular-Manager bietet unseren Kunden eine integrierte Möglichkeit, mit den Mandatsträgern zu kommunizieren. Wir haben

darauf geachtet, ihn so flexibel zu halten, dass wir damit auch auf lange Sicht die Wünsche unserer Kunden abdecken können. Mit diesem Modul ist es zum Beispiel möglich, Teilnahmeabfragen für die Sitzungen digital zu erfassen und automatisch zu verarbeiten. Andere Möglichkeiten sind, Reisekostenformulare oder Anträge über diesen Weg medienbruchfrei zu übertragen. Dieses Jahr werden wir die App um einen Chat erweitern. Andere Neuerungen finden eher unsichtbar für die Kunden statt. Erwähnenswert sind hier die Themen Sicherheit, wie Verschlüsselung von Daten und Zwei-Faktor-Authentifizierung, sowie Barrierefreiheit.

Interview: Sara Ott

Anzeige



Plattform. Fachverfahren. Kommunalsoftware.



Besuchen Sie uns vom 17.-19.03.2020 in Hannover auf der neuen Digitalmesse. Sie finden uns am DATABUND-Stand A14 in Halle 8

Fachforum am 18.03.2020:

- 10:00 Uhr – 12:00 Uhr Mit VOIS in die Umsetzung des OZG starten
- 10:00 Uhr – 12:00 Uhr Moderner IT-Betrieb mit VOIS
- 13:00 Uhr – 15:00 Uhr VOIS für Landkreise
- 13:00 Uhr – 15:00 Uhr Moderner Bürgerservice mit VOIS

Millionen Seiten Papier gespart

S. Lange

Bereits 2013 wurde in der Stadt Flensburg die Einführung eines digitalen Sitzungsdienstes beschlossen. Das sparte der Stadt über die Jahre eine Menge Papier. Ein Workflow soll nun die Freigabe von Beschlussvorlagen vereinfachen.

Die Stadt Flensburg hat die Zeichen des digitalen Zeitalters erkannt und sich schon im Jahr 2013 intensiv mit der Umstellung auf die elektronische Ratsarbeit befasst. Der Fokus lag dabei auf der Einsparung von Papierunterlagen für die politische Arbeit, dem damit einhergehenden Personalaufwand, aber auch auf einem schnellen und unkomplizierten Zugriff von unterwegs aus. Die damals neu konstituierte Ratsversammlung der Stadt in Schleswig-Holstein hat daher in der Sitzung im September 2013 nach ausgiebiger Beratung in diversen Gremien die Einführung des digitalen Sitzungsdienstes beschlossen.

Sowohl Verwaltung als auch Politik verpflichteten sich dazu, auf die Versendung von Drucksachen zu verzichten und nur noch in Ausnahmefällen auf Unterlagen in Papierform zurückzugreifen. Die Nutzer können über private oder von der Stadt gestellte mobile Geräte auf den digitalen Sitzungsdienst zugreifen. Dafür wurden seitens der Stadt 134 Tablets für die Ratsmitglieder sowie für die bürgerschaftlichen Mitglieder der verschiedenen Fraktionen angeschafft. Unterlagen wie Einladungen, Niederschriften und Beschlussvorlagen werden von der Verwaltung in einem Ratsinfor-

mationssystem (RIS) bereitgestellt. Flensburg nutzt hierfür die Lösung SD.NET der Firma Sternberg. Über die Anwendung haben die Mitarbeiter der Verwaltung Zugriff auf hinterlegte Informationen und zudem die Möglichkeit, Beschlussvorlagen, Niederschriften und Einladungen ins System einzustellen. Nachdem die Unterlagen freigeschaltet worden sind, können die politischen Nutzer sowie die Bürger über ein webbasiertes Front End auf diese zugreifen. Auch wenn das RIS in seiner aktuellen Form bereits seit dem Jahr 2006 besteht, hat der Beschluss zur digitalen Ratsarbeit im Jahr 2013 das System nochmals in den Fokus der öffentlichen Wahrnehmung gerückt.

In den Ausschüssen und Gremien der Stadt werden natürlich auch nicht-öffentliche Themen beraten. Diese Inhalte sind passwortgeschützt. Da die Besetzung der Ausschüsse erfahrungsgemäß einer ständigen Fluktuation unterliegt, können sich die Geschäftsführer der Ausschüsse relevante Informationen, wie beispielsweise die Kontaktdaten der neuen Mitglieder, direkt aus dem System ziehen. Auch bereits gefasste Beschlüsse anderer Gremien

können jederzeit eingesehen und die dazugehörige Beratung über die Niederschriften nachvollzogen werden. Auf diese Weise wird gewährleistet, dass alle Ausschüsse stets im Bilde über den aktuellen Sachstand sind.

Als weiterer Effekt ist die Einsparung von Druckerzeugnissen zu nennen. Die Verwaltung be-



Flensburger Ratsversammlung nutzt mobile Geräte.

rechnet, dass im Zeitraum von September 2013 bis Mai 2018 mehr als 1,15 Millionen Seiten oder rund 5.750 Kilogramm Papier eingespart werden konnten.

Die Flensburger Ratsversammlung geht mit der Zeit und auch in der Verwaltung sollen laufend weitere digitale Verfahren zum Einsatz kommen. Als Ziel für den Sitzungsdienst steht die

Einführung eines Workflows im Mittelpunkt. Dokumente, wie beispielsweise Beschlussvorlagen, müssen vor Veröffentlichung durch den Verwaltungsvorstand unterschrieben und freigegeben werden. Aktuell werden die entsprechenden Unterlagen ausgedruckt und vorgelegt. Das ist nicht medienbruchfrei. Durch die Einführung eines Workflows erhofft sich die Stadtverwaltung eine Veränderung des aktuellen Verfahrens. Bei dem Workflow handelt es sich um eine Systemerweiterung der Lösung SD.NET, die es erlaubt, bestimmte Arbeitsabläufe zu definieren und bestimmten Mitarbeitern zuzuweisen. Perspektivisch soll dann auch die Unterzeichnung von Unterlagen im Rahmen einer digitalen Signatur möglich werden.

Neben allen positiven Aspekten ergeben sich aus der Digitalisierung des Sitzungsdiensts jedoch auch Aufgaben, die es zu lösen gilt. Wo durch die mobilen Endgeräte Arbeitsaufwand eingespart werden konnte, entsteht durch deren Wartung und Pflege an anderer Stelle neuer Personalbedarf. Flensburg hat dazu beispielsweise eine Stelle im IT-Service um sechs Stunden dauerhaft aufgestockt.

Der Zahn der Zeit ist ein wichtiger Faktor im elektronischen Sitzungsdienst. Aktuell zeichnet sich deutlich ab, dass die im Jahr 2013 beschafften Geräte langsam an die Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit stoßen. Auch wenn bereits viele der politisch Tätigen ihre privaten Geräte nutzen, greift ein Großteil

auf die von der Verwaltung der Stadt Flensburg bereitgestellten mobile Endgeräte zurück. Um auch in Zukunft eine zuverlässige digitale Ratsarbeit gewährleisten zu können, gilt es Ersatz zu beschaffen.

Durch die Digitalisierung ist insbesondere für den Sitzungsdienst einiges einfacher und übersichtlicher geworden. Neben dem positiven Gesamteindruck gibt es aber auch neue Herausforderungen, denen begegnet werden muss. Wägt man beide Seiten ab, ist die elektronische Ratsarbeit jedoch ein Gewinn, der dem aktuellen Zeitgeist folgt.

Simone Lange ist Oberbürgermeisterin der Stadt Flensburg.

Anzeige



more!software

mehr leistung · mehr service · mehr mensch

Gremienarbeit per Fingertipp!

Mit unserem Sitzungsmanagementsystem more! rubin und der optionalen Tablet-App DiPolis kein Problem. Wir verbinden klassische Desktop-Software mit den Möglichkeiten des mobilen, digitalen Zeitalters. Das spart Kosten, erleichtert die Arbeit und schont die Ressourcen unserer Umwelt.

- Sitzungsdienst
- Beschlusskontrolle
- Antragsverwaltung
- Sitzungsgeld
- Rats- und Bürgerinfosystem
- Tablet-App für digitale Gremienarbeit



Wir freuen uns auf Ihren Besuch!
Stand A14 in Halle 8.

more! software GmbH & Co. KG
Aubachstraße 30 | 56410 Montabaur
Telefon: 02602 838870
E-Mail: info@more-rubin.de | www.more-rubin.de

Kaum ALLRIS-Tickets

Wiebke Jürgensen

Die Lösung ALLRIS ist bereits seit vielen Jahren in der Stadt Geesthacht in Verwendung. Nun hat die Verwaltung auf die neue Version umgestellt, die vollständig beim Anbieter CC e-gov gehostet wird.

Das Geesthachter Rathaus nutzt bereits seit dem Jahr 2003 die Lösung ALLRIS. Mit der Software des Unternehmens CC e-gov wird der gesamte interne Sitzungsdienst organisiert. Darüber werden beispielsweise Vorlagen für politische Gremien angefertigt und den Politikern elektronisch bereitgestellt. Des Weiteren werden die Terminplanung sowie die Vor- und Nachbereitung von Sitzungen über die Lösung abgewickelt.

Seit 2015 arbeitet die Verwaltung im Bereich Sitzungswesen komplett papierlos, seit 2018 tun es die Politiker der Elbestadt den Mitarbeitern des Rathauses gleich. Ausgestattet mit Tablets nutzen sie für Sitzungsvor- und -nachbereitungen ALLRIS, das seit vergangenem Jahr noch komfortabler ist. Denn 2019 stellte die Stadt in Schleswig-Holstein von der Version ALLRIS 3 auf ALLRIS 4 um – und das funktionierte erstaunlich reibungslos.

Die Politiker bemerkten von der Umstellung in ihrer praktischen Arbeit nichts. Nachdem der neue Mandant auf ihr Tablet aufgespielt wurde, konnten sie alle Funktionen über ihre gewohnten Masken nutzen. ALLRIS war lediglich am Umstellungstag nicht erreichbar.

Die neue Version ist weniger störungsanfällig und birgt für die Verwaltung viele Verbesserungen. ALLRIS 4 ist in den Anwendungsbereichen der Vorlagenerstellenden und Gremienbetreuenden nutzerfreundlicher und moderner geworden. Die Arbeitsweise ist intuitiver und das Programm bietet mehr Möglichkeiten, Anwendungsbereiche individueller einzustellen. Zudem fügt sich ALLRIS 4 besser in die Nutzungsumgebung ein, die Word- und Office-Integration hat sich im Vergleich zu ALLRIS 3 verbessert. Darüber hinaus hat die neue Version in der Benutzerverwaltung eine wesentlich bessere Rechtestruktur als der Vorgänger.

Auch für die IT-Abteilung des Geesthachter Rathauses brachte die Umstellung einige positive Veränderungen. Während ALLRIS 3 für die Verwaltung auf internen Servern lief und für die Bürger extern bei CC e-gov gehostet wurde, hat sich die Stadtverwaltung mit der Umstellung für das komplette Hosting beim Hersteller entschieden. Für die IT-Mitarbeiter des Rathauses fallen damit gleich mehrere Sorgen weg: Sie müssen sich nicht mehr um zeitgerechte Updates kümmern oder die Wartung und



Torben Heuer leitete den Umstellungsprozess.

Verfügbarkeit des Systems sicherstellen. „Die Systeme laufen seit der Umstellung einwandfrei“, berichtet Steffen Trost aus der IT-Abteilung des Rathauses. „Früher gab es häufiger mal Meldungen über Störungen. Tickets, weil ALLRIS nicht funktioniert, sind uns schon lange nicht mehr untergekommen.“

Die Umstellung erfolgte in Geesthacht nach guter Vorbereitung in zwei praktischen Schritten. Zunächst traf sich die Projektgruppe bestehend aus Mitarbeitern von CC e-gov und Torben Heuer, Fachdienstleiter Zentrale Verwaltung, der den Prozess für die Stadtverwaltung leitete. An sieben Tagen wurden verschiedene Ziele des Projekts, unter anderem Stammdaten, Bewegungsdaten

und Verifikationen, besprochen sowie Ablaufdokumentationen und Dokumentenvorlagen, Berechtigungen und Präferenzen angepasst. Geschult wurden dann die Hauptanwender, etwa 60 Mitarbeiter der Verwaltung, aufgeteilt in Gremienbetreuende und Vorlagenerstellende. Da die Verwaltung bereits mit ALLRIS gearbeitet hatte, war der Schulungsaufwand für die Vorlagenerstellenden überschaubar. Nur die Optik und wenige Anwendungen unterscheiden sich in der neuen Version leicht von der vorherigen.

Mit mehr Neuem sahen sich die Mitarbeiter konfrontiert, deren Aufgabe die Gremienbetreuung ist. Sie mussten sich für ihre Arbeitsprozesse teils an neue Masken gewöhnen. „Ich brauchte Zeit, um mich auf die neuen Abläufe einzustellen – das war ein Prozess, der für mich auch noch nicht ganz abgeschlossen ist“, berichtet Brigitte Harrasz vom Fachdienst Bildung. Sie betreut unter anderem den Ausschuss für Bildung und Sport, verfasst dafür die Einladungen an die Politiker sowie

die Niederschriften zu vergangenen Sitzungen. Sie erstellt auch die Diskussionsvorlagen und pflegt sie ins System ein. „Die Arbeitsoberfläche von ALLRIS 4 ist aus meiner Sicht verglichen mit ALLRIS 3 angenehmer geworden. Das Programm scheint für mich besser strukturiert und darum auch in der Handhabung in vielen Bereichen leichter“, sagt Brigitte Harrasz. Als besonders positiv nimmt sie neue Möglichkeiten in der Verwaltung von Personendaten wahr: „Es ist viel einfacher geworden, die Anwesenheit von Personen in Sitzungen zu dokumentieren. Auch das Einpflegen von Gästen, die zum Beispiel in Gremien zu Tagesordnungspunkten berichten, ist durch ALLRIS 4 unkomplizierter geworden.“

Positiv hervorzuheben ist zudem, dass die gesamte Datenbank migriert wurde. So sind weiterhin alle Informationen in ALLRIS verfügbar. Nach den Schulungen wurde für die Datenmigration ein Tag festgelegt. Nach diesem einen Tag wurde komplett in ALLRIS 4 gearbeitet.

Insgesamt hat der Umstieg auf die modernere Programmversion sehr gut funktioniert. Die Betreuung durch das CC-e-gov-Team war hervorragend. Die Mitarbeitenden der Stadt fühlten sich gut aufgehoben und durch den Prozess begleitet – von der theoretischen Projekterarbeitung bis zum Echtbetrieb. Auch nach Umstellung und Schulung stand das Team zur Verfügung, denn Kleinigkeiten und Fragen ergaben sich, wie bei jeder Umstellung, erst nach einigen Tagen.

Hilfe bei kleinen Unsicherheiten boten Anleitungen für die neue Version, an denen sich die Mitarbeiter entlanghangeln konnten. Erstellt und bereitgestellt wurden Checklisten für die Vorlagenerstellung sowie die Sitzungsvor- und -nachbereitung. Insgesamt führte die Umstellung von ALLRIS 3 auf ALLRIS 4 zu wesentlich weniger Nachfragen im Support, als sie bei der Einführung von ALLRIS 3 gezählt worden waren.

Wiebke Jürgensen ist Pressesprecherin der Stadt Geesthacht.



Gestern: Kopfstand...

Module individualisieren

Plarent Kazani

Der Regionalverband Ruhr hat mit seinem breiten Aufgabenspektrum auch eine große Verwaltung zu stemmen. Die Lösung von more! software wird neben der Gremienarbeit der Verbandsversammlung nun auch beim Personalrat eingesetzt.

Schon früh hat sich der Regionalverband Ruhr (RVR) als Körperschaft des öffentlichen Rechts Gedanken darüber gemacht, wie die Arbeitsweise der Verbandsorgane erleichtert und den Bürgern eine Möglichkeit geboten werden kann, sich über die Arbeit der Verbandsversammlung und ihre öffentlichen Gremien zu informieren.

Zum Verbandsgebiet des RVR mit Sitz im nordrhein-westfälischen Essen zählen die kreisfreien Städte Bochum, Bottrop, Essen, Dortmund, Duisburg, Gelsenkirchen, Hagen, Hamm, Herne, Mülheim an der Ruhr und Oberhausen sowie die Kreise Recklinghausen, Wesel und Unna sowie der Ennepe-Ruhr-Kreis mit insgesamt rund 5,1 Millionen Einwohnern. Im Zentrum des gesetzlichen Auftrags des RVR steht das Wohl der Metropole Ruhr: Auf allen relevanten regionalen Handlungsfeldern agiert der Verband entweder als Netzwerker, Koordinator, Impulsgeber, Dienstleister oder Projektträger für das Ruhrgebiet. Die Aufgaben und Tätigkeiten des Verbands sind im RVR-Gesetz geregelt. Er ist für die staatliche Regionalplanung in der Metropole Ruhr zuständig und Träger bedeutender Infrastrukturprojekte wie der Route der Industriekultur und des Em-

scher Landschaftsparks. Zu den ältesten Kernaufgaben zählen Schutz und Pflege der Umwelt durch Sicherung von Freiflächen.

Zu den gesetzlichen Aufgaben des RVR gehören zudem die regionale Wirtschafts- und Tourismusförderung sowie die Öffentlichkeitsarbeit für die Metropole Ruhr.

Darüber hinaus ist der Verband an zahlreichen Gesellschaften beteiligt: Als Alleingesellschafter fungiert er unter anderem bei der Ruhr Tourismus GmbH (RTG), der Business Metropole Ruhr GmbH (BMR) sowie der Abfallentsorgungs-Gesellschaft Ruhrgebiet (AGR). Der RVR wird durch eine Umlage seiner Mitglieder finanziert und bei Projekten durch Fördermittel von Land, Bund und EU unterstützt. Organe des Verbands sind die Verbandsversammlung, der Verbandsausschuss und die Regionaldirektorin. Die Verbandsversammlung setzt sich den Ergebnissen der Kommunalwahlen entsprechend zusammen, und ab diesem Jahr wird das Ruhrparlament direkt gewählt.

Der RVR hatte sich nach umfassender Recherche und Prüfung, welche Software seinen Bedürfnissen



Digitale Gremienarbeit auch beim Personalrat des RVR.

am besten entspricht, im Jahr 2006 für die Lösung der Firma more! software entschieden. Ausschlaggebend war, dass der Online-Auftritt des Unternehmens ergänzend zu der Sitzungsdienst-Software, die auf der Skriptsprache PHP und der Open-Source-Datenbank MySQL basiert, auf einem Apache-HTTP-Server lief. Diese Technik war seinerzeit nicht so verbreitet, hat sich aber im Laufe der Jahre durchgesetzt und ist inzwischen ein wichtiger Bestandteil des allgemeinen Online-Auftritts geworden. Damit wurde eine hohe Flexibilität für die weiteren Entwicklungen des speziell an die Bedürfnisse des RVR angepassten Systems geschaffen.

In den vergangenen 15 Jahren hat der RVR gemeinsam mit more! software verschiedene Module entwickelt, um die Gremienarbeit

sowohl für die Anwender als auch für die Mandatsträger attraktiver zu gestalten. So wurde in die Lösung beispielsweise die Möglichkeit integriert, bei den Tagesordnungspunkten die Redebeiträge zu hinterlegen und unter einzelnen Tagesordnungspunkten weitere Unterpunkte aufzunehmen. Die Anwender beim RVR schätzen sehr, dass der Hersteller auf die Sonderwünsche eingeht.

Seit Beginn der vergangenen Wahlperiode der Verbandsversammlung im Jahr 2015 setzt der Regionalverband die App Dipolis für iPads ein – zunächst als duales System, das heißt, die Unterlagen für die Gremiensitzungen werden alternativ auch in Papierform zur Verfügung gestellt. Mit dem Fortschreiten der Wahlperiode konnte beobachtet werden, dass immer weniger Parlamentarier auf die Papierform zugreifen. Dieser sanfte Umstieg hat bei den Verbandsversammlungsmitgliedern zu einer erhöhten Akzeptanz geführt. Auch in der nächsten Wahlperiode wird der RVR weiter darauf hinwirken, den Papierversand von Gremien-

unterlagen komplett abzuschaffen und alle Dokumente in digitaler Form zur Verfügung zu stellen. Neben dem Umweltgedanken spielt auch die finanzielle Einsparung von Druck-, Porto- und Personalkosten eine Rolle.

Anfang 2014 hatte sich der RVR-Personalrat auf die Suche nach einer Software für die Gremienarbeit begeben. Dies stellte sich als besonders schwierig heraus, da kaum Anbieter auf dem Markt waren, die eine für die Arbeit des Personalrats passende Software im Portfolio hatten. Nach langen Überlegungen wurde der Versuch gestartet, die Personalratsarbeit mit der Lösung von more! software zu unterstützen.

Die Arbeit eines politischen Gremiums unterscheidet sich jedoch erheblich von der eines Personalrats. Daher waren anfangs mehrere Hürden zu überwinden. Auch wenn der RVR gemeinsam mit more! software in diesem Bereich Neuland betreten hat und das System erst entsprechend angepasst werden musste, verlief die Einführung erfolgreich.

Bewusst wurde diese in zwei Phasen aufgeteilt: In der ersten Phase, vor circa vier Jahren, ist das System nur für den Personalrat und seine Kommissionen eingeführt worden. Diese Funktion ist ein fester Bestandteil der Personalratsarbeit geworden. Schon die erste Phase schaffte viel Komfort für die Mitglieder und sorgte neben der Arbeitserleichterung vor allem für ein hohes Maß an Transparenz innerhalb des Gremiums.

In der zweiten Phase soll auch die Verwaltung in den Workflow des Systems integriert werden, sodass die Maßnahmen der Verwaltung an den Personalrat nicht mehr wie bisher in Papierform eingereicht werden, sondern digital über den Sitzungsdienst eingeleitet werden können. Die Software stellt dabei sicher, dass alle Fristen nach dem jeweiligen Landespersonalvertretungsgesetz protokolliert und eingehalten werden.

Plarent Kazani ist beim Regionalverband Ruhr für das Gremieninformationssystem zuständig.



TeVIS [suite]

Kommunix
Software für Kommunen

Heute: Besucherleitsystem!

Akzeptanz entscheidend

Elke Zehetner, Bürgermeisterin im oberbayerischen Penzberg, hat 2015 das Projekt „Digitale Gremienarbeit“ gestartet. Im Interview spricht sie über ihre Erfahrungen.

Frau Zehetner, Sie haben Session, SessionNet und die Mandatos iPad App in Penzberg seit 2015 im Einsatz. Wie nahm dies seinen Anfang?

Eines der ersten Digitalvorhaben nach meinem Amtsantritt war die Entwicklung der Sitzungsorganisation. Unser langjähriger IT-Partner LivingData stellte uns 2015 Session vor. Dabei haben uns insbesondere der Bedienungscomfort und die vielfältigen Möglichkeiten, mit den digitalen Sitzungsdokumenten in Mandatos zu arbeiten, überzeugt.

Welchen Nutzen bringt die Lösung den Stadträten und Mitarbeitern?

Sämtliche Sitzungsunterlagen werden jetzt elektronisch bereitge-

zeigt und kommentieren – auch ohne Internet-Verbindung. Die App eignet sich, um beispielsweise im Sitzungssaal alle kommentierten Dokumente zu einer Sitzung auf dem Tablet parat zu haben. Wir steuern alle Prozesse des Sitzungsmanagements in einem Bruchteil der früher benötigten Zeit. Die Zusammenarbeit der beteiligten Stellen im Rathaus gestaltet sich heute einfach und reibungslos – von der Vorlagenerstellung bis zur Beschlussumsetzung.

Welche Herausforderungen gilt es heute in Sitzungsmanagement und digitaler Gremienarbeit zu meistern?

Akzeptanz ist das entscheidende Element für eine erfolgreiche



Elke Zehetner

über unser Bürgerinformationssystem im Internet zur Verfügung.

Was empfehlen Sie Kommunen, die ein Ratsinformationssystem und die digitale Gremienarbeit einführen möchten?

„Wir steuern alle Prozesse des Sitzungsmanagements in einem Bruchteil der früher benötigten Zeit.“

stellt. Unsere Räte haben somit jederzeit und von überall aus Zugriff auf Dokumente, Beschlüsse und Termine. Die browsergestützte Wissensverteilung entlastet die Räte ebenso wie die Mitarbeiter. Zudem können sich die Ratsmitglieder besser auf die Sitzungen vorbereiten, da alle wichtigen Dokumente frühzeitig zur Verfügung stehen. Mit der Mandatos App lassen sich synchronisierte Dokumente auf dem iPad

digitale Gremienarbeit. Viel Überzeugungsarbeit mussten wir jedoch nicht leisten. Unsere Ratsmitglieder haben sich schnell an die digitale Gremienarbeit gewöhnt. Die Bereitstellung von iPads durch die Stadt ist dabei eine Investition, die sich für alle lohnt. Um der Forderung nach mehr Transparenz gerecht zu werden, stellen wir interessierten Bürgern alle öffentlichen Beratungsunterlagen zu den Ratssitzungen

Um die positiven Effekte nutzen zu können, müssen Zuständigkeiten und Abläufe in der Sitzungsvorbereitung und -nachbereitung klar strukturiert und definiert werden. Räte und Mitarbeiter sollten frühzeitig mit Informationen und Schulungen auf die anstehende Neuerung vorbereitet werden.

Interview: Cornelia Brotzeller, Marketing-Managerin bei der LivingData GmbH

kdvz Rhein-Erft-Rur / Axians IKVS

Zusammenarbeit ausgebaut

Axians IKVS und die Kommunale Datenverarbeitungszentrale (kdvz) Rhein-Erft-Rur haben ihre seit dem Jahr 2016 bestehende Partnerschaft ausgeweitet. Galt es bis dato lediglich durch die Bündelung von Verträgen Synergien im organisatorischen Bereich zu realisieren, so stehen künftig weit gefächerte Aufgabenstellungen im Fokus der Zusammenarbeit. Neben der Betreuung der Bestandskunden in Nordrhein-Westfalen wird die kdvz Rhein-Erft-Rur nach eigenen Angaben insbesondere in den Themenfeldern Einführung neuer IKVS-Produkte und Neukundengewinnung aktiv werden. Zudem stehe künftig allen Kunden des Interkommunalen Kennzahlenvergleichssystems (IKVS) in NRW die Möglichkeit offen, dem Rahmenvertrag beizutreten.

www.axians-ikvs.de

EDV Ermtraud

Automatisierte Verteilung

Viele Städte haben die Übermittlung von Gewerbemeldungen im Standard XGewerbeanzeige 2.0 durch den geve|Verteildienst von EDV Ermtraud automatisiert. Laut Unternehmensangaben variieren die Listen derer, die Gewerbemeldungen erhalten, einlesen und auswerten. In einzelnen Bundesländern bestünden Verteilplattformen, welche die Weiterleitung übernehmen. Damit müssten die Gewerbeämter zwar nur einen Übermittlungsweg bedienen, diesen aber unverzüglich und einzeln. Der geve|Verteildienst verhindere ein Vergessen des manuellen Prozesses und automatisiere die Übermittlung vollständig.

www.edv-ermtraud.de

www.kommune21.de

MACH

Prägendes Jahr

Das vorläufige Geschäftsergebnis der Firma MACH für 2019 zeigt eine Umsatzsteigerung von 25 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Wie das Unternehmen mitteilt, spiegeln das auch die Mitarbeiterzahlen: 2019 konnten insgesamt 50 neue Mitarbeiter gewonnen werden. Damit zähle MACH mittlerweile 430 Angestellte. Vorstandschef Rolf Sahre nimmt 2019 als ein besonders prägendes Jahr wahr: „Wir haben viele wichtige und

große Projekte bearbeitet und beachtliche Erfolge erzielt, die dazu beitragen, dass die Verwaltungen in Deutschland nicht nur papierlos, sondern auch mit geringerem Aufwand ihre Leistungen anbieten können. Gleichzeitig konnten wir in unseren Projekten wertvolle Erfahrungen sammeln, die uns für zukünftige Aufgaben noch besser aufstellen.“ Ein bedeutender Projekterfolg sei bei der Einführung der E-Rechnung in der Bundesverwaltung gelungen.

www.mach.de

Anzeige




Finanzwesen

Digitale Prozesse verbinden.



axians-infoma.de/Finanzwesen



Im Katapult zur Smart City

Stefanie Stirnweiß

Die Stadt Haldensleben hat Landesmittel zur Einrichtung eines regionalen Digitalisierungszentrums erhalten. Drei Mitarbeiter der Unternehmensberatung RKW Sachsen-Anhalt unterstützen die Kommune jetzt bei der digitalen Transformation.

Ohne lange, formale Diskussion verabschiedete der Stadtrat von Haldensleben im Herbst 2017 ein Investitionspaket über zwei Millionen Euro. Das Ziel: Haldensleben, Mittelzentrum und Kreisstadt nordwestlich von Magdeburg als Smart City in die Zukunft zu katapultieren. Um zu verstehen, wieso diese Kleinstadt in Sachsen-Anhalt sich aufmachte, nicht Mitläufer, sondern Vorreiter der Digitalisierung zu werden, ist ein Blick in die Vergangenheit notwendig. So galt die rund 20.000 Einwohner zählende Kommune als besonders agil bei der Gewinnung von Unternehmensansiedlungen. Dank konsequenter Economy-First-Politik kamen große Logistikunternehmen in die Stadt und das trotz fehlender unmittelbarer Autobahnnähe. Und auch die Verwaltung ging voran: Als eine der ersten Kommunen in Sachsen-Anhalt führte Haldensleben die Doppik ein. Auch deshalb – oder dennoch – wird die Stadt bei Ausbleiben großer Krisen voraussichtlich 2025 schuldenfrei sein.

Doch die Digitalisierung wirft ungeachtet aller Erfolge in der Vergangenheit völlig neue Fragen

auf: Wie wird sich die lokale Wirtschaft an die unausweichlichen Veränderungen anpassen? Wie gelingt es, auch ohne Hochschulen hochwertige, wissensbasierte Strukturen in einem eher ländlichen Raum zu schaffen? Wie können die Bürger auf diesem Weg mitgenommen werden? Aber auch: Welche



Innovationszentrum soll zu einem Zukunftsinubator werden.

Chancen ergeben sich aus einer Entwicklung, die Unterschiede zwischen Provinz und Metropolen verschwimmen lässt?

Überholen ohne einzuholen: Dieser Satz, der – Ironie des Schicksals – dem Staatsratsvorsitzenden der DDR, Walter Ulbricht, zugeschrieben wird, prägt im Digitalisierungsprozess seitdem das Handeln von Rat und Verwaltung. Zunächst galt es, die materiellen Voraussetzungen zu schaffen. „Wenn man nur

Klingeldraht hat, braucht man sich über Digitalisierung keine Gedanken machen“, umschreibt Lutz Zimmermann, inoffizieller Chief Digital Officer (CDO) der Stadt Haldensleben, die Herausforderung. Im konkreten Fall wurde ein sehr pragmatischer Ansatz gewählt. Ein gut verhandelter FTTC-Ausbau (Fibre to the Curb) im Stadtgebiet sowie FTTH (Fibre to the Home) und damit Glasfaser in den Gewerbegebieten wurde mit Unterstützung des Landes realisiert. Gegenüber dem flächendeckenden Ausbau mit Glasfaser wurde so nur ein Bruchteil an Mitteln investiert. Nicht gespart wird hingegen an den entscheidenden Stellen. So werden nahezu alle öffentlichen Gebäude und Einrichtungen

mit Glasfaser erschlossen – eine Voraussetzung für die Konzentration von Diensten wie Melde- oder Telefonanlagen in einer Cloud sowie für die Digitalisierung der Verwaltung. Wesentlicher Nebeneffekt: Mehr als 60 öffentliche Orte werden in diesem Jahr, wiederum mit Förderung des Landes, mit kostenlosem, öffentlichen WLAN ausgestattet. „Dies hat nach wie vor, auch im Zeitalter der kostengünstigen Flatrates, seine Berechtigung. Wir sehen öffentliches WLAN als Serviceangebot, aber auch

als künftigen Kommunikationskanal mit den Bürgerinnen und Bürgern“, sagt Zimmermann.

Die Ansätze, die bereits 2017 in einer Gesamtstrategie, der Digitalen Agenda für die Stadt, zusammengefasst wurden, überzeugten auch die Verantwortlichen im Land. Als einzige Stadt und zweite Kommune in Sachsen-Anhalt wurde Haldensleben mit Mitteln zur Einrichtung eines regionalen Digitalisierungszentrums ausgestattet. Seit April 2019 unterstützen drei Mitarbeiter der Unternehmensberatung RKW Sachsen-Anhalt die Stadt bei der digitalen Transformation. Die Aufgabe ist ebenso herausfordernd wie vielschichtig. Es gilt, maßgeschneiderte Angebote zur Unterstützung der regionalen Wirtschaft zu entwickeln. Diese reichen von Seminarangeboten zur IT-Sicherheit über die konkrete Unterstützung für kleine Handwerks- und Handelsbetriebe bei der Präsenz in sozialen Medien und die Weiterqualifizierung von Auszubildenden zu Digiscouts bis hin zu mehrtägigen Schulungen für ältere Arbeitnehmer unter

dem Stichwort „Digitaler Führerschein“. Die Angebote, die für die Nutzer kostenlos sind, werden flexibel gehalten und können auf die Bedarfslage der Unternehmen abgestimmt werden. Epizentrum der Aktivitäten ist das Innovationszentrum Inncomposites. Das Technologiezentrum soll zu einem Zukunftsinzukunftszentrum weiterentwickelt werden: MakerSpace, FabLab, Co-Working-Angebote lauten hier die konzeptionellen Stichworte, ja selbst ein Trainingszentrum für E-Sports steht zur Debatte.

Ein weiterer Schwerpunkt des Digitalisierungszentrums ist die Entwicklung neuer Mobilitätskonzepte. „In den urbanen Räumen überbieten sich private Unternehmen und Startups förmlich mit neuen Konzepten. Im ländlichen Raum ist dies nicht der Fall, obwohl die Probleme hier nicht kleiner, sondern nur anders sind“, berichtet Zimmermann, der die Aktivitäten des Digitalisierungszentrums koordiniert. Nach wie vor ist die Frage, wie zum Beispiel Carsharing im ländlichen Raum nachhaltig etabliert werden könnte

ein Thema, ebenso die Frage, welche Ridesharing-Konzepte in der Fläche tauglich sind. Neuester Ansatz des Mobilitätsprojekts ist die Entwicklung einer nichtkommerziellen App, die Mitfahrgelegenheiten vermittelt.

Da die digitale Transformation nicht funktionieren wird, wenn sie die Bürger nicht mitnimmt, ist Partizipation das dritte große Thema. So wird die anstehende Überarbeitung des Integrierten Stadtentwicklungskonzepts eine webbasierte Bürgerbeteiligungskomponente haben. Zudem können die Bürger über verschiedene Gestaltungsvorschläge zu der in diesem Jahr geplanten Sanierung der Fußgängerzone online abstimmen.

Lutz Zimmermann sagt abschließend: „Die digitale Umgestaltung einer Kommune ist ein unglaublich vielschichtiger Prozess. Irrwege darf man dabei gehen. Hauptsache, man geht es an.“

Stefanie Stirnweiß ist in der Abteilung Stadtmarketing und Kommunikation der Stadt Haldensleben tätig.

Anzeige

20 JAHRE

ITEBO
Unternehmensgruppe

**GEMEINSAM
DIGITALE VERWALTUNG GESTALTEN**

- Vernetzung von Plattformen, Fachverfahren und Onlinediensten
- Fach- und Anwendungsberatung
- Digitalisierungspartner
- IT-Systemhaus und Rechenzentrum

Hamburg bucht doppisch

Andreas Dressel

Auf Landesebene hat bislang nur Hamburg vollständig auf die Doppik umgestellt. Die Freie und Hansestadt ist von diesem Weg überzeugt und hofft auf viele Nachahmer. Hierzu haben Hamburg und Nordrhein-Westfalen die Berliner Thesen veröffentlicht.

Seitdem die EU-Kommission begonnen hat, an der Entwicklung einheitlicher europäischer Rechnungslegungsvorschriften (European Public Sector Accounting Standards, EPSAS) zu arbeiten, wird in Deutschland wieder verstärkt über die Notwendigkeit der Anwendung von kaufmännischen Grundsätzen für öffentliche Gebietskörperschaften diskutiert. Dabei ist klar, dass diese Diskussion international nicht mehr geführt wird. Sowohl die internationalen Standards für die öffentliche Rechnungslegung IPSAS (International Public Sector Accounting Standards) wie auch die Leitlinien für die internationale Finanzstatistik setzen eine periodengerechte Verbuchung von Transaktionen voraus. Auch die europäische Richtlinie 2011/85/EU verpflichtet die EU-Mitgliedstaaten zu einer umfassenden Lieferung periodengerechter Daten.

Vor diesem Hintergrund wird deutlich, dass eine entsprechende Umstellung der Rechnungslegung

eigentlich nur eine Frage der Zeit sein müsste. Trotzdem ist die Diskussion in Deutschland eher zäh. Auch wenn die Kommunen mittlerweile weit überwiegend nach kaufmännischen Grundsätzen buchen, kann hier nicht von einer Einheitlichkeit der Regelungen gesprochen werden. Der Bund und die Mehrheit der Länder verharren in der traditionellen kameralistischen Haushaltswirtschaft.

Umso wichtiger ist es daher, die inhaltliche Bedeutung der doppelischen Sichtweise für öffentliche Gebietskörperschaften hervorzuheben. Sie ist transparent und nachhaltig, da sie Auskunft über das vorhandene Vermögen als Basis für die Gestaltung des öffentlichen Gemeinwesens liefert, ohne die schon eingegangenen Zukunftsverpflichtungen zu verschweigen.

Die Freie und Hansestadt Hamburg hat sich entschieden, diese inhaltliche Perspektive nicht nur für die Rechnungslegung, sondern auch für die Haushaltsplanung einzunehmen. Statt weiter den Sanierungsstau zu riskieren, wird heute schon die

Instandhaltung von Schulen und Straßen mitgeplant. Und wer eine Lehrerin oder einen Polizisten einstellt, muss auch die Kosten für die zukünftige Pension einplanen. Die Doppik zwingt die Verwaltung



Freie und Hansestadt ist Doppik-Vorreiter.

nämlich, Risiken klar zu benennen und hierfür entsprechende Rückstellungen zu bilden. Damit hat Hamburg nicht nur den Haushalt des kommenden Jahres, sondern stets auch die haushälterische Langfristperspektive der politischen Entscheidungen im Blick.

Mit dem in der Hansestadt praktizierten Ansatz der doppelischen Haushaltsplanung sollen einerseits die im Grundgesetz und in der Hamburger Verfassung veranker-

Link-Tipp

Die Berliner Thesen zum Download:

- www.hamburg.de/contentblob/12935726/b53d52c68f4ae72e97054301c09ad735/data/thesen-und-pm.pdf

ten Schuldenbremsen eingehalten und andererseits Aufwendungen und Erträge planerisch ins Gleichgewicht gebracht werden. Bis 2024 soll die doppelte schwarze Null nicht nur im Ergebnis, sondern auch strukturell in der Planung erreicht werden – also unter Berücksichtigung von im Konjunkturverlauf zu erwartenden Aufschwung- und Abschwungphasen der Erlöse und Aufwendungen des Haushalts. Hamburg ist hier auf einem guten Weg. Dabei ist diese Vorgabe kein Selbstzweck, durch sie sollen nachfolgende Generationen vor einem Ressourcenverzehr zu ihren Lasten bewahrt werden. Das ist finanzpolitisch hoch anspruchsvoll. Vielleicht sind andere Länder auch deshalb diesem Ansatz noch nicht gefolgt.

Die am 11. September 2019 in Berlin von den Ländern Hamburg und Nordrhein-Westfalen präsentierten fünf Thesen zur öffentlichen Rechnungslegung in Deutschland markieren insofern einen Meilenstein auf dem weiteren Reformweg, der von den Ländern Bremen und Hessen geteilt und unterstützt wird. Die Thesen verdeutlichen die inhaltlich notwendige weitere Entwicklung und zeigen, warum sich auch andere Bundesländer auf den Weg machen, ihre Vermögensrechnung nach doppischen Grundsätzen zu ermitteln und zu veröffentlichen.

Insgesamt führt die Doppik zu einer nachhaltigeren Haushaltspolitik. Gerade in einer Zeit, in der die kameralistische Schuldenbremse wieder in Frage gestellt wird, gibt ein doppischer Haushalt eine moderne Antwort auf die aktuellen finanzpolitischen He-

erausforderungen. Alle bisher bekannten Vermögensermittlungen auf Länderebene zeigen einen eindeutigen Trend zum öffentlichen Vermögensverzehr. Auch die kaufmännischen Geschäftsberichte der Freien und Hansestadt Hamburg weisen ein negatives Eigenkapital auf. Als deutliche Lehre aus den durchlebten Staatsschuldenkrisen bietet der doppische Ansatz für die Haushaltsplanung und -rechnung mit mehr Haushaltswahrheit und -klarheit die adäquate Basis für neue nachhaltige Investitionsentscheidungen, die deshalb eigentlich auch nur in diesem Lichte getroffen werden sollten.

Die Entwicklung zu einer generationengerechten und nachhaltigen Finanzpolitik soll in Hamburg um weitere Maßnahmen im Haushaltswesen und in der Berichterstattung ergänzt werden. So wird aktuell daran gearbeitet, den Haushalt stärker interaktiv zu gestalten. Bei der künftigen Berichterstattung zur Nachhaltigkeit sollen neben der finanzwirtschaftlichen Perspektive auch gesellschaftliche, soziale und ökologische Aspekte gezielt in den Blick genommen werden. Mit einer konsequenten Ausrichtung auf Digitalisierung und Nachhaltigkeit will die Hansestadt entlang der Leitplanken von „Investieren, Konsolidieren, Hamburgs Wachstum gestalten“ ihre Finanzpolitik als zentrale Erfolgsvoraussetzung guter Stadtpolitik in die 20er-Jahre führen. Dabei lässt sich Hamburg von der Hoffnung leiten, auch anderen als gutes Beispiel dienen zu können.

Dr. Andreas Dressel ist Finanzsenator der Freien und Hansestadt Hamburg.



ALLRIS

Modernisieren Sie jetzt die Verwaltungsarbeit !

- **Sitzungsdienst**
- **Sitzungsgeld**
- **Ratsinformationssystem**
- **Fraktionsarbeit**
- **Bürgerbeteiligung**



Finanzwesen in Kooperation

Benedikt Leder

Die im osthessischen Landkreis Fulda gelegenen Nachbarkommunen Bad Salzschlirf, Großnlüder und Hosenfeld modernisieren im Verbund das Finanzwesen ihrer Verwaltungen und sorgen für effizientere digitale Prozesse.

Ein schlankes, effizientes Finanzwesen inklusive Haushaltsplanung und Abrechnung der kommunalen Abgaben mit durchgängig digitalen Abläufen und einem Höchstmaß an Transparenz – mit diesem Zielbild gingen die drei insgesamt rund 17.000 Einwohner zählenden osthessischen Gemeinden Bad Salzschlirf, Großnlüder und Hosenfeld Mitte 2019 an den Start. Für das auf zwölf Monate angelegte Projekt wählten sie den Rahmen einer so genannten Interkommunalen Zusammenarbeit (IKZ). Mit diesem Konstrukt hatten sie bereits gute Erfahrungen gemacht: Im Jahr 2005 hatte sich eine vergleichbare Projektgruppe beim Umstieg auf die Doppik bewährt. Außerdem arbeiten die im Landkreis Fulda gelegenen Kommunen in Bereichen wie Gruppenkläranlage, Wasser und Feuerwehr seit Jahren eng zusammen. Gute Voraussetzungen also, auch die Modernisierung des Finanzwesens gemeinsam anzugehen.

Auftakt für das Projekt war die Unterzeichnung der IKZ durch die Bürgermeister der drei Kommunen im Sommer vergangenen Jahres. Seitdem ist viel passiert. So hat das Projekt-Team für die Gemeinden Hosenfeld, Großnlüder und Bad Salzschlirf auf Basis der spezifischen

Vorgaben des Länderkontenrahmens Hessen jeweils den Haushaltsplan eingerichtet. Federführend unterstützt wurde es dabei von Anbieter DATEV, dessen Anwendungspaket DATEVkommunal im Rahmen des Projekts eingeführt wird, und vom Beratungsunternehmen Synergie kommunal, das bei der Aufbereitung und Prüfung der Plandaten mitgewirkt hat. Für Großnlüder und Bad Salzschlirf wurden dabei weitreichende Anpassungen vorgenommen, um deren individuelle Kontenstruktur abzubilden, während die Gemeinde Hosenfeld im Haushalt weitestgehend den in der Software vorgelegten DATEV-Standard nutzt.

Bereits im Herbst wurden der Zahlungsverkehr sowie das Rechnungswesen eingerichtet. Im Zusammenspiel mit Synergie kommunal wurden auch die Offenen Posten (OPOS) in das neue System übertragen. Ebenso ist die Datenübernahme aus dem Vorkontenrahmen zur Veranlagung der Steuern und Beiträge abgeschlossen und in den Echtbestand eingespielt. Auch die Bescheidläufe für die Jahresveranlagung sind beendet. Außerdem ist die Einrichtung der Programme für



Osthessische Kommunen vereinbaren IKZ fürs Finanzwesen.*

die Zweckverbände Gruppenklärwerk Hosenfeld-Großnlüder und Gruppenklärwerk Bad Salzschlirf-Wartenberg sowie den Eigenbetrieb Gemeindewerke Großnlüder erfolgreich abgeschlossen.

Über die künftig zum Einsatz kommende Software werden die Kommunen ihre Budgetierung, Mittelbewirtschaftung und Haushaltssteuerung vornehmen. Das System stellt zudem ein webbasiertes Werkzeug für einen einfachen dezentralen Planungsprozess bereit, das alle Prozessschritte medienbruchfrei abbildet. Darüber hinaus lassen sich Anwendungen für die Kosten- und Leistungsrechnung,

* v.l.: Peter Malolepszy, Bürgermeister von Hosenfeld; Matthias Kübel, Bürgermeister von Bad Salzschlirf; Werner Dietrich, Bürgermeister von Großnlüder

die Anlagenbuchführung und die Veranlagung kommunaler Abgaben wie Steuern, Gebühren und Beiträge anbinden.

Wie immer mehr Städte, Gemeinden und öffentliche Einrichtungen haben auch die drei hessischen Kommunen beschlossen, die Programme im Application Service Providing (ASP) zu nutzen. Das bedeutet konkret, dass die Software vom DATEV-System- und Lösungspartner Teledata IT-Lösungen GmbH auf Servern im hochsicheren Nürnberger Rechenzentrum von DATEV betrieben wird. Im Komplettpaket erbringt er Dienstleistungen von der Bereitstellung der Server und des Betriebssystems bis hin zum Management der IT-Infrastruktur. Dazu gehören die Wartung und Administration der Server ebenso wie das Einspielen der Software-Updates und die Datensicherung.

Die PCs in den Kommunen speichern auf ihren lokalen Laufwerken weder Anwendungen noch Daten – diese befinden sich auf Servern im Rechenzentrum. Via Datenleitung greifen die Anwender darauf zu. Bei der abgesicherten Datenübertragung werden nur die Bildschirminhalte, die Mausklicks und Tastatureingaben übertragen, sodass die Datenvolumina klein bleiben. Von der physischen Entfernung ist am Arbeitsplatz nichts zu spüren – der Nutzer merkt in der Handhabung keinen Unterschied gegenüber einem lokal auf dem PC gespeicherten Programm.

Diese Form der Software-Nutzung hat für Bad Salzschlirf, Großlüder und Hosenfeld einen großen Vorteil: Sie gibt eine übersichtliche, kalkulierbare Kostenstruktur vor und verhindert unvorhergesehene Zusatzaufwendungen. Ist es beim Software-Betrieb im eigenen Haus möglich, dass etwa ein Hardware-Defekt oder Systemausfälle außerplanmäßige Ausgaben verursachen, sind sie als ASP-Anwender davor gefeit. Da die Vergütung für den Fremdbetrieb der Programme in Form einer monatlichen Pauschale berechnet wird, ist der Aufwand sehr gut planbar. Zudem sparen sich die drei Kommunen die Kosten einer eigenen Datenverarbeitungsinfrastruktur für das System – vom Server über die Leitungen bis hin zu Arbeits- und Ausbildungszeiten für die IT-Administration.

Neben den Kernanwendungen für das Finanzwesen nutzen Bad Salzschlirf, Großlüder und Hosenfeld die Software-Umstellung dazu, ihre prozessualen Abläufe auch in angrenzenden Bereichen weiter zu optimieren. Im Fokus stehen dabei insbesondere eine durchgängig elektronische Rechnungsbearbeitung und die Integration einer zentralen Dokumentenablage, die ebenfalls von DATEV eingerichtet wird. In Kombination mit dem Modul Rechnungsfreigabe mit Mittelprüfung ergibt sich ein Prozessablauf, der auch mit dem Rechnungswesen verbunden ist.

Auf dieser Basis können bisher manuell durchgeführte Arbeits- und Prüfungsschritte revisions-sicher digitalisiert werden. Dazu werden alle Dokumente im System zentral aufbewahrt und stehen zugriffsberechtigten Personen zur weiteren Bearbeitung jederzeit in der aktuellen Version zur Verfügung. Dies verringert Durchlaufzeiten, vermeidet Doppelarbeiten und beschleunigt die Suche nach Dokumenten erheblich. Durch das zentrale elektronische Archiv erhöhen sich zudem Transparenz und Auskunftsfähigkeit sowohl intern wie auch im Kontakt mit Bürgern und Lieferanten. Weitere Vorteile ergeben sich aus dem Zusammenspiel der einzelnen Komponenten des Gesamtsystems. So kann beispielsweise im Anschluss an die Buchung im Programm ein Beleg-Link erzeugt werden, über den sich Buchung und Rechnung verknüpfen lassen. So werden die Rechnungen zentral elektronisch archiviert und sind per Mausklick auffindbar.

Die drei hessischen Gemeinden sind mit dem Verlauf des Projekts sehr zufrieden und sehen der Aufnahme des Produktivbetriebs schon gespannt entgegen. Der gewählte Rahmen der IKZ hat sich bewährt und erschließt Synergieeffekte. Die bereits erreichten Meilensteine geben einen Vorgeschmack auf die Vorteile der neuen Struktur und Software.

Benedikt Leder ist bei der DATEV eG tätig.



JETZT IM ABO!

Aktuelle Meldungen zum digitalen Wandel in Behörden

news@move

www.move-online.de/newsletter

Pionier beim Update

Eva Sprockamp

Noch vor dem offiziellen Release startete die Gemeinde Hellenthal im Juni 2019 erfolgreich in den Echtbetrieb der neuen Version 19.1 von Infoma newsystem. Das Update bietet zahlreiche Neuerungen für durchgängige Digitalisierungsprozesse.

Bürger und Unternehmen erwarten von Kommunen zunehmend schnelle und transparente Reaktionen auf ihre Anliegen; die Mitarbeiter vereinfachte Arbeitsabläufe, um die stetig wachsende Aufgabenvielfalt bewältigen zu können. Hier bietet die weiterführende Digitalisierung die Chance für verbesserte und gleichzeitig wirtschaftlichere Verwaltungsprozesse.

Dieser Meinung ist auch Ramona Hörnchen, Kämmerin der nordrhein-westfälischen Gemeinde Hellenthal, und sieht dabei in der ganzheitlichen Betrachtung die eindeutig größte Herausforderung: „Es reicht nicht aus, einzelne Abläufe, Abteilungen oder Bereiche

zu betrachten. Die digitale Transformation muss ein von der Politik und Verwaltungsleistung gewollter und unterstützter Prozess sein, der die ganze Verwaltung einbezieht.“

Mit dieser Einstellung setzt Hellenthal in den verschiedensten Bereichen bereits auf durchgängig digitalisierte Prozesse, etwa bei der Rechnungsbearbeitung mit dem integrierten Rechnungsworkflow der Finanz-Software Infoma newsystem. Den Anfang aber hatte die rund 8.000 Einwohner zählende Gemeinde vor sieben Jahren mit der Einführung der elektronischen Steuerakte gemacht; mittlerweile ist in der gesamten Verwaltung die elektronische Aktenführung Alltag. Aktuell werden zudem die Papierakten der Bauverwaltung in eine so genannte Grundstücksakte eingepflegt. Künftig soll auch der Bereich der Elternbeitragsangelegenheiten digital abgewickelt werden.

Bei der stetigen Modernisierung ihrer Verwaltung verlassen sich die Verantwortlichen seit mehreren Jahrzehnten auf die enge Zusammenarbeit mit der Kommunalen Datenverarbeitungszentrale (kdvz) Rhein-Erft-Rur. Nicht zuletzt deshalb fiel die Anfrage von Software-Anbieter Axians Infoma

an beide Partner zur Teilnahme am Pilotprojekt für die Update-Version des Finanzwesens Infoma newsystem gleich auf fruchtbaren Boden. Ausschlaggebend für die Zustimmung waren zum einen die frühe Möglichkeit, technologisch auf dem aktuellsten Stand zu sein, sowie die guten Erfahrungen aus vorangegangenen Pilotierungen einschließlich gelieferter Rundumbetreuung. „Zum anderen bringen Neuerungen immer wieder ein wenig Abwechslung mit sich, was sich in der Regel nicht unbedingt negativ auf die Motivation auswirkt“, stellt Ramona Hörnchen mit einem Augenzwinkern fest.

Alexander Hof, Leiter Fachbereich Finanzen der kdvs Rhein-Erft-Rur, sieht insbesondere in den technischen und fachlichen Besonderheiten sowie zeitlichen Komponenten im Verlauf der Pilotprojekte Vorteile für den gesamten Roll-out und ergänzt: „Seit 2014 konnten wir uns bereits zum dritten Mal als Pilotrechenzentrum etablieren und immer viele Erfahrungen sammeln. Dabei wirkt sich vor allem der direkte und unkomplizierte Kontakt zum Hersteller positiv auf den Migrationsprozess aus.“ Auch dieses Mal erfolgte das bewährte Vorgehen im Rahmen der Pilotierung weitestgehend

Profil

● Hellenthal

Bundesland:
Nordrhein-Westfalen
Landkreis:
Kreis Euskirchen
Einwohnerzahl:
8.000
Bürgermeister:
Rudolf Westerburg
(parteilos)
Web-Präsenz:
www.hellenthal.de



Das Projekt: Die Gemeinde nutzt die neue Version von Infoma newsystem Finanzwesen inklusive Finanzbuchhaltung, Steuern & Abgaben, Rechnungsworkflow, Anlagenbuchhaltung, Kosten- und Leistungsrechnung, Vollstreckung, Business Intelligence, Liegenschafts- und Gebäude-Management sowie Kommunale Betriebe.

nach Plan. Zunächst lag der Ball bei der kdVz Rhein-Erft-Rur, die nach dem technischen Aufbau der Testumgebung die Testgrundlage für die Gemeinde Hellenthal gelegt hat. „Wir haben in allen Abteilungen das Tagesgeschäft und besondere Abläufe wie die Jahreshauptveranlagung Steuern und den Abschreibungslauf Finanzbuchhaltung nachgestellt und überprüft“, erinnert sich Ramona Hörnchen.

Als erste Verwaltung überhaupt und weit vor dem offiziellen Release startete die Nordeifeler Gemeinde im Kreis Euskirchen im Juni 2019 in den Echtbetrieb der neuen Version 19.1 von Infoma newsystem. Mit Erfolg – die Beschäftigten in Hellenthal konnten wie gewohnt ihrem Tagesgeschäft

nachgehen. Der Wechsel auf den neuesten technologischen Stand verlief für die meisten – zwischen 15 und 20 – täglichen Anwender weitgehend unbemerkt, hat sich die Bedieneroberfläche für sie doch so gut wie nicht verändert. Lediglich das Lizenzmodell wurde im Rahmen der neuen Version dem branchenüblichen Named-User-Modell angepasst.

Mit dem Update gibt es indes zahlreiche komfortable Neuerungen für durchgängige Digitalisierungsprozesse. So stehen nun mit Anlagen-, Finanzadress- und Sammelakte weitere Möglichkeiten für die E-Akte, die papierlose Verarbeitung von Steuermessbescheiden, mobile Freigabeprozesse per Tablet oder Smartphone beim

Rechnungsworkflow oder auch das digitale Managen von Raumreservierungen beim Liegenschafts- und Gebäude-Management zur Verfügung.

In Hellenthal fehlen laut Ramona Hörnchen „zurzeit noch die Abnehmer der mit dem Update implementierten inhaltlichen Neuerungen wie die elektronischen Steuermessbescheide. Daher werden wir diese erstmal weiterhin per Post versenden.“ Aber grundsätzlich sehen die Planungen der Kämmerin eine baldige Nutzung vor – auch mit Blick auf weitere Digitalisierungsmaßnahmen und eine papierlose Verwaltung.

Eva Sprockamp ist freie Journalistin in Bad Wörlshofen.

Anzeige

Mit start:E in Rekordzeit zur E-Akte.

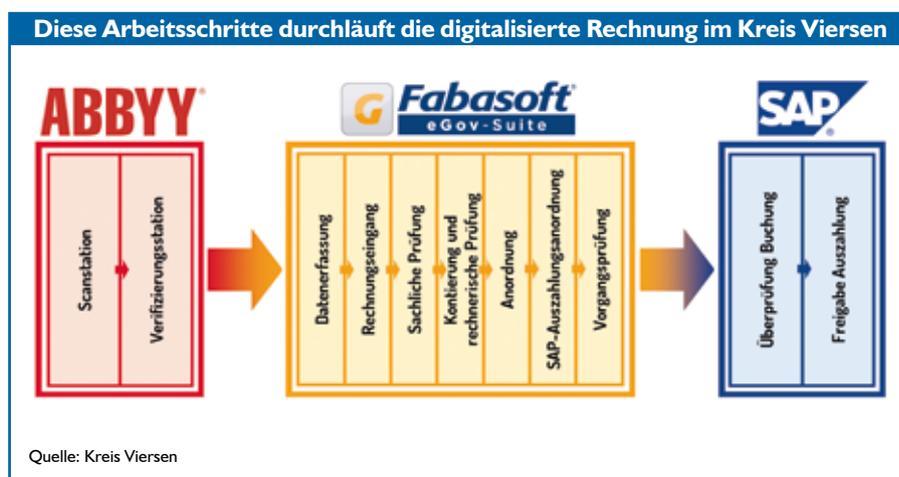
Unsere Aktion start:E ist die perfekte Lösung zur Einführung der E-Akte. Als Jubiläumsangebot zum 30. Geburtstag von regisafe nur bis zum 31.12.2020 für 30 % des normalen Preises. Starten Sie jetzt!

Workflow für Rechnungen

Karl Schippers

Die Einführung des Rechnungsworkflows ist das übergreifende Pilotprojekt zur elektronischen Aktenbearbeitung. Im Kreis Viersen sollen etwa 30.000 Rechnungen pro Jahr mittels digitalem Workflow schneller und nachhaltiger bearbeitet werden.

Papier geht in der Verwaltung für gewöhnlich einen langen Weg: Seit Jahrzehnten landen die Rechnungen üblicherweise in Papierform auf den Schreibtischen der Sachbearbeiter. Dann werden sie gestempelt, mitunter kopiert, verteilt, bearbeitet, im Aktenschrank der Fachämter abgeheftet und in der Kreiskasse archiviert. Bevor der Kreis den Rechnungsbetrag auszahlt, kommt das Dokument vom Posteingang zur rechnerischen und sachlichen Überprüfung, die Mitarbeiter müssen die Daten für die Rechnungserstellung ermitteln und erfassen. Eine einseitige Rechnung in Papierform hat einen drei- bis vierfachen Papiereinsatz zur Folge, etwa weil Vordrucke zur Kassenanordnung ausgefüllt und Kopien für die Akten gemacht werden müssen.



Bei einem Gesamtvolumen von etwa 30.000 Rechnungen im Jahr ergibt sich für die Kreisverwaltung Viersen vor diesem Hintergrund ein großes Einsparpotenzial. Mit der sukzessiven Einführung des digitalen Rechnungsworkflows wird die Bearbeitung von Rechnungen schneller und wesentlich nachhaltiger. Denn das Papier muss nicht mehr zwischen Arbeitsplätzen, Abteilungen oder ganzen Verwaltungsstandorten hin- und hertransportiert werden. Das wirkt sich positiv auf die Durchlaufzeiten aus. Der Kreis bearbeitet Rechnungen dann vollständig elektronisch und medienbruchfrei ohne jegliche Ausdrucke. Und es ist jederzeit für alle am Prozess Beteiligten nachvollziehbar, in welchem Bearbeitungszustand sich die Rechnung gerade befindet.

Als zentrale Technologiekomponenten der papierlosen Rechnungsbearbeitung setzt der Kreis Viersen FlexiCapture von ABBYY und die eGov-Suite von Fabasoft in Verbindung mit der SAP-Finanzbuchhaltung ein. Über ABBYY-FlexiCapture werden die wesentlichen Metadaten einer Rechnung durch die optische Zeichenerkennung automatisiert erfasst. Hierbei erfolgt ein Abgleich mit der in SAP hinterlegten Geschäftspartner-Datenbank einschließlich einer entsprechenden Vorauswahl durch das System. Darüber hinaus gewährleistet die integrierte Dublettenprüfung, dass Rechnungen von vornherein nicht doppelt bearbeitet oder mehrfach ausgezahlt werden. Die Kämmerei wird bereits bei der Verifizierung der automatisiert ermittelten Angaben eingebunden, sodass die

Profil

Kreis Viersen

Bundesland:
Nordrhein-Westfalen
Einwohnerzahl:
299.000
Bevölkerungsdichte:
531 Einwohner je km²
Landrat:
Dr. Andreas Coenen
(CDU)
Web-Präsenz:
www.kreis-viersen.de



Weiteres Projekt: Über die Internet-Plattform Kita-Online können Eltern im Kreis Viersen einen Betreuungsplatz für ihr Kind in einer Kita oder in der Kindertagespflege beantragen.

Datenqualität im Workflow-Modul von Fabasoft gesteigert wird. Dementsprechend werden die durch ABBYY erkannten Rechnungs- und Geschäftspartnerdaten von den Haushaltssachbearbeitern überprüft und – falls erforderlich – korrigiert oder nachgepflegt.

Für den Einsatz einer zentralen Scan-Stelle ist es unabdingbar, die ersten Erfahrungen mit der Erkennungssoftware zu sammeln. Die automatisierte Zusammenstellung von PDF-Dokumenten ist hierbei ein wesentlicher Vorteil. Insofern können Papierrechnungen mit Trennblättern zu einzelnen Dateien vorselektiert werden, um den Aufwand eines manuellen Eingriffs weiter zu reduzieren.

Die sich anschließende Rechnungsbearbeitung unterliegt gerade im kommunalen Bereich diversen Vorschriften. Hierunter fallen das Vier-Augen-Prinzip und die Unterzeichnung der sachlichen und rechnerischen Richtigkeit ebenso wie die Erteilung der Anordnungsfreigabe in Abhängigkeit von den jeweiligen Befugnissen. Der auf Basis von Fabasoft programmierte Rechnungsworkflow bietet vor diesem Hintergrund detaillierte Konfigurationsmöglichkeiten, um auf spezifische Konstellationen in einzelnen Abteilungen reagieren zu können. Darüber hinaus werden die Mitarbeiter der Kämmerei und Kreiskasse ihren Aufgaben entsprechend eingebunden. In diesem Kontext stehen beispielsweise Postkorb-Lösungen, Auswahllisten oder wertgrenzenbasierte Benutzergruppen als Konfigurationsalternativen zur Verfügung.

Der wesentliche Vorteil der Nutzung eines Dokumenten-Management-

Systems (DMS) als Basis der Rechnungsworkflow-Lösung ist, dass die Verwaltung die digitalen Belege unmittelbar im System ablegen kann. So ist nicht nur die Rechnungsbearbeitung selbst revisionssicher und transparent, vielmehr können die Rechnungsdokumente, mit den jeweiligen Buchungsbelegen aus SAP versehen, direkt im DMS archiviert werden. Hierdurch wird Archivplatz gespart, und mittels Volltextsuche sind Belege viel schneller wieder auffindbar. Eine entsprechende Absprungmarke aus SAP garantiert, dass eine Suchmöglichkeit auch in die andere Richtung funktioniert – nämlich bei der Prüfung und Freigabe der Auszahlungen durch die Kreiskasse. Der digitalisierte Beleg ist somit auch direkt aus der Finanzbuchhaltung abrufbar. Insgesamt ist der Auszahlungsprozess für alle Beteiligten jederzeit transparent. Die Sachbearbeiter können somit Anfragen von Unternehmen beantworten, unabhängig davon, an welcher Stelle sie auftreten. Der digitale Rechnungsworkflow erlaubt zudem die Bearbeitung im Homeoffice, was eine nachhaltige Aufgabenerledigung zusätzlich fördert.

Das Projekt wird zentral von der Abteilung „Organisations- und Personalentwicklung, E-Government“ koordiniert, welche die IT und die betroffenen Fachbereiche entsprechend einbindet. Die Zusammenarbeit mit den Beschäftigten aus den Fachämtern sowie aus den Bereichen Finanzen und IT bringt viele interessante Erkenntnisse und Aspekte für die tägliche Arbeit. Für die Verantwortlichen ist es deshalb wichtig, bei der Einführung einzelner Teilprojekte im DMS jeweils von Anfang an dabei zu sein.

Im Kern handelt es sich letztlich um ein Organisationsprojekt. Aus diesem Grund betrachtet die Kreisverwaltung im Zuge der sukzessiven Einführung des Rechnungsworkflows in jeder Organisationseinheit die Prozesse erneut. So müssen beispielsweise die Konfigurationen individuell erstellt und der Teilaktenplan zur Bearbeitung festgelegt werden. Insofern ist die Einführung des Rechnungsworkflows bei der Kreisverwaltung das übergreifende Pilotprojekt zur elektronischen Aktenbearbeitung.

Wie bei allen Digitalisierungsprojekten kommt es darauf an, die Mitarbeiter von den Vorteilen des Systems zu überzeugen. Dabei darf der Aufwand bei der Einführung nicht unterschätzt werden. Insbesondere zu Beginn bestehen jedoch auch umfassende Gestaltungs- und Einflussmöglichkeiten, sodass die Nutzerfreundlichkeit des Systems nach und nach optimiert werden kann.

Karl Schippers ist Leiter des Amtes für Personal und Organisation in der Kreisverwaltung Viersen.

Anzeige

EDV Ermtraud GmbH www.edv-ermtraud.de Lösungen vom Kassenspezialisten: Beratung aus der Praxis.

„Einfach nur Kassieren?!“
Kassensicherungsverordnung, TSE, DSFinV-K, Bonpflicht, Umsatzsteuergesetz, DSGVO....

Über 25 Jahre Erfahrung - deswegen **neu: herstellerunabhängiges Consulting.**

TC **Kassenhard- und Software:**
  

TopCash 2 + POS-Zahlungsterminals, TerminalManager
sicher, bargeldlos, integriert

www.edv-ermtraud.de
Tel. 02635 - 9224 - 0
vertrieb@edv-ermtraud.de

Weitere Lösungen verfügbar: EGovG, OZG, GWG, GewO, ProstSchG, Bewacherregister...

Roter Faden

Frank Schmierer

E-Rechnungen werden im kommunalen Kaufhaus des Gemeinde- und Städtebunds Rheinland-Pfalz mit der Lösung TEK-Kontor erzeugt.

Bereits 2014 hat die EU mit der Richtlinie 2014/55/EU die elektronische Rechnungsstellung als neuen Standard bei öffentlichen Aufträgen auf den Weg gebracht. Bis April 2020 soll nun der Einsatz der standardisierten Rechnungsformate XRechnung und ZUGFeRD 2.0 obligatorisch für die kommunale Verwaltung werden. Rathäuser und Landratsämter arbeiten bundesweit mit Hochdruck an der Umsetzung der Zielvorgabe. Mit Spannung erwartet man darüber hinaus, wie sich die Wirtschaft auf diese Anforderungen einstellen wird. Denn die Fähigkeit zur Erzeugung von E-Rechnungen im geforderten Standard ist auch für Dienstleister, Lieferanten und Handwerk ab diesem Zeitpunkt die Voraussetzung für die Auftragserteilung auf Bundes- und Landesebene.

Umso interessanter liest sich die Digitalisierungsstrategie des Gemeinde- und Städtebunds Rheinland-Pfalz (GStB RLP). Seit 2016 bietet der kommunale Dachverband seinen Mitgliedern mit dem kommunalen Kaufhaus (KoKa) nicht nur einen landesweiten Einkaufsverbund, sondern auch die Möglichkeit, den operativen Einkauf im Tagesgeschäft über das webbasierte Portal des Dienstleistungsunternehmens TEK-Service aus Lörrach elektronisch abzuwickeln.

Mit jeder Bestellung der rund 70 Mitglieder schreibt sich so das jeweilige Leistungsverzeichnis eines bestimmten Rahmenvertrages fort, um dann durch die Vergabeexperten des GStB RLP als Ausschreibungsgrundlage für die nächste E-Vergabe herangezogen werden zu können. „Es gilt, Grundlagen zu schaffen“, sagt Klaus Faßnacht, der die Steuerung und Leitung des KoKa beim Gemeinde- und Städtebund RLP inne hat. „Strategie und Taktik sind bei allen Digitalisierungsmaßnahmen ein Muss, da alles mit allem zusammenhängt. Ohne Digitalisierung des Einkaufs keine belastbaren Daten für die E-Vergabe, und ohne E-Einkauf keine Daten für die digitalisierte Abrechnung“, weiß Faßnacht.

Die webbasierende Lösung TEK-Kontor ermöglicht die Erzeugung von E-Rechnungen in den geforderten Formaten XRechnung und ZUGFeRD 2.0. Die Lösung steht nicht nur TEK und den jeweiligen Lieferantenkettens zur Verfügung, sondern auch den Verwaltungen selbst, beispielsweise bei der Rechnungslegung eines Eigenbetriebs an das übergeordnete Rathaus oder eines kommunalen Dachverbands an seine Mitglieder.

Monika Schmidt von TEK-Service erklärt: „Wir freuen uns sehr, dass

unser TEK-Kontor ein derartiges Potenzial mit sich bringt. Allerdings hatten wir diese Dimension bei Entwicklungsbeginn so nicht auf dem Schirm. Eine der großen Herausforderungen stellte sich uns bei der Umsetzung der XRechnung. Bei ZUGFeRD 2.0 konnten wir auf unsere langjährigen Erfahrungen mit der Version 1.0 zurückgreifen, sodass wir schlussendlich beide Formate umsetzen konnten.“ Jeder autorisierte Rechnungssteller könne heute zwischen den beiden Varianten wählen. Seitens KoKa habe man sich für ZUGFeRD 2.0 entschieden, um den Mitgliedern noch eine lesbare Variante zur Verfügung stellen zu können.

Dass sich die Umstellung auf eine digitale Rechnungsstellung lohnt, zeigen Erhebungen des Bundesinnenministeriums im Rahmen des Leitfadens „Elektronische Rechnung in der öffentlichen Verwaltung“. Man geht von einem jährlichen Einsparpotenzial von rund zwei bis fünf Milliarden Euro aus. Zudem ließe sich die Bearbeitungsdauer von derzeit 25 Minuten um 50 Prozent verkürzen. Gewaltige Kennzahlen, die den GStB RLP ermutigen, auf dem eingeschlagenen Weg weiter voranzugehen.

Frank Schmierer ist Vorstand der TEK-Service AG, Lörrach.

- E-Government / Geodaten-Management 51
- E-Procurement / CMS | Portale/ Finanzwesen 52
- Schul-IT / E-Partizipation / Spezial-Software 53
- Dokumenten-Management / RIS | Sitzungsmanagement / Breitband 54
- Personalwesen / Projektmanagement / Inventarisierung / E-Formulare 55
- Komplettlösungen 55-57

Zahlreiche Unternehmen bieten Lösungen und Dienstleistungen für den Public Sector an. Behalten Sie den Überblick und orientieren Sie sich bei Ihren Investitionsentscheidungen am IT-Guide von Kommune21. Die Marktübersicht finden Sie auch im Internet unter www.kommune21.de.

Anzeige

D-0	 Ein Unternehmen der TELEPORT Gruppe	Govii UG (haftungsbeschränkt) Ansprechpartner: Michael Schmidt Herrenstraße 20 D-06108 Halle (Saale) Telefon: +49 (0) 345 / 20560-0 Fax: +49 (0) 345 / 20560-11 E-Mail: info@govii.de Internet: www.govii.de	Der Behördenbot Govii steht für moderne Kommunikation zwischen Verwaltung und Kunden. Er bedient sich bestehender Datenbestände und beantwortet Fragen zu behördlichen Themen, wie z.B. Personalausweis beantragen, Auto ummelden etc. Govii ergänzt Portale, Bürgerservice und Servicecenter. Govii ist modular aufgebaut und nutzt verfügbare (XÖV) Standards.
D-0	 Ein Unternehmen der TELEPORT Gruppe	TSA Public Service GmbH Ansprechpartner: Thomas Patzelt Herrenstraße 20 D-06108 Halle (Saale) Telefon: +49 (0) 345 / 20560-0 Fax: +49 (0) 345 / 20560-11 E-Mail: info@teleport.de Internet: www.teleport.de	TSA ist Ihr Partner für Wissensmanagement in der öffentlichen Verwaltung. Bund, Länder, Kommunen und Dienstleister setzen auf unsere Lösungen und Know-how rund um Zuständigkeitsfinder, Bürgerservice, Servicecenter/115, Ideen- und Beschwerdemanagement, Integration von Verwaltungsdaten, 115-Datenbereitstellung und OZG-Umsetzung.
D-0	 PORTALLÖSUNGEN	brain-SCC GmbH Ansprechpartner: Sirko Scheffler Fritz-Haber-Str. 9 D-06217 Merseburg Telefon: +49 (0) 3461 / 25 99 510 Fax: +49 (0) 3461 / 25 99 511 E-Mail: info@brain-scc.de Internet: www.brain-scc.de	Die brain-SCC GmbH verfügt über umfassende Kompetenzen bei der Entwicklung und Betreuung von Portallösungen der öffentlichen Hand. Gestalten Sie Ihr Verwaltungs- und Geoportal mit dem leicht bedienbaren Content-Management-System brain-GeoCMS®, individuellem Design und zahlreichen Servicemodulen zur OZG-Umsetzung – nutzerorientiert und bürgernah.
D-4	 Unternehmensgruppe	ITEBO GmbH Dielingerstraße 39/40 D-49074 Osnabrück Telefon: +49 (0) 541 / 9631-0 Fax: +49 (0) 541 / 9631-196 E-Mail: info@itebo.de Internet: www.itebo.de	Die ITEBO-Unternehmensgruppe ist Ihr Dienstleister für Kommunen und Kirchen. Wir bieten kompetente Prozess- und Organisationsberatung sowie die Vernetzung von Fachverfahren und Onlinediensten im Bürgerportal. Fundierte Basisdienste im Bereich der IT-Sicherheit, des Datenschutzes und unser ITIL konformes Rechenzentrum runden unser Portfolio ab.
D-7		cit GmbH Ansprechpartner: Andreas Mühl Kirchheimer Straße 205 D-73265 Dettingen/Teck Telefon: +49 (0) 70 21 / 95 08 58-0 Fax: +49 (0) 70 21 / 95 08 58-9 E-Mail: vertrieb@cit.de Internet: www.cit.de	cit intelliForm® – die Produktlinie mit Komponenten zur Erstellung von elektronischen Formularen und intelligenten Ausfüllassistenten, Formularmanagement sowie eine modellbasierte Entwicklungsumgebung für formularbasierte Workflows ist in vielen Bundesländern auf landes- und kommunaler Ebene im Einsatz.
D-7		Form-Solutions GmbH Ansprechpartner: Matthias Eisenblätter Bahnhofstraße 10 D-76137 Karlsruhe Telefon: +49 (0) 721 / 754055-0 Fax: +49 (0) 721 / 754055-17 E-Mail: info@form-solutions.de Internet: www.form-solutions.de	Neben einem umfassenden Sortiment rechtssicherer Antragsassistenten können im Handumdrehen eigene Webapplikationen mit intelligenter Verfahrenslogik selbst erstellt und medienbruchfrei in die behördliche Umgebung integriert werden. Bundesweit nutzen über 2.200 behördliche Kunden das Antragsmanagement 4.0.
D-8		GiroSolution GmbH Hauptstraße 27 D-88699 Frickingen Telefon: +49 (0) 7554 / 97090-00 Fax: +49 (0) 7554 / 97090-09 E-Mail: info@girosolution.de Internet: www.girosolution.de	GiroSolution ist Ihr spezialisierter Lösungsanbieter aus der Sparkassen-Finanzgruppe für öffentliche Institutionen und kommunalmarktnahe Unternehmen. Mit den Produkten Giro-Checkout, S-Rechnungs-Service und S-Kompass bieten wir Ihnen intelligente digitale Lösungen für die Themen E-Payment, E-Rechnung und kommunales Portfoliomangement.
D-4	 www.gis-consult.de	GIS Consult GmbH Schultenbusch 3 D-45721 Haltern am See Telefon: +49 (0) 2364 / 9218-11 Fax: +49 (0) 2364 / 9218-72 E-Mail: info@gis-consult.de Internet: www.gis-consult.de	GIS Consult ist Ihr Partner für anspruchsvolle GIS- und Datenbankprojekte, mit Standorten in Haltern am See und Erfurt. Mit Produkten im Infrastrukturmanagement, wie Straßen-, Baum-, Grün-, Spielplatzkataster auf Basis des WebGIS OSIRIS, bieten wir bis zu Portallösungen ein ganzheitliches Portfolio.
D-4		con terra GmbH Martin-Luther-King-Weg 20 D-48155 Münster Telefon: +49 (0) 251 / 59689 300 Fax: +49 (0) 251 / 590 697 05 E-Mail: info@conterra.de Internet: www.conterra.de	con terra unterstützt Kommunen und Behörden mit geobasierten Lösungen auf dem Weg in die digitale Zukunft. Mit Informationsportalen, Partizipationsangeboten und aufgabenzentrierten Apps sowie einer zukunftssicheren Infrastruktur sorgen wir für Erkenntnisgewinn, Transparenz und zufriedene Nutzer.

E-Government

Geodaten-Management

D-5	 DEUTSCHLANDS TOR ZUR AUFTRAGSWELT	subreport Verlag Schwabe GmbH Ansprechpartnerin: Daniela Hammami Buchforststraße 1-15 D-51101 Köln Telefon: +49 (0) 221 / 985 78-28 Fax: +49 (0) 221 / 985 78-66 E-Mail: daniela.hammami@subreport.de Internet: www.subreportCAMPUS.de	subreport-Kunden greifen auf 98% aller öffentlichen Aufträge zu. subreport ELViS ist seit 2001 die eVergabe-Plattform mit über 75.000 Bietern, die ohne Schulungsaufwand sofort einsetzbar ist, anwenderfreundlich und selbsterklärend. Auf subreport CAMPUS tauschen Auftraggeber u.a. Erfahrungen aus, der Lieferantenpool vernetzt Auftraggeber und Unternehmen.	E-Procurement
D-7	 TEK-SERVICE AG	TEK-Service AG Ansprechpartnerin: Monika Schmidt Eisenbahnstraße 10 D-79541 Lörrach Telefon: +49 (0) 7621 / 914040 Fax: +49 (0) 7621 / 9140429 E-Mail: schmidt@tek-service.de Internet: www.tek-service.de	TEK-Service AG ist das inhabergeführte Dienstleistungsunternehmen für E-Einkauf. Seit 2000 arbeiten wir bundesweit für Verwaltungen und Organisationen. Als lieferantenneutraler Dienstleister bieten wir webbasierte Technologie, umfassende Services, Helpdesk sowie branchenspezifische Beratung und Begleitung im operativen Tagesgeschäft des Einkaufs.	
D-2	 DAS KOMMUNALE CMS iKISS	ADVANTIC GMBH Ansprechpartnerin: Katrin Wiese-Dohse Vierhörn 2 a-b D-23556 Lübeck Telefon: +49 (0) 451 / 6 09 72-0 Fax: +49 (0) 451 / 6 09 72-20 E-Mail: info@advantic.de Internet: www.advantic.de	iKISS ist das kommunale CMS von Advantic. Verwaltungen aller Größen setzen es in über 650 Internet- und Intranetprojekten erfolgreich ein. Advantic bietet alles aus einer Hand: Beratung, Konzeption, Design, Programmierung, Schulung, Support sowie Hosting im zertifizierten Rechenzentrum. Profitieren Sie von unserer 20-jährigen Erfahrung und individuellen Lösungen.	CMS Portale
D-4	 sitepark	Sitepark Gesellschaft für Informationsmanagement mbH Ansprechpartner: Thorsten Liebold Rothenburg 14-16, D-48143 Münster Telefon: +49 (0) 251 / 48 26 55-0 Fax: +49 (0) 251 / 4 82 65-55 Internet: www.sitepark.com	Wissens- und Contentmanagement für Internet, Intranet, Bürgerbüro und D115. Fachanwendungen für die Virtuelle Verwaltung, Geschäftsverteilungsplan, Helpdesk Ticket System, internes Telefonbuch, Presseservice. Partnerprogramm für KRZs. Top-Referenzen: Landesverwaltung Saarland, Saarbrücken, Wiesbaden, Hannover, Dresden, Wuppertal, Duisburg, Bottrop.	
D-6	 EMPOLIS INFORMATION MANAGEMENT	Empolis Information Management GmbH Europaallee 10 D-67657 Kaiserslautern Telefon: +49 (0) 631 / 68037-0 Fax: +49 (0) 631 / 68037-77 Internet: www.service.express/kommunen	Service Express ist die Lösung für Kommunen, mit der Routinefälle über ein Portal digitalisiert und automatisiert abgewickelt werden. Vermeiden Sie überfüllte Warteräume, entlasten Sie Ihre Mitarbeiter und verbessern Sie Ihren Service – und dies unter Beachtung aller gesetzlicher Vorgaben und mit konsistenter Prozesssicherheit.	Finanzwesen
D-7	 Six	Six Offene Systeme GmbH Am Wallgraben 99 D-70565 Stuttgart Telefon: +49 (0) 711 / 99 091 0 E-Mail: info@six.de Internet: www.six.de/public	Die Six Offene Systeme GmbH ist auf Content Management Systeme für große Webprojekte spezialisiert. Seit mehr als 25 Jahren setzen öffentliche Verwaltungen wie das Land Bremen und die Stadt Rostock auf SixCMS. Die Software ermöglicht eine strukturierte, medienneutrale Datenhaltung und passt sich flexibel komplexen Infrastrukturen an.	
D-7	 SEITENBAU	SEITENBAU GmbH Ansprechpartner: Dominik Kraus Seilerstraße 7 D-78467 Konstanz Telefon: +49 (0) 75 31 / 3 65 98-00 Fax: +49 (0) 75 31 / 3 65 98-11 E-Mail: kraus@seitenbau.com Internet: www.seitenbau.com	SEITENBAU unterstützt die digitale Transformation des öffentlichen Sektors seit 20 Jahren mit hochwertigen kundenspezifischen Softwarelösungen. Wir bieten unseren Kunden Konzeption, technische Realisierung und sicheren Betrieb von E-Government-Fachanwendungen, Verwaltungsportalen, Social Intranets und Mobilanwendungen für die moderne Verwaltung.	
D-0	 saxess AG	Saxess AG Ansprechpartner: Matthias Lehmann Grassstraße 12 D-04107 Leipzig Telefon: +49 (0) 341 / 355 238-0 E-Mail: fidas@saxess-ag.de Internet: www.saxess-ag.de	Die Saxess AG ist auf die Analyse und Visualisierung von Unternehmensdaten spezialisiert. Mit der webbasierten Beteiligungsmanagement-Plattform fidas bietet das Leipziger IT-Haus eine Fachanwendung, die Kunden bei der aktiven und werthaltigen Steuerung ihres Beteiligungsportfolios unterstützt.	
D-2	 xSuite It's simple. It's digital.	xSuite Group GmbH Ansprechpartner: Torge Link Hamburger Straße 12 D-22926 Ahrensburg Telefon: +49 (0) 4102 / 8838-25 E-Mail: www.xsuite.com Internet: info@xsuite.com	Als Softwarehersteller der SAP-zertifizierten xSuite® bieten wir für Kommunen und Kernverwaltungen eine standardisierte, SAP-integrierte Lösung zur Rechnungseingangsverarbeitung. Angesprochen werden die SAP-Module FI, MM, PSM sowie PSCD und der DZ-Kommunalmaster. Es erfolgt die Verarbeitung von eingehenden XRechnungen.	
D-4	 ab-data KOMMUNALE SYSTEMLÖSUNGEN	ab-data GmbH & Co. KG Kommunale Systemlösungen Friedrichstraße 55 D-42551 Velbert Telefon: +49 (0) 2051 / 944-0 Fax: +49 (0) 2051 / 944-288 E-Mail: info@ab-data.de Internet: www.ab-data.de	ab-data bietet als Marktführer webbasierter Finanzsoftware für Kommunen zukunfts- und investitionssichere Qualitätsprodukte an. Hierzu zählen auch webbasierte Systemlösungen und Services. Das ab-data Finanzwesen wird in allen Flächenbundesländern erfolgreich von Kleinstverwaltungen bis zu Landeshauptstädten eingesetzt.	

Schul-IT • E-Partizipation • Spezial-Software • Breitband

D-3	 H+H Software GmbH Softwarelösungen mit System	H+H Software GmbH Ansprechpartner: Dipl.-Inf. Michael Etscheid Maschmühlenweg 8-10, D-37073 Göttingen Telefon: +49 (0) 551 / 52208-0 Fax: +49 (0) 551 / 52208-25 E-Mail: hh@hh-software.com Internet: www.hh-software.com www.netmanforschools.de	Als Schul-IT Dienstleister und Softwarehersteller begleiten wir seit 20 Jahren Schulen auf ihrem Weg in die Digitalisierung. Unsere Schul-IT Lösung NetMan for Schools gewährleistet den sicheren IT-Betrieb im Schulnetz sowie einen verlässlichen Unterricht mit digitalen Medien. Wir betreuen Schulen von der Projektplanung, über die Installation bis zum täglichen IT-Betrieb.	Schul-IT
D-4	 kraft network engineering driving digital learning	KRAFT Network-Engineering GmbH Ansprechpartner: Dipl.-Ing. Karsten Kraft Eintrachtstr. 95 D-45478 Mülheim-Ruhr Telefon: +49 (0) 208 / 46959-60 Fax: +49 (0) 208 / 46959-70 E-Mail: info@KNE.de Internet: www.KNE.de	Die KNE GmbH setzt Maßstäbe für eine erfolgreiche Schul-IT. Mit der innovativen Softwarelösung School@min und dem leistungsstarken Betriebskonzept kann jedes Schulnetz auch stadtweit kosteneffizient gemanagt werden. Die volle Abdeckung jedes administrativen und pädagogischen Anforderungsprofils und die hohe Skalierbarkeit begeistern Anwender und Kostenträger.	Schul-IT
D-5	 AIXCONCEPT Einfach. Digital. Lernen.	AixConcept GmbH Ansprechpartner: Dipl.-Kfm. Volker Jürgens Wallonischer Ring 37 D-52222 Stolberg Telefon: +49 (0) 2402 / 38941-0 Fax: +49 (0) 2402 / 38941-30 E-Mail: info@aixconcept.de Internet: www.aixconcept.de	AixConcept liefert als Experte für digitale Bildung schlüsselfertige IT-Lösungen für Schulen. Mehr als 1.900 Institutionen erhalten Beratung, Konzeption und Umsetzung aus einer Hand. Aus der Zentrale in Stolberg bei Aachen und mit Partnern sorgt AixConcept deutschlandweit für den reibungslosen Betrieb der Schul-Netzwerke.	Schul-IT
D-6	 WER DENKT WAS	wer denkt was GmbH Ansprechpartner: Dr. Tobias Klug Robert-Bosch-Straße 7 D-64293 Darmstadt Telefon: +49 (0) 6151 / 6291550 Fax: +49 (0) 6151 / 6291551 E-Mail: kontakt@werdenktwas.de Internet: www.werdenktwas.de	Die wer denkt was GmbH bietet umfassendes Know-How aus Forschung und Praxis für Ihre erfolgreiche Bürgerbeteiligung. Wir begleiten kleine und große Kommunen u.a. mit dem Mängelmelder, Bürgerbefragungen, Ideenkarten, Leitlinien, Vorhabenlisten und individuellen Lösungen. Referenzen: Bremen, Heidelberg, Dortmund, Friedrichshafen, Bad Homburg.	E-Partizipation
D-3	 AKDN sozial	AKDN-sozial Eigenbetriebsähnliche Einrichtung des KDN Dachverbandes kommunaler IT-Dienstleister Technologiepark 11, D-33100 Paderborn Telefon: +49 (0) 5251 / 132-2241 Fax: +49 (0) 5251 / 132-27241 E-Mail: info@akdn-sozial.de Internet: www.akdn-sozial.de	Seit über 40 Jahren sind wir einer der führenden Anbieter von Software für Sozial- und Jugendämter sowie Jobcenter. Wir unterstützen die ganzheitliche Sachbearbeitung bei der Berechnung und Zahlung von Sozialleistungen und beim Fallmanagement. Zudem bieten wir eine Office-Integration sowie die Anbindung für Finanz-, Einwohnermelde- oder Dokumentenmanagementsysteme.	Spezial-Software
D-3	 BARTHAUER	Barthauer Software GmbH Pillastraße 1a D-38126 Braunschweig Telefon: +49 (0) 531 / 23533-0 Fax: +49 (0) 531 / 23533-99 E-Mail: info@barthauer.de Internet: www.barthauer.de	Ressourcen bündeln, Effizienz steigern und damit Kosten minimieren: Wir bieten innovative Lösungen für das Infrastrukturmanagement von Ver- und Entsorgungsnetzen. Grundlage ist eine ganzheitliche Datenbankstruktur für die Planung, Verwaltung, Betriebsführung und Instandhaltung von Wasser, Abwasser, Gas, Kabel, Straße und weitere Infrastrukturanlagen.	Spezial-Software
D-7	 AIDA ORGA Geschäftsführungssysteme	AIDA ORGA GmbH Ansprechpartnerin: Sonia Welter Gültlinger Straße 3/1 D-75391 Gechingen Telefon: +49 (0) 7056 / 9295-0 Fax: +49 (0) 7056 / 9295-29 E-Mail: info@aida-orga.de Internet: www.aida-orga.de	AIDA ORGA bietet für kommunale Einrichtungen modulare, paßgenau abgestimmte Lösungen zur Zeitwirtschaft, Personaleinsatzplanung, Zutrittsberechtigung etc., sowie Bauhoflösungen mit bedarfsgerechten Anwendungen zur Produktzeiterfassung gemäß NKf/NKfR oder Arbeits- und Leistungserfassung im Bauhof mit Maschinen und Fahrzeugen.	Spezial-Software
D-8	 G&W	G&W Software AG Ansprechpartner: André Steffin Rosenheimer Straße 141 h D-81671 München Telefon: +49 (0) 89 / 5 15 06-4 Fax: +49 (0) 89 / 5 15 06-999 E-Mail: info@gw-software.de Internet: www.gw-software.de	CALIFORNIA von G&W – Ihre Software zur Optimierung der Prozesse und Kosten von Bau und Unterhalt in Kommunen und kommunalen Eigenbetrieben im NKf mit den Schwerpunkten Kostenplanung, AVA, Baucontrolling, Zeitvertragsarbeiten. Kosten senken durch integriertes Baumanagement. Kostenoptimierung bei und mit Rahmenverträgen.	Spezial-Software
D-9	 LogoData ERFURT GmbH Spezialist für Jugendamt-Software	LogoData ERFURT GmbH Ansprechpartner: Steve Purrotat Maximilian-Welsch-Straße 4 D-99084 Erfurt Telefon: +49 (0) 361 / 5661222 Fax: +49 (0) 361 / 5661223 E-Mail: info@logodata.de Internet: www.logodata.de	Neue WEB-Lösungen für Amtsvormundschaften, UVG u. unbegleitete minderjährige Ausländer sowie für Sozialen Dienst, Hilfeplanung, Genogramme, Kindeswohlgefährdung, Wirtschaftl. JH, Controlling, Kostenheranziehung, JGH, PKD, Tagespflege, KITA, Beistandschaften, Unterhaltsberechnung, Beurkundung als plattformunabhängige Jugendamt-Komplettlösung.	Spezial-Software
D-1	 DNSNET Anschluss Zukunft.	DNS:NET Internet Service GmbH Zimmerstraße 23 D-10969 Berlin Telefon: +49 (0) 30 / 66765-0 Fax: +49 (0) 30 / 66765-499 E-Mail: info@dns-net.de Internet: www.dns-net.de	DNS:NET als Experte für Breitbandausbau und Betreiber von Glasfaserringen investiert gezielt in unterversorgte Regionen und baut eigene Netzinfrastrukturen für HighSpeedInternet auf. Dabei wird auf regionale Kooperation gesetzt, Kommunen und Städte werden zukunftssicher mit Glasfaser erschlossen.	Breitband

D-0	 WINYARD SUITE	LCS Computer Service GmbH Gartenstraße 45 D-04936 Schlieben Telefon: +49 (0) 35361 / 350-300 Fax: +49 (0) 35361 / 350-100 E-Mail: egov@lcs-schlieben.de Internet: www.winyard.de	Die zertifizierte WINYARD Suite vereint Dokumenten-, Workflow- u. Identifikationsmanagement. Sie optimiert innerbetriebliche Prozesse u. reduziert Fehlerquoten. Zur Erfass-, Klassifizier- u. Bearbeitung von Dokumenten stehen zahlreiche Möglichkeiten zur Verfügung. Sie gewährt alle Funktionen der revisions sicheren Aufbewahrung.
D-3	 OPTIMAL SYSTEMS	OPTIMAL SYSTEMS Vertriebsgesellschaft mbH Hannover Ansprechpartner: Jörg Huesmann Wöhlerstraße 42, D-30163 Hannover Telefon: +49 (0) 511 / 123315-0 Fax: +49 (0) 511 / 123315-222 E-Mail: hannover@optimal-systems.de Internet: www.optimal-systems.de/hannover	Die Verwaltungseffizienz zu steigern ist das Ziel und das Versprechen von OPTIMAL SYSTEMS. Mit der ECM-Suite enaio® erfüllt das Unternehmen nahezu alle Anforderungen moderner Verwaltungen und bietet u. a. Landkreisen, kreisfreien Städten, kreisangehörigen Gemeinden, Kirchen und Stiftungen eine solide Basis für ein ganzheitliches Informationsmanagement.
D-3	 CEYONIQ Technology A KYOCERA GROUP COMPANY	Ceyoniq Technology GmbH Ansprechpartner: Alexander Dörner Boulevard 9 D-33613 Bielefeld Telefon: +49 (0) 521 / 9318-1000 Fax: +49 (0) 521 / 9318-1111 E-Mail: eGov@ceyoniq.com Internet: www.ceyoniq.com	Seit über 25 Jahren ermöglicht die Ceyoniq Technology GmbH als Spezialist für ECM Unternehmen und Verwaltungen einen einfachen und sicheren Umgang mit Informationen – durch digitale Lösungen, die Prozesse beschleunigen und optimieren. nscale eGov deckt von einem E-Akte-Basisdienst bis zur Schriftgutverwaltung alle Anforderungen der öffentlichen Verwaltung ab.
D-4	 MATERNA Information & Communications	Materna Information & Communications SE Ansprechpartnerin: Andrea Siwek-Schmidt Voßkuhle 37 D-44141 Dortmund Telefon: +49 (0) 231 / 55 99-82 92 Fax: +49 (0) 231 / 55 99-9 82 92 E-Mail: Andrea.Siwec-Schmidt@materna.de Internet: www.materna.de	IT-Dienstleister für den Public Sector seit fast 40 Jahren. Unser Portfolio für die digitale Transformation der Verwaltung umfasst umfangreiche Beratung und zahlreiche Lösungsbausteine für die medienbruchfreie Prozessgestaltung in der Kommunikation mit Bürgern und Unternehmen sowie für die zeitgemäße E-Verwaltungsarbeit.
D-4	 codia Ein Unternehmen der d.velop AG	codia Software GmbH Edisonstraße 2 D-49716 Meppen Telefon: +49 (0) 59 31/93 98 -0 Fax: +49 (0) 59 31/93 98 25 E-Mail: info@codia.de Internet: www.codia.de	Die codia Software GmbH ist ein im eGovernment-Bereich spezialisierter Anbieter von DMS-Lösungen mit fachverfahrensspezifischen Anbindungen für die öffentliche Verwaltung. Die eingesetzten d.gov I Lösungen werden auf Basis des d.3ecms der d.velop AG realisiert und basieren auf dem Organisationskonzept „Elektronische Verwaltungsarbeit“.
D-7	 regisafe	comundus regisafe GmbH Ansprechpartnerin: Katja Benkenstein Heerstraße 111 D-71332 Waiblingen Telefon: +49 (0) 7151 / 96528-233 Fax: +49 (0) 7151 / 96528-999 E-Mail: k.benkenstein@regisafe.de Internet: www.regisafe.de	E-Government leicht gemacht – mit regisafe. Von Verwaltungsexperten entwickelt, bietet das DMS regisafe maßgeschneiderte Lösungen. Einführung der E-Akte, Anbindung von Fachverfahren, smarte Workflows, Ratsinformation, Onlineportale uvm. Wir begleiten öffentliche Verwaltungen ins digitale Zeitalter.
D-2	 CC e-gov GmbH www.cc-egov.de	CC e-gov GmbH Ansprechpartner: Kurt Hühnerfuß Tempowerkring 7 D-21079 Hamburg Telefon: +49 (0) 40 / 2271 99-0 Fax: +49 (0) 40 / 2271 99-71 E-Mail: info@cc-egov.de Internet: www.cc-egov.de	ALLRIS – Sitzungsmanagement der Premiumklasse. Sitzungsdienst, Gremieninformation und -kooperation, Bürgerbeteiligung. Komplettlösung inkl. Webhosting aus einer Hand. CC DMS – E-Akte, Workflow und Archiv für die ganze Verwaltung. Integration von Fachverfahren und Bürosoftware. Ihr Partner vom Konzept bis zur Umsetzung.
D-2	 SOMACOS	SOMACOS GmbH & Co. KG Ansprechpartner: Bernd Thiem Ackerstraße 13 D-29410 Salzwedel Telefon: +49 (0) 39 01 / 47 60 00 Fax: +49 (0) 39 01 / 47 60 011 E-Mail: saw@somacos.de Internet: www.somacos.de	Die nutzerfreundlichen Somacos Produkte Session, SessionNet und Mandatos sind das Komplettpaket für die effiziente Bearbeitung aller Prozesse im Sitzungsmanagement und der digitalen Gremienarbeit. Sie überzeugen bisher mehr als 1.600 Kunden mit technischen Innovationen, kompletter Funktionalität und umfassendem Service.
D-3	 STERNBERG Sitzungsmanagement	STERNBERG Software GmbH & Co. KG Ansprechpartner: Jan-Christopher Reuscher Kerkmannstraße 1 D-33729 Bielefeld Telefon: +49 (0) 521 / 97700 0 Fax: +49 (0) 521 / 97700 99 E-Mail: info@sternberg24.de Internet: www.sitzungsdienst.net	STERNBERG bietet mit seinem Sitzungsmanagement SD.NET, dem Gremieninfosystem SD.NET RIM und den RICH SitzungsApps für iOS, Android und Windows eine Lösung für die digitale Verwaltungs- und Gremienarbeit. In Politik, Wirtschaft und Bildung arbeiten Sie so plattformübergreifend, nutzen Informationen gemeinsam und optimieren zahlreiche Prozesse.
D-5	 more! software mehr leistung • mehr service • mehr mensch	more! software GmbH & Co. KG Ansprechpartner: Dipl. Inf. Thomas Franz Aubachstraße 30 D-56410 Montabaur Telefon: +49 (0) 2602 / 838870 E-Mail: vertrieb@more-rubin.de Internet: www.more-rubin.de	Von der zentralen oder dezentralen Vorlagenerstellung über die Sitzungsplanung bis zur Protokoll- und Beschlusserstellung: More! Rubin ist ein Management- und Organisationswerkzeug für alle Aufgaben rund um den Sitzungsdienst. Sitzungsgeldabrechnung, die browserbasierten Infosysteme und verschiedene Schnittstellen runden das Verfahren ab.

D-2		rexx systems GmbH Ansprechpartner: Florian Walzer Head of sales & marketing Süderstraße 75-79, D-20097 Hamburg Telefon: +49 (0) 40 / 890080-0 Fax: +49 (0) 40 / 890080-120 E-Mail: sales@rexx-systems.com Internet: www.rexx-systems.com	rexx systems bietet Software-Lösungen in den Bereichen Recruiting, Talent Management sowie Human Resources und überzeugt als ganzheitlicher Lösungsanbieter durch herausragende Effizienzsteigerung und zuverlässige Technik. Die einfach zu bedienende, hochskalierbare Software ist für Kunden jeder Größe und Branche geeignet.	Personalwesen
D-7		MHM HR // MHM-Systemhaus GmbH Ansprechpartner: Steffen Michel Presselstraße 25 a D-70191 Stuttgart Telefon: +49 (0) 711 / 120 909-31 Fax: +49 (0) 711 / 120 909-11 E-Mail: welcome@mhm-hr.com Internet: www.mhm-hr.com	MHM HR entwickelt Bewerbermanagement-Software für Profis. Mit MHM eRECRUITING können öffentliche Auftraggeber ihre Bewerbungen intelligent managen. Integrierte Zusatzfunktionen wie MHM MULTIPosting und HR-ANALYTICS, CV-Parsing, Mitarbeiter-Empfehlungsprogramme und diagnostische Testverfahren ergänzen das Angebot von MHM HR.	Personalwesen
D-6		Corel GmbH Siemensstraße 30 D-63755 Alzenau Telefon: +49 (0) 6023 / 9645-317 E-Mail: govda@mindjet.com Internet: www.mindmanager.com/de	MindManager dient der Strukturierung und Visualisierung effizienter Organisation und Kommunikation von Verwaltungsaufgaben. Mit patentierten Integrationen werden Prozesse und Projekte der Verwaltungsarbeit transparent dargestellt und mit Wissenslandkarten wird fachspezifisches Wissen bereitgestellt.	Projektgmt.
D-5		hallobtf! gmbh Ansprechpartnerin: Yvonne Paris Breite Straße 28-30 D-50667 Köln Telefon: +49 (0) 221 / 977 608-0 Fax: +49 (0) 221 / 977 608-20 E-Mail: info@hallobtf.de Internet: www.hallokai.de	Kai: Marktstandard für die kommunale Inventarisierung. In mehr als 500 öffentlichen Verwaltungen im Einsatz. Erstfassung und laufende Bestandsführung im perfekten Zusammenspiel mit dem Anlagenbuch (u.a. SAP, INFOMA). Revisionssichere Inventur-Planung und Durchführung. Frei konfigurierbare Datenfelder. Barcode. Mobile Erfassung.	Inventarisierung
D-7		W. Kohlhammer Deutscher Gemeindeverlag GmbH Heßbrühlstraße 69, D-70565 Stuttgart Telefon: +49 (0) 711 / 78 63-73 55 Fax: +49 (0) 711 / 78 63-84 00 E-Mail: dgv@kohlhammer.de Internet: www.kohlhammer.de	Der Kohlhammer Formularserver KoFoS ist eine zukunftsorientierte Lösung für das eGovernment. KoFoS erfüllt die hohen Anforderungen des Media@Komm-Projektes und stellt Ihnen damit, in Verbindung mit unseren aktuellen und rechtsicheren Formularen, eine zuverlässige technologische Lösung zur Verfügung.	E-Formulare
D-0		Lecos GmbH Ansprechpartner: Roy Barthel Prager Straße 8 D-04103 Leipzig Telefon: +49 (0) 341 / 2538-0 Fax: +49 (0) 341 / 2538-100 E-Mail: info@lecos.de Internet: www.lecos.de	Die Lecos GmbH ist ein BSI-zertifiziertes Beratungs- und Dienstleistungsunternehmen für den Einsatz von Informationstechnologien im kommunalen Umfeld. Wir unterstützen unsere Kunden seit 2001 bei der Gestaltung moderner Verwaltungsprozesse – von der strategischen IT- und Organisationsberatung bis hin zu operativen Rechenzentrums- und IT-Leistungen.	Komplettlösungen
D-0		procilon GROUP Ansprechpartner: Andreas Liefieith Leipziger Straße 110 D-04425 Taucha bei Leipzig Telefon: +49 (0) 34298 / 4878-10 Fax: +49 (0) 34298 / 4878-11 E-Mail: info@procilon.de Internet: www.procilon.de	proGOV VPS – Die intelligente Middleware für den Öffentlichen Dienst – Sichere Kommunikation als virtuelle Poststelle (VPS) z.B. über OSCi, EGVP, De-Mail, autom. Archivbindung, Langzeitarchivierung gem. TR ESOR, Signatur, PKI, Fachverfahrensintegration, lückenlose Integration von Funktionalitäten des neuen Personalausweises – (nPA) in Online-Portale u.v.m.	Komplettlösungen
D-1		Telecomputer Gesellschaft für Datenverarbeitung mbH Ansprechpartnerin: Elke Wegener Alte Jakobstraße 79/80, D-10179 Berlin Telefon: +49 (0) 30 / 308687-0 Fax: +49 (0) 30 / 308687-99 E-Mail: info@telecomputer.de Internet: www.telecomputer.de	Seit über 40 Jahren Partner für Kommunen: Als einer der Marktführer im Bereich Verkehrswesen bieten wir flexible, zuverlässige IT- und eGovernment-Lösungen mit einem hohen Maß an Integration und Interoperabilität. Unser Service umfasst die Beratung, Entwicklung, Integration, Schulung, Pflege und den Support in verschiedenen Ausbaustufen.	Komplettlösungen
D-2		MACH AG Ansprechpartner: Oliver Wunder Wielandstraße 14 D-23558 Lübeck Telefon: +49 (0) 451 / 70647-217 E-Mail: oliver.wunder@mach.de Internet: www.mach.de	Digitale Akten, Transparenz im Finanzhaushalt, effiziente Personalprozesse – die MACH AG unterstützt seit 1985 kommunale Verwaltungen bei Digitalisierungsvorhaben. Wir leben den Anspruch, digital zu denken und menschlich zu handeln. Mit Expertise und eigener Software stärken wir nachhaltig unsere Kunden – und damit Deutschland.	Komplettlösungen

Den IT-Guide finden Sie auch online unter www.kommune21.de

D-2		BTC Business Technologie Consulting AG Ansprechpartner: Reinhard Barton Escherweg 5 D-26121 Oldenburg Telefon: +49 (0) 441 / 3612-0 Fax: +49 (0) 441 / 3612-3999 E-Mail: Reinhard.Barton@btc-ag.com Internet: www.btc-ag.com	Das Dienstleistungsangebot der BTC AG umfasst Consulting, Softwareprodukte, Systemintegration und Applikations- & Systemmanagement. Als Spezialist für den öffentlichen Sektor berät und schafft BTC mit Standardsoftware kostengünstige, sichere und skalierbare Lösungen, die am Bedarf der Kunden weiterentwickelt werden können.
D-2		Zweckverband Kommunale Datenverarbeitung Oldenburg (KDO) Ansprechpartnerin: Tina Thüer Elsässer Straße 66, D-26121 Oldenburg Telefon: +49 (0) 441 / 9714-0 Fax: +49 (0) 441 / 9714-148 E-Mail: info@kdo.de Internet: www.kdo.de	Als größter kommunaler IT-Dienstleister in Niedersachsen deckt die KDO das gesamte Anforderungsprofil öffentlicher IT ab: Individual- und Standard-Fachanwendungen, Hosting und zentraler Betrieb, Cloud- und E-Government-Lösungen, Datenschutz und vieles mehr. Wir sind Kompetenzzentrum für Kommunen – seit über 45 Jahren!
D-3		GovConnect GmbH Jathostraße 11b, D-30163 Hannover Geschäftstelle Oldenburg Ansprechpartner: Jörn Bargfrede Nadorster Straße 228, D-26123 Oldenburg Telefon: +49 (0) 441 / 97353-0 E-Mail: info@govconnect.de Internet: www.govconnect.de	Die GovConnect GmbH, Tochter der niedersächsischen IT-Dienstleister, fungiert als Plattform für deren Zusammenarbeit. Ihre Schwerpunkte liegen auf der Softwareentwicklung und den E-Government-Anwendungen. Das Produktportfolio umfasst Lösungen aus den Bereichen Ordnungswidrigkeiten, Payment, Datenschutz, Hundeangelegenheiten, Wohngeld und OpenData.
D-3		NOLIS GmbH Ansprechpartner: Uwe Warnecke Celler Straße 53 D-31582 Nienburg/Weser Telefon: +49 (0) 5021 / 88 77 555 Fax: +49 (0) 5021 / 88 77 599 E-Mail: info@nolis.de Internet: www.nolis.de	Web-basierte Software für Internet / Intranet / Extranet: Die innovative Vernetzung verschiedenster Quellen ermöglicht Mehrwert für Bürger und Gäste. Internetportal, responsive Design, Web-App, CMS, Web-GIS, Zuständigkeitsfinder, Bürgertipps, Bewerbermanagement und vieles mehr machen NOLIS zum Full-Service-Partner in Sachen E-Government.
D-3		krz Kommunales Rechenzentrum Minden-Ravensberg / Lippe Ansprechpartner: Lars Hoppmann Bismarckstraße 23, D-32657 Lemgo Telefon: +49 (0) 5261 / 252-0 Fax: +49 (0) 5261 / 252-200 E-Mail: info@krz.de Internet: www.krz.de	Das krz ist der bundesweit erste BSI-zertifizierte Informatik-Dienstleister für Kommunen. Als erfolgreicher Projektpartner und Integrator bietet die kommunale Einrichtung modernste Fachverfahren im kostengünstigen ASP-Betrieb für alle Kunden an und leistet seit mehr als 45 Jahren einen wesentlichen Beitrag zu einer dienstleistungsorientierten Verwaltung.
D-3		ekom21 – KGRZ Hessen Ansprechpartnerin: Gabi Göpfert Carlo-Mierendorff-Straße 11 D-35398 Gießen Telefon: +49 (0) 641 / 98 30-1220 Fax: +49 (0) 641 / 98 30-2020 E-Mail: ekom21@ekom21.de Internet: www.ekom21.de	ekom21 steht für das größte BSI-zertifizierte kommunale IT-Dienstleistungsunternehmen in Hessen und für den drittgrößten kommunalen IT-Dienstleister in Deutschland. Mit einem umfassenden Produkt- und Dienstleistungsportfolio betreut die ekom21 über 700 Kunden mit 30.000 Anwendern und hat sich auf Komplettlösungen für den öffentlichen Dienst spezialisiert.
D-3		KID Magdeburg GmbH Ansprechpartnerin: Andrea Pape Alter Markt 15 D-39104 Magdeburg Telefon: +49 (0) 391 / 2 44 64-0 Fax: +49 (0) 391 / 2 44 64-400 E-Mail: info@kid-magdeburg.de Internet: www.kid-magdeburg.de	Die KID Magdeburg GmbH ist ein Systemhaus mit kommunalen Gesellschaftern. Zu ihnen gehören die Landeshauptstadt Magdeburg und weitere Kommunen über die Kommunale IT-UNION eG (KITU). Die Produkte und Dienstleistungen steuern die zentralen IT-Prozesse innerhalb der öffentlichen Verwaltung sowie in Unternehmen speziell des Public Sector.
D-4		ab-data GmbH & Co. KG Kommunale Systemlösungen Friedrichstraße 55 D-42551 Velbert Telefon: +49 (0) 2051 / 944-0 Fax: +49 (0) 2051 / 944-288 E-Mail: info@ab-data.de Internet: www.ab-data.de	ab-data bietet als Marktführer webbasierter Finanzsoftware für Kommunen zukunfts- und investitionssichere Qualitätsprodukte an. Hierzu zählen auch webbasierte Systemlösungen und Services. Das ab-data Finanzwesen wird in allen Flächenbundesländern erfolgreich von Kleinstverwaltungen bis zu Landeshauptstädten eingesetzt.
D-4		PROSOZ Herten GmbH Ewaldstr. 261 D-45699 Herten Telefon: +49 (0) 23 66 / 188 - 0 Fax: +49 (0) 23 66 / 188 - 111 E-Mail: info@prosoz.de Internet: www.prosoz.de	PROSOZ Herten unterstützt als führender Anbieter Kommunen mit praxisnahen Software- und Beratungslösungen in den Bereichen Soziales, Jugend, Bauen und Ordnung und liefert Kennzahlen und Daten zur optimalen Verwaltungssteuerung. Neben modernen Technologien setzt das Unternehmen auf fundierte Kenntnisse aus der Verwaltungspraxis.
D-5		EDV Ermtraud GmbH Ansprechpartner: Tobias Krumnow Arieheller Straße 10 D-56598 Rheinbrohl Telefon: +49 (0) 26 35 / 92 24-0 Fax: +49 (0) 26 35 / 92 24-29 E-Mail: vertrieb@edv-ermtraud.de Internet: www.edv-ermtraud.de	TopCash 2: bar und bargeldlos kassieren, Gebührenkasse + EC-Terminals. Für alle Zahlstellen der Verwaltung und deren Einrichtungen. GEVE 4 – Gewereregister & Erlaubniswesen für Stadt, Gemeinde, VWG; inkl. rechtssicherem Datenaustausch und eAkte. GEVE 4-regional – Gewerbe- und Erlaubnisverwaltung für Kreise.

Komplettlösungen (Fortsetzung)

D-5		Südwestfalen-IT (Kommunaler Zweckverband) Sonnenblumenallee 3 D-58675 Hemer Telefon: +49 (0) 2372 / 5520-0 Fax: +49 (0) 2372 / 5520-279 Internet: www.sit.nrw	Verwaltungen müssen sparen und gleichzeitig immer bürgerfreundlicher werden. Die Südwestfalen-IT (SIT) hat sich dieser Herausforderung angenommen. Sie ist Anfang 2018 aus dem Zusammenschluss der Citkomm und KDZ Westfalen-Süd entstanden. Im Fokus ihres Strebens steht die kundenspezifische Optimierung von Verwaltungsprozessen.
D-5		Kommunix GmbH Ansprechpartner: Joseph Bunten Friedrich-Ebert-Straße 74 D-59425 Unna Telefon: +49 (0) 23 03 / 25 47 00 Fax: +49 (0) 23 03 / 4 00 49 E-Mail: info@kommunix.de Internet: www.kommunix.de	Organisationswerkzeuge für Behörden: Das Besucherleit- und Terminmanagementsystem TEVIS. Effiziente und komfortable Bearbeitung von Ausländerfachverfahren mit ADVIS. Vom Antrag auf die deutsche Staatsbürgerschaft bis zur Aushändigung der Urkunde mit EINBÜRGERUNG. Abwicklung von Verpflichtungserklärungen mit VISITVIS.
D-6		LORENZ Orga-Systeme GmbH Ansprechpartner: Christian Koch Eschborner Landstraße 75 D-60489 Frankfurt am Main Telefon: +49 (0) 69 / 7 89 91 – 900 Fax: +49 (0) 69 / 7 89 91 – 110 E-Mail: info@lorenz-orga.de Internet: www.lorenz-orga.de	Der Spezialist für kommunale Anwendungen in den Bereichen Archivierung, Dokumenten-Management und Workflow. Speziallösungen für KFZ-Wesen, Kasse, Steueramt, Bauaufsicht, Sozialwesen, Pass, Standesamt, Einwohner, Aktenplan-, Registratur- und Schriftgutverwaltung uvm. Verfügbar als Standalone- und Cloud-Nutzung.
D-6		OrgaSoft Kommunal GmbH Am Felsbrunnen 9 D-66119 Saarbrücken Telefon: +49 (0) 681 / 8 70 04-0 Fax: +49 (0) 681 / 8 70 04-90 E-Mail: vertrieb@o-s-k.de Internet: www.o-s-k.de	OrgaSoft Kommunal bietet mit KIS♦KRW den allumfassenden Lösungsansatz für das Rechnungswesen von Kommunen, Eigenbetrieben und Werken. Zahlreiche integrierte KIS♦Fachverfahren ergänzen das Angebot. KIS ist das Kommunale Integrierte System aus einer Hand – eine Eigenentwicklung mit der Erfahrung aus 35 Jahren kommunaler Datenverarbeitung.
D-8		AKDB - Anstalt für Kommunale Datenverarbeitung in Bayern Hansastraße 12-16 D-80686 München Telefon: +49 (0) 89 / 59 03-0 Fax: +49 (0) 89 / 8 70 04-90 E-Mail: mailbox@akdb.de Internet: www.akdb.de	Der Marktführer für kommunale Software: Die AKDB und ihre Partner bieten Entwicklung, Pflege und Vertrieb von IT-Lösungen für alle Bereiche der Kommunalverwaltung – inklusive Beratung und Schulung. Das Bürgerservice-Portal ist die bundesweit reichweitenstärkste E-Government-Plattform für Online-Verwaltungsdienste.
D-8		Kolibri software & systems GmbH Ansprechpartner: Thomas Dietrich Rudolf-Diesel-Straße 11 D-82205 Gilching Telefon: +49 (0) 81 05 / 37 60-0 Fax: +49 (0) 81 05 / 37 60-20 E-Mail: vertrieb@kolibri-software.de Internet: www.kolibri-software.de	Branchenspezialist für Grundstücksinformationssysteme, Liegenschaftsverwaltung und Gebäudemanagementsysteme (CAFM) und Bauverwaltungslösungen. Die modular aufgebaute Softwarelösung hat Schnittstellen zu allen gängigen GIS- / Finanz- und DMS-Anwendungen, hat Web Module und kann gehostet werden. Wir beraten und implementieren.
D-8		adKOMM Software GmbH & Co. KG Ansprechpartner: Dennis Böttcher Stadtweg 14 D-85134 Stammham Telefon: +49 (0) 8405 / 9286-0 Fax: +49 (0) 8405 / 9286-100 E-Mail: poststelle@adkomm.de Internet: www.adkomm.de	adKOMM E-Government-Lösung – Ihre Softwarelösung für fach- und ämterübergreifende Informationen. Einheitliche Basis für Daten und Informationen – eine Adressdatei, ein Bürgerkonto und medienbruchfreie Aktenführung. Durchgängige, digitale Geschäftsprozesse und eine einheitliche Oberfläche. E-Government. Einfach. Praktikabel.
D-8		Axians Infoma GmbH Ansprechpartnerin: Stephanie Eifert Hörvelsinger Weg 17-21 D-89081 Ulm Telefon: +49 (0) 731 / 1551-213 Fax: +49 (0) 731 / 1551-555 E-Mail: stephanie.eifert@axians-infoma.de Internet: www.axians-infoma.de	Axians Infoma ist führender Anbieter von Software-Lösungen und Dienstleistungen im kommunalen Markt. Mit der modularen Software Infoma newsystem steht eine einzigartige integrierte Komplettlösung für das Finanzwesen zur Verfügung, ergänzt um Fachverfahren und Lösungen rund um das Thema E-Government.
D-9		DATEV eG Ansprechpartner: Team Public Sector Paumgartnerstraße 6-14 D-90429 Nürnberg Telefon: 0800 / 0 11 43 48 E-Mail: public-sector@datev.de Internet: www.datev.de/publicsector	Die DATEV eG unterstützt Kommunen und öffentliche Einrichtungen mit Software und Dienstleistungen rund um Finanzwesen und Personalwirtschaft, mit Cloud-Lösungen sowie mit einem auf Prozesse abgestimmten Dokumenten-Managementsystem. Experten beraten bei Einführung effizienter Prozesse sowie Organisationsstrukturen und bieten Schulungen an.

Buchen Sie Ihren IT-Guide-Eintrag unter Tel. +49 (0) 70 71.5 65 13-0.

Vorschau

Die nächste Ausgabe (4/2020) erscheint am 31.03.2020



Smart-City-Pioniere

Klug, digital, bürgerfreundlich, nachhaltig – so sollen die Städte künftig sein. Strategien für die Smart City stellen wir am Beispiel von fünf Modellkommunen vor. Das Ziel: Die Digitalisierung im Sinne des Gemeinwohls zu gestalten.



Fachkräfte gewinnen

Rund 40 Prozent der derzeit im öffentlichen Dienst Beschäftigten werden in den kommenden 15 Jahren das pensionsfähige Alter erreichen. Dabei fehlen schon jetzt Fachkräfte. Eine aktuelle Studie zeigt Wege aus der wachsenden Personalnot auf.



IT-Schwerpunkte im April

In der Rubrik Informationstechnik stellen wir die Blockchain-Genossenschaft govdigital vor. Außerdem informieren wir über den gemeinsamen Server für Planungs- und Beteiligungsprozesse für die Kommunen im Kreis Steinfurt.



Digital Kasse machen

Verwaltungsdienstleistungen online bezahlen wird zum Standard. Viele Kommunen setzen dabei auf PayPal oder paydirekt. Auch im Amt bieten sich digitale Barkassensysteme für die Zahlungsabwicklung an.

Inserentenverzeichnis dieser Ausgabe

ab-data	2	Governikus	23	Nolis	59
Advantic	5	Haufe-Lexware	7	Optimal Systems	21
Axians Infoma	39	HSH	31	Picture	Beilage
CC e-gov	43	ITEBO	41	Platinbaum	13
codia	25	K21 media	45	Wegweiser	9
comundus regisafe	47	kommIT	60	xSuite Group	3
EDV Ermtraud	49	Kommunix	35, 37	Branchenindex IT-Guide ...	51 - 57
Form-Solutions	11	more! software	33		

Impressum

Verlag und Herausgeber: K21 media AG
Olgastraße 7
72074 Tübingen
Telefon: +49 (0) 70 71 / 5 65 13-0
Fax: +49 (0) 70 71 / 5 65 13-29
E-Mail: info@k21media.de
Internet: www.k21media.de

Verantwortlicher Redakteur im Sinne des Presserechts und Chefredakteur: Alexander Schaeff
Olgastraße 7
72074 Tübingen
E-Mail: redaktion@kommune21.de

Redaktion: Bettina Schömg
(stellv. Chefredakteurin, in Elternzeit)
Verena Barth
Alexandra Braun
Corinna Heinicke (Volontärin)
Dr. Helmut Merschmann (Freier Mitarbeiter)

Verantwortlich für den Anzeigenteil: Joachim Pürschel
Olgastraße 7
72074 Tübingen
Telefon: +49 (0) 70 71 / 5 65 13-20
E-Mail: j.puerschel@k21media.de

Seit dem 1.1.2020 gilt die Preisliste Nr. 20 der Media Information 2020.

Erscheinungsweise: monatlich
ISSN: 1618-2901
Einzelpreis Inland: 9,00 € (zzgl. Porto und Versand)
Jahresabonnement Inland: 104,00 € (Abonnement frei Haus)
Telefon: +49 (0) 70 71 / 5 65 13-0

Bankverbindung: Kreissparkasse Tübingen,
BLZ 641 500 20
Kontonr. 155 010

Layout: PEAK Agentur für Kommunikation
GmbH, Tübingen

Druck: Druckerei Raisch GmbH & Co. KG
Auchterstraße 14
72770 Reutlingen

Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Grafiken und Bilder wird keine Haftung übernommen. Die Annahme zur Veröffentlichung muss schriftlich erfolgen. Mit der Annahme zur Veröffentlichung überträgt der Autor dem Verlag das ausschließliche Verlagsrecht für die Zeit bis zum Ablauf des Urheberrechts. Die Zustimmung zum Abdruck und zur Veröffentlichung wird vorausgesetzt. Eingeschlossen sind insbesondere auch das Recht zur Herstellung elektronischer Versionen und zur Einspeicherung in Datenbanken sowie das Recht zu deren Vervielfältigung und Verbreitung Online oder Offline sowie das Recht zur öffentlichen Zugänglichkeit im Internet ohne zusätzliche Vergütung. Honorare nach Vereinbarung.

Alle in dieser Zeitschrift veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Die ausschließlichen urheberrechtlichen Nutzungsrechte für angenommene und veröffentlichte Beiträge liegen bei dem Verlag. Kein Teil dieser Zeitschrift darf außerhalb der Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ohne schriftliche Genehmigung des Verlages in irgendeiner Form – durch Fotokopie, Mikrofilm oder andere Verfahren – reproduziert oder in eine von Maschinen, insbesondere von Datenverarbeitungsanlagen verwendbare Sprache übertragen werden oder in eine andere Sprache übersetzt werden.

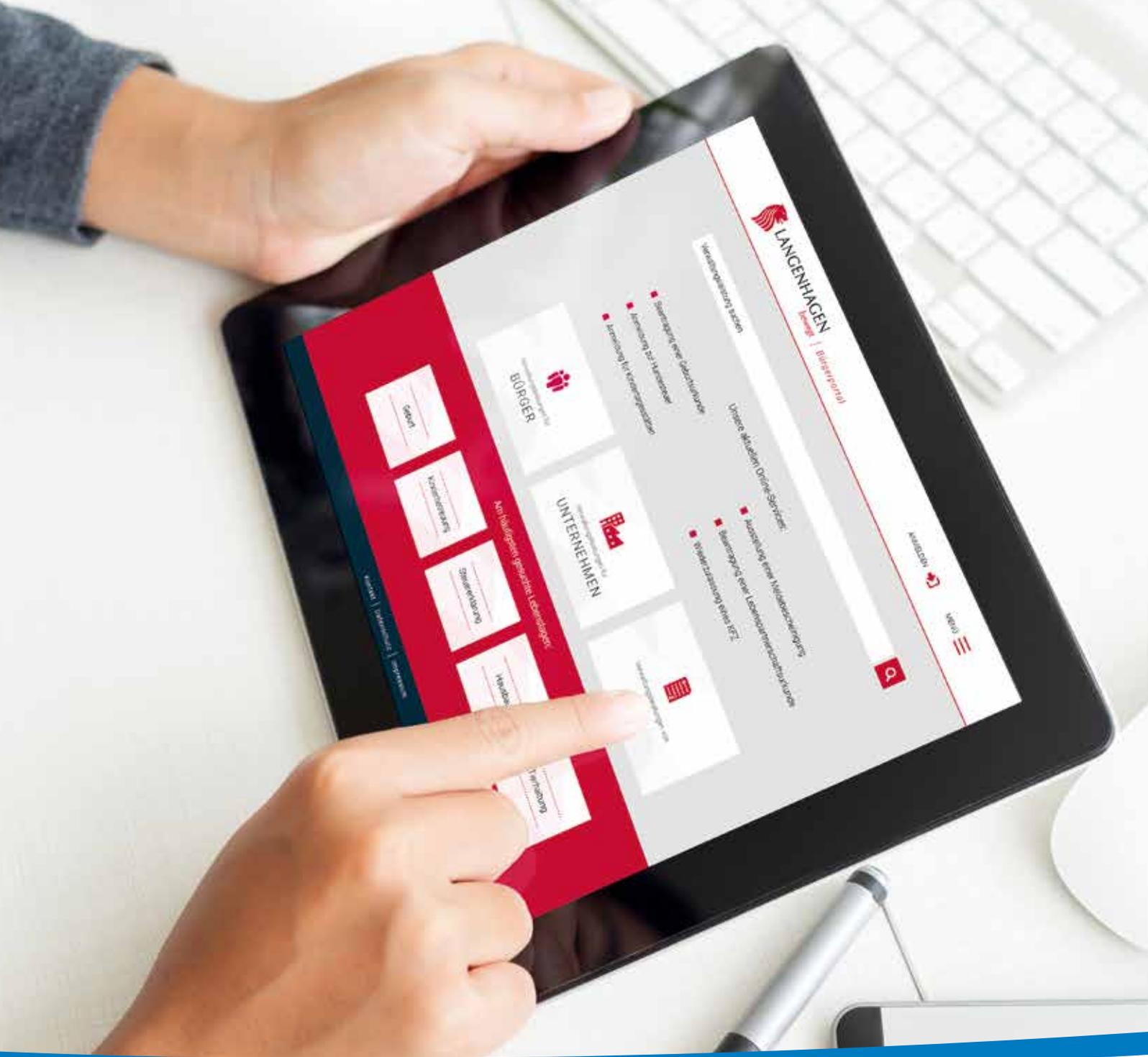
Artikel, die mit Namen oder Signet des Verfassers gekennzeichnet sind, geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers und der Redaktion wieder.

© Copyright 2020 K21 media AG. Alle Rechte vorbehalten.

Bildnachweis:

Bayerisches Staatsministerium für Digitales (8), Bitkom e.V. (18), Gemeinde Großenluder (44), HSH Soft- und Hardware Vertriebs GmbH (6), j-mel/stock.adobe.com (21), K21 media AG (14), Landesamt für Digitalisierung, Breitband und Vermessung (28), Landeshauptstadt Düsseldorf (8), MEV Verlag (22, 42, 58), PEAK Agentur für Kommunikation (3, 58), RVR/Wiciok (36), Sergey Nivens/stock.adobe.com (Titel, 4), Stadt Ellrich (27), Stadt Flensburg (32), Stadt Geesthacht (34), Stadt Haldensleben (Titel, 38), Stadt Penzberg (40), Stadt Pforzheim (24), Sternberg (30).

Ihr Rathaus ist jetzt rund um die Uhr geöffnet



HELDEN DER VERWALTUNG

Nº 49

Durchblick per Knopfdruck. Dank OK.JUS Reportingfunktion.

Reporting ist im Jugendamt wichtig! Hilfen müssen passgenau sein, denn es fließt viel Geld. Deshalb werden Zahlen und Daten laufend analysiert und aufbereitet. Dank der flexiblen Controlling- und Analyseplattform von OK.JUS kein Problem. Für Jugendhilfeplaner, die die Situation im Griff haben.



**Wer hat
eigentlich gesagt,
Verwaltung sei
langweilig?**

www.komm-it.de
0221/16059-0

komm/IT
Gesellschaft für
Informationstechnik mbH